

Liberalismus/Neoliberalismus

4

Politik und Zeitgeschehen



Liberalismus/Neoliberalismus

Sepp Wall-Strasser

Liberalismus/ Neoliberalismus

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Aktualisiert unter der Mitarbeit von Bettina Csoka, Judith Vorbach, Roland Richter, alle Arbeiterkammer OÖ, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- u. Gesellschaftspolitik

Zum Titelbild

Der ÖGB OÖ thematisierte ab 1996 konsequent die Ideologie des Neoliberalismus. Im Rahmen des damaligen Arbeitsschwerpunktes „Kapitalismus pur – uns reichs!“ wurden 1996 „Tage gegen Neoliberalismus“ durchgeführt, in dessen Rahmen die Fassade der Arbeiterkammer Linz mit zwei riesigen Gemälden des Künstlers Hans Heiss (<http://www.heis-hans-kunst.at/vita.html>) und den Transparenten „Für ein faires 3. Jahrtausend“, „Finanzkapital besteuern“, „Arbeitszeit verkürzen“ bekleidet wurde.

Stand: Jänner 2021

Impressum:

Layout/Grafik: Manuela Maitnar

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2021 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

Einleitung	6
Begriffsbestimmung; Historische Entwicklung und frühe Liberalismustheorien	8
Wirtschaftsliberalismus	14
Ordoliberalismus und soziale Marktwirtschaft und Keynesianismus	24
Keynesianismus	26
Neoliberalismus	30
Die orthodoxe Position	31
Chicago-School und Monetarismus	32
Reagonomics	35
Thatcherismus	36
Die Entwicklung in Europa	39
Neoliberalismus in Österreich	43
Globalisierung und Neoliberalismus	56
Die Internationalisierung der Märkte	56
Neoliberale Globalisierung und Entwicklungsländer	62
Freihandel	65
Auswirkungen neoliberaler Politik	68
Internationalisierung der Finanzmärkte	70
Neoliberale Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU	73
Neoliberalismus und Gewerkschaften	78
Übersicht über gewerkschaftliche Positionen	93
Zum Autor	110

Einleitung

Vorbemerkung zur Neuauflage 2020

Zum Zeitpunkt, da dieses Heft in Druck geht, ist nicht absehbar, wie sich Wirtschaft und Gesellschaft – sowohl in Österreich wie global – entwickeln. Die Coronakrise hat einen ersten Höhepunkt hinter sich, aber niemand weiß, wie sich die Pandemie weiterentwickeln wird. Sie hat auf jeden Fall politische und wirtschaftliche Entwicklungen ausgelöst, die bisher in „Friedenszeiten“ unvorstellbar waren: Ausgehverbote, Niederfahren eines Großteils der Ökonomien, Bereitschaft, gigantische Geldmengen in die Hand zu nehmen, um die Auswirkungen abzufedern. Deshalb kann auch niemand zu diesem Zeitpunkt sagen, wohin sich Wirtschaft und Politik entwickeln werden. Aktuell werden alle Dogmen der Monetaristen und Neoliberalen gebrochen: Aufhebung der Maastrichtkriterien, Schuldenpakete, alles greift auf den Staat als letzten „Retter“ zurück. Ob dies auf Sicht zu einer totalen Kehrtwende wie 1944 (Bretton Woods-Konferenz) und Folgejahre führen wird, oder ob eine Restauration der reaktionären Wirtschaftsphilosophie mit einem totalitären Staat folgen, wird nicht zuletzt auch dadurch bestimmt werden, wie sich die Gewerkschaften in das Geschehen einmischen.

Sepp Wall-Strasser

Dezember 2020

SKRIPTEN ÜBERSICHT

VÖGB

SOZIALRECHT		
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts	
SR-2	Sozialpolitik im internationalen Vergleich	
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht	
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht	
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe	
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-9	Unfallversicherung	
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil	
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht	
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung	
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates	
SR-14	Pflege und Betreuung	
Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.		

ARBEITSRECHT		
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung	
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung	
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates	
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates	
AR-3	Arbeitsvertrag	
AR-4	Arbeitszeit	
AR-5	Urlaubsrecht	
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht	
AR-8A	ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-8B	ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz	
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung	
AR-11	Betriebsvereinbarung	
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution	
AR-13	Berufsausbildung	
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht	
AR-15	Betriebspensionsrecht I	
AR-16	Betriebspensionsrecht II	
AR-18	Abfertigung neu	
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten	
AR-21	Atypische Beschäftigung	
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen	

GEWERKSCHAFTSKUNDE		
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung	GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945	GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress
GK-3	Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute	GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte
		GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

1 Liberalismus

Begriffsbestimmung

Der Liberalismus entzieht sich einer geschlossenen Definition, da er auf unterschiedlichen theoretischen Grundlagen basiert, verschiedene Strömungen umfasst und sich den jeweiligen gesellschaftspolitischen Verhältnissen entsprechend wandelt und weiterentwickelt.

Die angeführte Begriffsbestimmung umschreibt das liberale Prinzip „Freiheit“. Voraussetzung dieser Freiheit ist das **Vorhandensein von persönlichem Eigentum**. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist nicht Freiheit und Eigentum an sich, sondern Privateigentum an Produktionsmitteln Grundlage und Zentrum des liberalen Wert- und Handlungssystems. In der historischen Entwicklung des Liberalismus wurde das Privateigentum stets der Freiheit übergeordnet.

Das Wort „liberal“ („liberalis“ die Freiheit betreffend, „liber“ frei) wird in diversen Lexika sehr unterschiedlich interpretiert. **Zwei Beispiele** stellvertretend herausgegriffen:



„Liberal ist jede Einstellung, die überkommene Normen, Wertvorstellungen und gesellschaftliche Verhaltensweisen vorurteilslos kritisch, neueren Denkweisen aber aufgeschlossen gegenübersteht. Gegenüber einer herrschenden Lehre betont sie die Freiheit abweichender Meinungen, sie macht den Einsatz für das Recht und die größtmögliche persönliche Freiheit des einzelnen zum Grundsatz sozialen Handelns.“

(Brockhaus, 1990)

Der zentrale Wert des Liberalismus ist die Freiheit des Individuums, die ungehinderte Entfaltung des Menschen, die nach seiner Auffassung allein die bestmögliche Entwicklung der geistigen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten des Einzelnen und der Gesellschaft garantiert. Jeder Mensch ist nach dem liberalen Prinzip frei geboren, mit gleichen Rechten ausgestattet, von Natur aus gut und mit Vernunft begabt. Daher hat jedes Individuum die Möglichkeit, sich zu bilden, sein Leben selbst zu gestalten und Verantwortung zu tragen.



„Der Liberalismus ist eine Geisteshaltung sowie die darauf aufbauende politisch–philosophische Lehre und politische Ausrichtung, die die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung anstrebt.“
(wikipedia, Juni 2008)

Historische Entwicklung und frühe Liberalismustheorien

Die Wurzeln des Liberalismus gehen auf die Aufklärung und die Überwindung des Absolutismus durch den **Verfassungsstaat** zurück. Die geistige Grundlage des Liberalismus bildet die **Vertrags- und Naturrechtslehre** der bedeutendsten französischen, englischen und deutschen Staatstheoretiker, deren Ideen von der **göttlichen bzw. naturgesetzlichen menschlichen Ordnung** sich als **allgemein gültig** verstanden und sich mit der französischen Revolution auch in Europa durchsetzen sollten. Vom aufstrebenden, wohlhabenden Bürgertum getragen, setzte sich diese neue Strömung zunächst vor allem in England durch.

Im **Mittelalter** gab es noch streng aufgebaute Hierarchien in Kirche und Staat, die sich auf gesellschaftlicher Ebene im **Lebenssystem** widerspiegelten. Individuellen Bedürfnissen und Ansichten jenseits von Kirche und Staat kam keinerlei Bedeutung zu.

In **Frankreich während der Herrschaft von Ludwig XIV** hatte Jean-Baptiste Colbert (1619–1683) den so genannten **Merkantilismus** begründet und die erste nach **staatlichen Richtlinien** gelenkte Nationalwirtschaft entwickelt. Zur kostengünstigen und bedarfsdeckenden Produktion wurden neue Be-



Jean-Baptiste Colbert, Begründer des Merkantilismus (Colbertismus)

1 Liberalismus

triebsformen wie Manufakturen und Fabriken errichtet. Mit dem Ziel der **Steigerung des nationalen Reichtums zur Maximierung der Einnahmen des Landesherrn** über Gewinnabschöpfung durch Steuern und Zölle wurden einerseits **nationale Wirtschaft** und **Außenhandel** gefördert, andererseits **protektionistische Maßnahmen**, wie Import- oder Exportbeschränkungen und Schutzzölle für die eigene Wirtschaft, gesetzt.

Der **Merkantilismus** war bis ins 19. Jahrhundert das wirtschaftliche **System absolutistischer Staaten** (Staatsmonopole).

Die geistigen Grundlagen des frühen Liberalismus

Trennung Staat – Gesellschaft

Der englische Staatstheoretiker **Thomas Hobbes** (1588–1679) hatte 1651 mit seiner Schrift „Leviathan“ die absolute Vorherrschaft des Staates, repräsentiert durch seinen Herrscher, theoretisch legitimiert: Der Mensch sei von Natur aus böse, im Naturzustand der Gesellschaft herrsche ein ständiger Kampf aller gegen alle. Daher müssten die Naturrechte des Menschen unweigerlich, unwiderruflich und unteilbar dem Staate, d.h. dem absolut herrschenden Monarchen, übertragen werden.

Der König als Stellvertreter Gottes sei weder der Kirche noch seinen Untertanen Rechenschaft schuldig. Hobbes fordert allerdings bereits im Interesse des entstehenden Bürgertums eine so genannte **„Eigentumsmarktgesellschaft“** mit Marktbeziehungen zwischen freien Individuen, die frei von vertraglichen Bindungen im Eigeninteresse handeln.

John Locke (1632–1704) gilt als **Urvater des Liberalismus**. Er hat in seinen



*Staatstheoretiker Thomas Hobbes (links)
und John Locke, „Urvater“ des Liberalismus*

Liberalismustheorien

Bewertung

1.1

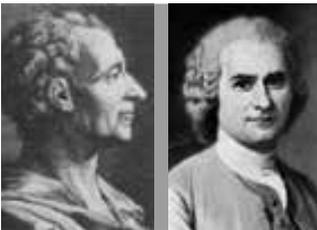
1.2

Schriften der **konstitutionellen Monarchie** den Boden bereitet. In einer Zeit des politischen und wirtschaftlichen Aufschwungs in England definierte er in seinem Werk „Two treatises of government“ (1689) den Staatsvertrag neu. Ausgehend von der These: Der Mensch ist von Natur aus gut. Im Naturzustand der Gesellschaft herrscht staats- und gesetzesloser Frieden, postuliert er die **Gewaltenteilung** des Staates in **Legislative** und **Exekutive** zur **Sicherstellung der persönlichen Freiheit und des Eigentums der Bürger** und lässt die Herrschaft des Staates hinter das Naturrecht des Menschen zurücktreten: Die Menschen können den Herrschaftsvertrag lösen, wenn der Herrscher das Naturrecht missachtet.

Liberaler Kern seiner Aussagen: Die Arbeit der Individuen und das dadurch geschaffene Privateigentum bilden erst die Voraussetzung für das Entstehen eines Staates, da sich die Menschen **mit dem Zweck der Sicherung des erworbenen Eigentums** zu einem Staatsverband zusammenschließen.

Charles Montesquieu (1689–1755) erweitert 1748 in seinem Werk „De l'esprit des lois“ (Vom Geist der Gesetze) die Lehre von der Gewaltenteilung und fordert eine Demokratie nach antikem Vorbild. Er vertritt eine **Einschränkung der staatlichen Macht** durch Teilung in Exekutive (untersteht dem Herrscher), Legislative (Parlament, repräsentiert durch Feudaladel und Bürgertum) und Judikatur (Rechtsprechung). Seine Lehre übte großen Einfluss auf die Verfassung der USA (1776) und die französische Revolution (1789) aus.

Jean Jacques Rousseau (1712–1778) zielt in seinem „Contrat social“ (Gesellschaftsvertrag 1762) auf eine Gesellschaft, die Person und Eigentum seiner Mitglieder schützt und die Freiheit des Einzelnen nur dort begrenzt, wo ihr der „allgemeine Wille“ entgegensteht.



*Charles Montesquieu (links)
und Jean Jacques Rosseau*

1 Liberalismus

Den zentralen Kern seiner Staatstheorie bildet die **Volkssouveränität**.

Zusammenfassung und Bewertung

In der frühliberalen **Philosophie des Rationalismus** spiegelt sich der Wunsch nach Befreiung von den Zwängen der absolutistischen Autorität **durch die menschliche Vernunft**.

Nach ihrer Auffassung ist der Mensch mit **unveräußerlichen Naturrechten** ausgestattet, die vom Staat nicht eingeschränkt werden dürfen. Diese Rechte sind allgemein, d. h. für alle Menschen gleich. Dies erfordert ein **allgemeines Recht**, das auf alle Menschen anzuwenden ist.

An die Stelle des absoluten Herrschers tritt das Volk als Souverän.

Zu Freiheit und Gleichheit kommt das Recht auf Privateigentum als drittes bürgerliches Grundrecht hinzu.

Der Staat erhält die Funktion, die Freiheit der Bürger und ihr durch ihre Tätigkeit geschaffenes Eigentum zu schützen. Im Übrigen ist er aufgefordert, auf die „natürlichen Gesetzmäßigkeiten“, die in einer Gesellschaft wirken, keinen Einfluss zu nehmen, damit diese nicht zu ihrem Nachteil gestört werden.

Der Liberalismus begann als Konstitutionsbewegung (1789: Erklärung der Menschenrechte – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Der absolutistische Staat wurde durch die großen Revolutionen 1789 und 1848 aufgelöst; in ganz Europa entstanden konstitutionelle Monarchien. (Befreiung von der Staatswillkür durch die Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Religion).

Die historische Bedeutung des Liberalismus liegt in der Herausbildung moderner demokratischer Staatsformen. Der demokratische Verfassungsstaat mit seinen politischen und geistigen Grundrechtsgarantien (persönliche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsschutz, Freiheit der Religionsausübung, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit des Eigentums, Briefgeheimnis, Vereins- und Versammlungsrecht, Pressefreiheit und Wahlrecht) ist seine größte Errungenschaft.

Die **Kritik** am frühen Liberalismus setzt zum einen **am Irrationalismus** seiner Voraussetzungen an, andererseits am mangelnden Blick auf die **tatsächlichen sozialen Verhältnisse** in der Gesellschaft.

So wird ihm vorgeworfen, das im Grunde irrationale empirisch nirgends nachweisbare Postulat des **Wirkens positiver, natürlicher Kräfte** in Wirtschaft und Gesellschaft in den **Rang eines Naturgesetzes** erhoben zu haben. Abweichende Vorstellungen und Meinungen waren somit automatisch als unvernünftig zu bewerten.

Der Liberalismus erhebt ungeachtet seines Gleichheitsanspruchs das **Interesse des Bürgers** an freier Entfaltung und Wahrung seiner Interessen zum **Interesse des Menschen allgemein**, ohne auf die realen sozialen Verhältnisse und Klassen abzustellen. Der Liberalismus hat stets den **wohlhabenden, männlichen Bürger** vor Augen, viele soziale Funktionen, wie etwa das **Wahlrecht**, waren an Besitz gebunden. Unter dem Aspekt der Chancengleichheit konnte Armut allein auf Untüchtigkeit und mangelnde Fähigkeiten zurückgeführt werden.

So bildet der Liberalismus ein in sich **geschlossenes und logisches System**, das die Ansprüche des selbstbewussten Bürgertums nach außen hin legitimiert.

2 Wirtschaftsliberalismus

Parallel zu den politischen Revolutionen kommt es von England ausgehend zur **industriellen Revolution** in Europa. **Gewerbliche Massenproduktion** unter Einsatz von Maschinen verdrängt die traditionellen Produktionsmethoden. Mit der **Etablierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung** entstehen Fabrikstädte und Lohnarbeit und damit verbunden neuartige **soziale Probleme**.

Das liberale Freiheitsprinzip wurde rasch auf die **nationalen Wirtschaftsordnungen** übertragen. Man ging davon aus, dass politische Freiheit mit der Freiheit wirtschaftlicher Betätigung Hand in Hand gehen muss.

In **Auseinandersetzung** mit den protektionistischen Gegebenheiten, aber auch mit herrschenden Missständen im **Merkantilismus** (Privilegienhandel, Ämterkauf, Bestechlichkeit) und unter Hinweis auf **fehlende Innovationsbereitschaft und Risikofreude** aufgrund von Staatsinterventionismus entwickelte sich bald eine eigenständige liberale Wirtschaftstheorie.

Die Frage, **welche Aufgabe dem Staat** in der Wirtschaftspolitik zukommen soll, wird von den einzelnen wirtschaftsliberalen Strömungen unterschiedlich beantwortet. Unter der Parole „**Laissez faire, laissez aller**“ (Lasst machen, lasst gehen) wird ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Tätigkeiten jedoch überall grundsätzlich abgelehnt.

Die klassische Nationalökonomie

Die **klassische (angelsächsische) Lehre der Ökonomie** wird von Adam Smith und David Ricardo begründet.

Der englische Volkswirtschaftler **Adam Smith** (1723–1790) veröffentlichte 1776 sein Werk „**Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations**“ (Natur und Ursachen nationalen Reichtums). Das Werk wird auch als die „Bibel des Kapitalismus“ bezeichnet (Smith als „Übervater des Liberalismus“). Es handelt sich um die **erste geschlossene Wirtschaftstheorie**, die bis heute weltweite Bedeutung besitzt und den Beginn der Wirtschaftswissenschaften markierte.

Smith bestimmt die **Arbeit** als Quelle für Reichtum und Wohlstand. Er entdeckt die **Arbeitsteilung** als wesentlichen Produktionsfaktor und definiert das Gesetz von **Angebot und Nachfrage**.



Der Volkswirtschaftler Adam Smith

Der Marktwert der Güter bestimmt sich danach nach ihrem **Tauschwert** im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage. Dieser Marktwert bewegt sich um den **natürlichen Wert**, d.h. um den Preis, der mit den Durchschnittskosten (Lohn, Grundrente und Profit) übereinstimmt und kann sich auf Dauer nicht wesentlich davon entfernen.

Als Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft sieht er den **freien Markt** und **menschlichen Eigennutz**, der im egoistischen Streben des Einzelnen nach eigenem Gewinn auch das Allgemeinwohl fördert, indem es das Volkseinkommen des Landes erhöht.

Im **System der „natürlichen Freiheit“** gewährt der Staat dem Individuum völlige Freiheit zur Wahrnehmung seiner Eigeninteressen.



„Der Herrscher wird dadurch vollständig von einer Pflicht entbunden, bei deren Ausübung er stets unzähligen Täuschungen ausgesetzt sein muß und zu deren Erfüllung keine menschliche Weisheit oder Kenntnis jemals ausreichen könnte, nämlich der Pflicht oder Aufgabe, den Erwerb privater Leute zu überwachen und ihn in Wirtschaftszweige zu lenken, die für das Land am nützlichsten sind. Im System der natürlichen Freiheit hat der Souverän lediglich drei Aufgaben zu erfüllen, die sicherlich von höchster Wichtigkeit sind, aber einfach und dem normalen Verstand zugänglich: Erstens die Pflicht, das Land gegen Gewalttätigkeit und Angriff anderer unabhängiger Staaten zu schützen, zweitens die Aufgabe, jedes Mitglied der Gesellschaft soweit wie möglich vor Ungerechtigkeit oder Unterdrückung durch einen Mitbürger in Schutz zu nehmen oder ein zuverlässiges Justizwesen einzurichten, und drittens die Pflicht, bestimmte öffentliche Anstalten und Einrichtungen zu gründen und zu unterhalten, die ein einzelner oder eine kleine Gruppe aus eigenem Interesse nicht betreiben kann, weil der Gewinn ihre Kosten niemals decken könnte, obwohl er häufig höher sein mag als die Kosten für das ganze Gemeinwesen.“

(Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen 1776)

2 Wirtschaftsliberalismus

Der englische Bankier **David Ricardo** (1772–1823) baute sein theoretisches System auf der Lehre von A. Smith auf. Seine Theorien wurden für die nächsten fünf Jahrzehnte richtungsweisend. (Hauptwerk: „On the Principles of Political Economy and Taxation“ – Die Grundsätze der politischen Ökonomie oder die Staatswirtschaft und die Besteuerung, 1817).

Ricardos Engagement galt der **Förderung des Außenhandels**; er plädierte daher für die Vorteile des Freihandels und für die Aufhebung der protektionistischen Zollpolitik. Zahlreiche Wirtschaftstheoreme gehen auf ihn zurück, so die Theorie des komparativen Kostenvorteils im internationalen Güteraus-tausch (Ricardianisches Modell) oder seine Theorie des Zusammenhangs von Steuern und Staatsverschuldung (Ricardianische Äquivalenz).

Ricardo unterscheidet ebenso wie Smith zwischen **Gebrauchswert und Tauschwert** der Ware. Der **Gebrauchswert** richtet sich nach **Angebot und Nachfrage**, der **Tauschwert** entspricht dem in den Gütern enthaltenen **Arbeitseinsatz** (der Arbeitsmenge, nicht ihrer Vergütung).

Auf der Grundlage der Theorie vom Doppelcharakter der Ware entwickelte **Karl Marx** seine **Theorie des Mehrwerts**. Im Tausch zwischen Arbeit und Kapital erzeugen Arbeiterinnen mehr an Wert, als sie für ihre Arbeitszeit bzw. Arbeitsleistung erhalten. Der daraus entstehende Mehrwert bildet den kapitalistischen Profit. Die Anhäufung des Kapitals trägt zum industriell-technischen Fortschritt bei, der wiederum die Freisetzung von Arbeitskräften verstärkt und so die Bildung einer „industriellen Reservearmee“ bewirkt.

Das Problem der **Einkommensverteilung** nimmt in Ricardos Werk eine zentrale Stelle ein. Aufbauend auf seinem **Ertragsgesetz**, wonach der Boden als konstanter Faktor das Wachstum der Produktion begrenzt, setzt er auch den Anteil des Lohns am Volkseinkommen konstant. Nach seiner **Lohnfondstheorie** ergibt sich die durchschnittliche Lohnrate (der **Marktpreis** der Arbeit) aus der Division eines Kapitalfonds (Lohnfonds) durch die Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte.

Der „**natürliche Preis**“ der Arbeit bestimme sich aus den „Reproduktionskosten der Arbeit“, d. i. der Preis zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, dem Existenzminimum einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie. Übersteigt der Marktpreis der Arbeit diesen Wert, führten bessere Lebensbedingungen



David Ricardo, Karl Marx und
Thomas Robert Malthus (v.l.n.r.)

zu Bevölkerungswachstum, das Angebot an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt erhöhe sich bald, worauf der Lohn wieder auf den natürlichen Preis oder auch darunter sinken würde.

„Steht der Marktpreis der Arbeit unter ihrem natürlichen Preis, so gestaltet sich die Lage der Arbeiter am elendsten ... Erst nachdem ihre Entbehrungen ihre Zahl vermindert haben oder nachdem die Nachfrage nach Arbeit gestiegen ist, wird der Marktpreis der Arbeit wieder auf ihren natürlichen Preis steigen, und der Arbeiter wird die bescheidenen Annehmlichkeiten haben, die ihm die natürliche Lohnrate zu gewähren pflegt.“

(David Ricardo, Grundsätze der politischen Ökonomie 1817)

Dieses als „**Ehernes Lohngesetz**“ bezeichnete Modell bestimmte über Jahrzehnte das Einkommen der ArbeiterInnen zu Beginn der industriellen Revolution.

Im Gegensatz zu Smith beurteilte Ricardo jedoch die Zukunft des neuen Wirtschaftsmodells pessimistischer, da er die Bedrohung durch die technologische Arbeitslosigkeit erkannte.

Ricardo beeinflusste sowohl Ferdinand Lassalle wie auch Karl Marx und die nachfolgenden Ökonomen bis heute. Der erste **Kritiker Ricardos** war der liberale Gutsbesitzer und Ökonom **Heinrich von Thünen** (1783–1850). 1826 verband er bei der Frage nach dem gerechten Lohn das Existenzminimum des Arbeiters mit dem Zuwachs des Nettosozialprodukts und wurde Vorkämpfer eines Modells der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Kritik an der Lohnfondstheorie übte der Nationalökonom und Sozialpolitiker **Lujo Brentano** (1844–1931), der darauf hinwies, dass der Lohn nicht aus einem Kapitalfonds bezahlt wird, sondern vom Konsumenten, der die Produkte kauft.

Auch **Thomas Robert Malthus** (1766–1834) zählt zu den bedeutendsten Vertretern der Schule der klassischen Ökonomie. Seine Bevölkerungstheorie stellt die im Merkantilismus gültige Auffassung des Bevölkerungswachstums als Quelle des Wohlstands in Frage und sieht darin vielmehr eine Ursache für drohende wirtschaftliche Katastrophen.

2 Wirtschaftsliberalismus

John Stuart Mill (1806–1873), englischer Philosoph und Nationalökonom, wird vielfach als letzter Vertreter des klassischen Liberalismus betrachtet. Wie sein Lehrer **Jeremy Bentham** (1748–1832) war er Verfechter des so genannten Utilitarismus, der den Wert einer Handlung an den Folgen misst. Ziel war die Herbeiführung des größten Glücks für die größte Zahl. Mill erkannte bereits die Notwendigkeit staatlicher Interventionen zum Schutze der sozial Schwächeren.

Manchester-Liberalismus

Der Manchester-Liberalismus (auch Manchesterkapitalismus oder Manchesterschule genannt) stellt die Extremform des wirtschaftlichen Liberalismus im 19. Jahrhundert dar.

Als Zentrum dieser Freihandelsbewegung gilt die Stadt Manchester. Einer der bedeutendsten Vertreter dieser politischen Strömung ist der britische Textilfabrikant und Wirtschaftspolitiker **Richard Cobden** (1804–1865). Dieser forderte die totale Liberalisierung der Wirtschaft unter völligem Ausschluss des Staates. Der mittlerweile zum Topos gewordene „Nachtwächterstaat“ schreit weder gegen die Bildung monopolistischer Machtkonzentration noch gegen jedweden sozialen Missstand ein.

Die schweren sozialen Probleme machten schließlich die Aufgabe des Manchestertums unumgänglich. Ein frühes Beispiel sozialreformerischen Engagements ist **Robert Owen** (1771–1858), Mitinhaber eines der größten Industrieunternehmen seiner Zeit, der in Musterbetrieben Reformen (Begrenzung der Arbeitszeit, Einschränkung der Kinderarbeit, Kranken- und Altersversicherung) durchführte.



*John Stuart Mill (links)
Richard Cobden (Mitte)
und Robert Owen (rechts)*

Auf seine Idee gehen die **Konsumvereine** zur **Selbsthilfe** für Handwerker, Gewerbetreibende und Bauern zurück, um ihre Lage im freien Markt zu verbessern.

Der soziale Liberalismus

Der schrankenlose Wirtschaftsliberalismus brachte ungehemmte Ausbeutung der **politisch rechtlosen Arbeiterschaft** mit sich und bedrohte auch das **Kleinbürgertum**. Dies führte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ganz Europa zur schrittweisen Einführung von **Schutzgesetzen** und **staatsinterventionistischen Maßnahmen**. Frankreich und Deutschland wurden schließlich in der Sozialgesetzgebung führend.

Die Wurzeln des sozialen Liberalismus liegen im wilhelminischen Deutschland und sind eng mit den Namen Schulze-Delitzsch und Friedrich Naumann verbunden. Die liberalen Kräfte versuchten einen dritten Weg zwischen bürgerlich-kapitalistischer und sozialer Gesellschaftsordnung.

Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883) bezog gegen jegliche Staatshilfe und gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Stellung; er vertrat stattdessen die **Idee der genossenschaftlichen Selbsthilfe** (Kreditvereine, Sparvereine, Rohstoffgenossenschaften) zur Kompensation der aus der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung resultierenden Nachteile für die kapitalarmen Schichten.

Friedrich Naumann (1860–1919), der aus der evangelisch-sozialen Bewegung kam, forderte die parlamentarische Demokratie als politische Voraussetzung für die Lösung der Arbeiterfrage. Er rückte von der interventionsfeindli-



Friedrich Naumann

2 Wirtschaftsliberalismus

chen liberalen Position ab und räumte dem Staat Spielraum für wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen ein. In die Geschichte des deutschen Liberalismus ging Naumann nicht nur als ideenpolitischer Exponent einer liberalen Sozialpolitik, sondern auch als Einiger des liberalen Lagers vor dem Ersten Weltkrieg und als Begründer der „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) ein, welche die Weimarer Republik als staatstragende Partei entscheidend mitprägen sollte.

Auch in **England** erlebte die liberale Idee eine Weiterentwicklung. **Samuelson, Hobhouse und Hobson** reformulierten den Liberalismus im Sinne der Verwirklichung von Freiheit, Chancengleichheit und Wohlfahrt im Hinblick auf erhöhte wirtschaftliche Effizienz. Der Einfluss des **New Liberalism** zeigte sich darin, dass die liberalen Regierungen vor dem Ersten Weltkrieg die Grundlage des modernen britischen Wohlfahrtsstaates schufen.

Diese „Zugeständnisse“ müssen freilich vor dem Hintergrund einer erstarkten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden.

Konjunkturrückgang und Niedergang des wirtschaftspolitischen Liberalismus

Bedingt durch die **Wirtschaftskrisen 1873/1895** (Börsenkrach 1873, Landwirtschaftskrise 1895) gerieten liberale Gruppierungen in die Defensive. Preisstürze in Landwirtschaft und Industrie, Rohstoffverteuerung und Gewinnrückgänge lähmten die Wirtschaft. Von Seiten der Industriellen, die um ihren Absatz bangten, kamen der **Ruf nach Schutzzöllen und protektionistischen Maßnahmen**. Der Glaube an den Fortschritt schwand. Die meisten politischen Gruppen und Berufsverbände wandten sich nach 1873 von Freihandel und dem reinen Wirtschaftsliberalismus ab. Die Arbeiterschaft formierte sich in den neu entstehenden Massenparteien. Mit dem **Ersten Weltkrieg** endete auch der wirtschafts- und parteipolitische Liberalismus.

Zusammenfassung und Bewertung

Der **Aufschwung** der **Wissenschaft** und deren Nutzenanwendung in Wirtschaft und Technik brachte eine tiefgreifende Veränderung in einem Wirtschaftssystem, das zunehmend von der Industrie beherrscht wurde. Neue **Erfindungen**, **Kolonialismus**, neue **Verkehrsmittel** (Eisenbahn, Dampfturbine) und die Erschließung neuer **Verkehrswege** entwickelten enorme Schubkraft zur Schaffung eines **Weltwirtschaftsmarktes**.

Das **Bürgertum** wurde zur führenden Klasse. Es hatte sich von den drückenden kirchlichen und feudal-konservativen Fesseln befreit und war zu Wohlstand gekommen. Zwischen 1850 und 1873 öffnete sich Europa dem Freihandel, beseitigte Zölle und andere Handelshindernisse; die **Stabilität des internationalen Währungssystems** erleichterte den Warenaustausch. **Der Liberalismus feierte Triumphe**.

Die kapitalistisch entwickelten Länder (England, Frankreich, Deutschland) verkauften im **internationalen Handel Fertigwaren** im Tausch gegen **Landwirtschaftserzeugnisse oder industrielle Rohstoffe**. Der Freihandel begünstigte vor allem die englische Wirtschaft, andere Länder wie Holland und Spanien folgten. Um 1860 war ganz Europa zum Freihandel übergegangen.

Im Wirtschaftsliberalismus klassischer Prägung bekam der „**Homo oeconomicus**“ Vorrang gegenüber allen Formen menschlichen Seins. Jener Teil der Bevölkerung, der daran nicht teilnahm, galt als unproduktiv (historisch bedingt durch die vormalige Ausbeutung der Arbeit durch Adel und Klerus). Der wirtschaftliche Erfolg hatte Priorität, Egoismus und Gier galten als anerkannte Werte.

Die natürlichen Gesetzmäßigkeiten der „unsichtbaren Hand des Marktes“ waren auf die Bedürfnisse des Bürgertums zugeschnitten und negierten andere Interessen. Diese Ideologie leistete der Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse Vorschub und schloss Veränderbarkeit von vornherein aus.

Jede Kritik am Wirtschaftsliberalismus setzt vor allem an seinem **Desinteresse an sozialen Fragen** an. Die neu errungene Freiheit **endete beim Privateigentum** und in der **Lohnabhängigkeit**. Die erkämpften Bürgerrechte bleiben für die besitzlose Masse abstrakt. Das bürgerliche Gesetz entspricht dem bürger-

2 Wirtschaftsliberalismus

lichen Interesse (heute noch sichtbar in den Bezeichnungen ABGB und BGB). Doch nicht nur die Gleichheit zwischen besitzender und besitzloser Klasse, auch gleiche **Wettbewerbschancen** waren illusionär. Bessere Standorte, bessere Verkehrswege und höhere Kapitalausstattung boten Möglichkeiten zu ungehemmtem Wettbewerb, zur Bildung von Konzernen, Monopolen und Kartellen. Paradoxiertweise führte gerade der unbeschränkte Freihandel zur Störung des Systems, was unweigerlich zum Ruf nach staatlicher Regulierung führte.

Die Rolle des Staates jedoch war keineswegs schwach und garantierte innere Sicherheit und Stärke nach außen. Der Staat war dort stark, wo der Bürger es wollte, und fand seine Aufgaben überall dort, wo den wirtschaftlichen Interessen Hindernisse entgegenstanden. So erfolgte beispielsweise die koloniale Erwerbung Indiens formal durch die private ostindische Handelsgesellschaft. Als die Sicherung des Besitzes nicht mehr privat gewährleistet war, kam dem Staat diese Aufgabe zu.

Der **Staat** agierte als **Machtregulativ im Interesse der Bürger**: So kam es etwa zur Niederschlagung von Streiks, weil das Bürgertum das Einschreiten des Staates als Schutz seines Eigentumsrechtes begriff, welches die vertragsbrüchigen Arbeiter verletzt hätten.

(Die Kritikpunkte folgen der Argumentation von Lothar Döhn.)

SKRIPTEN ÜBERSICHT



WIRTSCHAFT	
WI-1	Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften
WI-3	Wachstum
WI-4	Einführung in die Betriebswirtschaftslehre
WI-5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt
WI-6	Lohnpolitik und Einkommensverteilung
WI-9	Investition
WI-10	Internationaler Handel und Handelspolitik
WI-12	Steuerpolitik
WI-13	Bilanzanalyse
WI-14	Der Jahresabschluss
WI-16	Standort-, Technologie- und Industriepolitik

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE	
PZG-1A	Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945
PZG-1B	Sozialdemokratie seit 1945
PZG-2	Christliche Soziallehre
PZG-4	Liberalismus/Neoliberalismus
PZG-6	Rechtsextremismus
PZG-7	Faschismus
PZG-8	Staat und Verfassung
PZG-9	Finanzmärkte
PZG-10	Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften
PZG-11	Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands
PZG-12	Wege in den großen Krieg
PZG-14	Die Geschichte der Mitbestimmung in Österreich

SOZIALE KOMPETENZ	
SK-1	Grundlagen der Kommunikation
SK-2	Frei reden
SK-3	NLP
SK-4	Konfliktmanagement
SK-5	Moderation
SK-6	Beraten
SK-7	Teamarbeit
SK-8	Führen im Betriebsrat
SK-9	Verhandeln
SK-10	Politische Rhetorik

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

3 Ordoliberalismus; soziale Marktwirtschaft und Keynesianismus

Als Ordoliberalismus wird bereits die **Fortentwicklung des Wirtschaftsliberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg** bezeichnet, die zunächst durch die Abkehr vom Laissez-faire-Gedanken und die **Forderung nach ordnungspolitischen Eingriffen des Staates** zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen freien Wettbewerb bestimmt war. Der Staat sollte unerwünschte Markteffekte unterbinden, aber auch sozialpolitische Ziele verfolgen (Ordoliberalismus nach Walter Eucken 1891 bis 1950, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow).

Der Ordoliberalismus bildete die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft in Österreich und Deutschland (Einführung des Kartellgesetzes, Beeinflussung von Konjunkturschwankungen, Steuerung der Einkommens- und Vermögensverteilung). Die Prinzipien des Ordoliberalismus fanden in den Programmen der konservativen Regierungsparteien ihren deutlichen Niederschlag:



„Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken! Wir lehnen die Planwirtschaft als Ausfluß eines kollektivistischen Denkens ab. Wir kämpfen gegen den Wirtschaftsliberalismus...“

*Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union (CSU)
in Deutschland 1946*



Finger weg von der Sozialversicherung



Wilhelm Röpke, Vertreter des Ordoliberalismus

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ steht auch im Gegensatz zur so genannten ‚freien Wirtschaft‘ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die ‚freie Wirtschaft‘ zu vermeiden, ist zur Sicherung des Leistungswettbewerbs die unabhängige Monopolkontrolle nötig. Denn so wenig der Staat oder halböffentliche Stellen die gewerbliche Wirtschaft und einzelne Märkte lenken sollen, so wenig dürfen Privatpersonen und private Verbände derartige Lenkungsaufgaben übernehmen.“

Aus den Düsseldorfer Leitsätzen der CDU 1949

Quelle: Klaus-Jörg Ruhl (Hg.), Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, München 1982.



Die Welt ist keine Ware. Aktion gegen WTO- Konferenz in Doha/Quatar 2001

4 Keynesianismus

Die Programmatik des liberalen englischen Nationalökonomen **John Maynard-Keynes** (1883–1946) wurde für die Wirtschaftspolitik von überragender Bedeutung. Sein Hauptwerk: „The General Theory of Employment, Interest and Money“ (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes) erschien 1936 und wurde enthusiastisch begrüßt.

Die neue Lehre bewirkte ausgehend von den USA auch in Europa eine **völlige Kursänderung** in Wirtschaft und Politik. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise (1929) suchte Keynes nach Mitteln zur Vermeidung der Destabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Er war Vertreter eines „klug geleiteten Wirtschaftskapitalismus“.

Für die gesamte wirtschaftspolitische Entwicklung der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war ein politisches und wirtschaftspolitisches Abkommen maßgeblich, das allgemein als **Abkommen von Bretton Woods** bezeichnet wird und für dessen wirtschaftspolitischen Inhalt der Ökonom John Maynard Keynes den wesentlichen Grundstein legte.

Das Abkommen von Bretton Woods legte 1944 den US-Dollar als fixe Leitwährung fest (um Wechselkursspekulationen auszuschließen) und setzte den Kreditzinssatz unter dem zu erwartenden realen Wirtschaftswachstum an, um Investitionen in die Realgüterwirtschaft und nicht in die Spekulation zu lenken. Politisch einigte man sich auf eine Konsenspolitik, die im Wesentlichen darin bestand, dass die UnternehmerInnen (der Faktor „Kapital“) den ArbeitnehmerInnen (dem Faktor „Arbeit“) Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zugestehen und die Beschäftigten die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln durch die UnternehmerInnen anerkennen. (Diese Konsenspolitik zielte darauf ab, eine kommunistische Entwicklung wie in der Sowjetunion zu verhindern).

Keynes **verwirft die Theorie des freien Spiels der natürlichen Kräfte** und plädiert für **staatliche Steuerung**, wo diese sinnhaft ist. Als Ursache der Krise begreift Keynes sinkende Investition und Konsumrückgang und betont den Zusammenhang von Konsumausgaben und Einkommen, Investitionen und Zinssatz.

Keynes vertritt die so genannte **Globalsteuerung**: Er fordert eine kreditfinanzierte staatliche Beschäftigungspolitik (Deficit Spending und antizyklische



John Maynard Keynes

Haushaltspolitik¹ und betont die Unwirksamkeit von Lohnsenkungen als Mittel zur Vollbeschäftigung.

Zum Kern seiner Lehre gehören weiter die Sicherstellung höherer Reallöhne und staatlicher Transferleistungen zur Steigerung der Nachfrage, Zinssenkung, die Notwendigkeit einer allgemeinen **Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung** zugunsten der BezieherInnen niedriger Einkommen mit **hoher Konsumrate** sowie **Missbilligung des Spargedankens**.

Keynes Modell war lange Zeit in der Lage, Wachstumsschwankungen zu stabilisieren und Krisen aufzufangen; Wirtschaft und Beschäftigung expandierten. Die Entwicklung verwies orthodoxe Liberale mit ihrer Ablehnung einer Belebung der Wirtschaft von außen in den Bereich der Bedeutungslosigkeit. Ihre Deutung von Wirtschaftskrisen als folgerichtige Anpassung an vorhergegangene Fehlentwicklungen, ihre Erklärung der Arbeitslosigkeit aus zu hohen Reallöhnen und zu hohen Arbeitslosenunterstützungen fanden keine Resonanz oder Bestätigung.

In den 1960er- und 1970er-Jahren entwickelten sich daher in ganz Europa an den Lehren von Keynes orientierte Sozial- und Wohlfahrtsstaaten (1969–1982 sozialliberale Koalition in Deutschland, 1970–1983 Ära Kreisky in Österreich – **Austrokeynesianismus**.)

Eine Weiterentwicklung des Keynesianismus brachte in den letzten 30 Jahren der österreichische Wirtschaftsforscher **Stephan Schulmeister** ein. Er unterscheidet **zwei „Spielanordnungen“ von Kapitalismus**, je nachdem, ob die Interessen des Realkapitals (der Unternehmer) gefördert werden oder jene des Finanzkapitals (der Besitzer großer Finanzvermögen): Im Realkapitalismus (wie zwischen 1950 und 1971) lenken die Regulierung der Finanzmärkte, die Verbesserung der sozialen Sicherheit und (damit) die steigende Konsumnachfrage das Profitstreben auf Aktivitäten in der Realwirtschaft. Davon profitieren indirekt auch die ArbeitnehmerInnen: Der Boom der Realinvestitionen schuf immer mehr Arbeitsplätze, schon 1960 war Vollbeschäftigung erreicht. Die wissenschaftliche Grundlage des Realkapitalismus lieferte die

¹ Antizyklisches Verhalten in der Haushaltspolitik bedeutet, dass der Staat in Phasen des wirtschaftlichen Rückgangs Investitionen tätigen soll, um so die Schwankungen möglichst abzufangen. Die dafür finanziell notwendigen Mittel sollen in der Phase der Hochkonjunktur wieder aufgebaut werden.

4 Keynesianismus

Theorie von Keynes. Sie fordert einen wirtschafts- und sozialpolitisch aktiven (Sozial)Staat sowie eine Zusammenarbeit zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften.

Im Zuge der 1970er-Jahre erfolgte jedoch der Wechsel zum Finanzkapitalismus. Der Kapitalismus entwickelt sich laut Schulmeister in einer Abfolge realkapitalistischer Aufschwungsphasen und finanzkapitalistischer Krisenphasen. So führte die durch den Börsenkrach 1929 ausgelöste und durch Sparpolitik und Lohnkürzungen vertiefte Weltwirtschaftskrise (samt ihren verheerenden Folgen) zu einem gesellschaftlichen Lernen in Gestalt der Theorie von Keynes, des Aufbaus des Sozialstaats und der Sozialpartnerschaft, die wiederum Basis für die realkapitalistische Aufschwungsphase bildete. Die damit verbundene Machtverlagerung zugunsten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie trug in den späten 1960er-Jahren dazu bei, dass immer mehr Vermögende die Forderungen der Neoliberalen unterstützten und so den Wechsel zum Finanzkapitalismus durchsetzten.

Die verheerenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen der in den vergangenen Jahrzehnten dominanten neoliberalen Ideologie (die Vernachlässigung des Klimawandels ist auch eine Folge ihrer Politikfeindlichkeit) bereiten derzeit den Boden für einen Kurswechsel, verstärkt durch die Coronapandemie. Damit der Übergang zu einem sozial und ökologisch „gebändigten“ Realkapitalismus gelingt, müssten Gegenkonzepte vor allem an der Kritik der unfassbaren „**Marktgläubigkeit**“ der Neoliberalen ansetzen. Schulmeister spricht sogar von „Markttheologen“. Was Hayek und Co geschafft haben, ist, dass „der Markt“ quasigöttlichen Charakter erlangt hat. Diese Verblendung ist ein Frontalangriff auf Demokratie und Aufklärung.



Stephan Schulmeister

Die gesamte Kritik am finanzkapitalistischen System und Auswege daraus hat Schulmeister in seinem fundamentalen Werk **„Der Weg der Prosperität“** zusammengefasst.



Im Verlag des ÖGB erschien bereits 1997 das Buch **„Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus“**.

Darin ein Ansatz von Stephan Schulmeister: **„Die Wege zur Vollbeschäftigung – Globale, europäische und Österreichische Strategien“**.

5 Neoliberalismus

Etwa 100 Jahre nach der Krise des Manchester-Liberalismus feiert der Wirtschaftsliberalismus wieder Erfolge.

Das neoliberale Paradigma einer weltumspannenden Marktgesellschaft hat heute so gut wie alle Bereiche der Politik und Gesellschaft erfasst und mittlerweile zahlreiche Meta-Botschaften² **als fixen Bestandteil öffentlichen und privaten Denkens etabliert:**

- Die **Ökonomie** ist die Leitkultur der Gesellschaft. Alles ist marktwirtschaftlich steuerbar.
- Nur der unmittelbare ökonomische Nutzen zählt. Jedes andere gesellschaftspolitische Ziel, das sich der Marktverwertung entzieht, ist ein Kostenfaktor und damit eine Belastung der Gesellschaft.
- Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, aber nicht zu gestalten und keinesfalls zu verändern. „Verantwortungsbewusste“ Eliten ersetzen Parteien, Verbände und demokratische Strukturen. Der Staat übernimmt den Aufbau repressiver Instrumente.
- Glorifizierung von Wettbewerb und Konkurrenz. Die neuen Tugenden heißen Aggressivität, Siegerwillen und Durchsetzungsvermögen.
- Soziale Ungleichheit ist eine natürliche Voraussetzung innerhalb der Gesellschaft. Misserfolg, niedrige Einkommen und Armut sind Eigenverschulden und Ausdruck mangelnder Anpassungsfähigkeit an die Markterfordernisse.

Diese Entwicklung geht auf die wirtschaftspolitischen Aktivitäten der so genannten Chicago-School der Volkswirtschaftslehre (Monetarismus) zurück, deren exemplarische Umsetzung zuerst in der Politik Ronald Reagans und Margaret Thatchers erfolgte.

² Vgl.: Ralf Ptak/Fabia Virchow, Gewerkschaften und die extreme Rechte in Zeiten des Neoliberalismus S. 366–375. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/2002.



Friedrich August von Hayek

Die orthodoxe Position

Einer der schärfsten Gegner der Globalsteuerung war der österreichische Nationalökonom und Sozialphilosoph **Friedrich August von Hayek** (1899–1992). Hayek vertritt eine zu Keynes gegenläufige Konjunkturtheorie und übt heftige Kritik an der Theorie des Sozialismus. Die von ihm 1947 ins Leben gerufene „Mont Perlerin Society“ gilt als wichtige Denkfabrik des Neoliberalismus. Hayek war erklärter **Gegner des Wohlfahrtsstaates und der Gewerkschaften**, deren Ziel es sei, die Eigentümer praktisch zu enteignen und die Interessen der besser verdienenden ArbeitnehmerInnen zu missachten, und plädierte u.a. für die Abschaffung des Streikrechts („Die Verfassung der Freiheit“ 1991). Er verwarf den Begriff der sozialen Gerechtigkeit als einen überkommenen Instinkt der frühen Hordenmenschen, der zur modernen Zivilisation nicht mehr passt. Der Markt sei vielmehr vergleichbar mit einem ungewissen Spiel, das Geschicklichkeit und Glück, aber nicht Gerechtigkeit erfordere. Staatliche Eingriffe seien eine Anmaßung von Wissen über das Wesen der Gerechtigkeit. Moralische Pflichten könnten nur als individuelle Pflichten wahrgenommen werden.



„Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befaßt, den Sinn des Begriffs ‚Soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluß gelangt, daß für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat ...“



„Die völlige Inhaltslosigkeit des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ zeigt sich an den Tatsachen, daß es keine Übereinstimmung darüber gibt, was soziale Gerechtigkeit im Einzelfall erfordert; daß ferner keine Kriterien bekannt sind, nach denen entschieden werden könnte, wer recht hat, wenn die Leute verschiedener Ansicht sind, und daß kein im voraus ausgedachtes Verteilungssystem auf eine Gesellschaft tatsächlich angewendet werden könnte, in der die einzelnen in dem Sinne frei sind, daß sie ihr eigenes Wissen für ihre eigenen Zwecke nutzen dürfen. Die moralische Verantwortung des einzelnen für seine eigenen Handlungen ist in der Tat mit der Realisierung eines solchen angestrebten, allumfassenden Verteilungssystems nicht vereinbar.“

5 Neoliberalismus



„Diese Entwicklung, die die Sozialisten jetzt umkehren wollen, hat sowohl die ‚offene Gesellschaft‘ als auch individuelle Freiheit ermöglicht. Die Sozialisten haben die Unterstützung ererbter Instinkte, während die Aufrechterhaltung des neuen Wohlstandes, der die neuen Ansprüche hervorbringt, eine erworbene Disziplin verlangt, die die noch nicht domestizierten Barbaren unter uns, die sich selbst ‚Entfremdete‘ nennen, ablehnen anzunehmen, obwohl sie alle ihre Wohltaten beanspruchen ...“

Hayek: Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, 1977.

In seinen Werken „Preis und Produktion“ (1931), „The Constitution of Liberty“ (1960) oder „The Road to Serfdom“ (Der Weg zur Knechtschaft 1944), aber auch in den Medien hat Hayek seine extrem antisoziale und oftmals sarkastisch formulierte Weltanschauung wiederholt ausgeführt und begründet; sie fand im Zuge der keynesianischen Gegenrevolution höchste Verbreitung und Beachtung.

Chicago-School und Monetarismus

Hayek lehrte zwischen 1950 und 1962 an der Universität von Chicago. Er und die sogenannte Österreicher-Schule übten Einfluss auf die Chicago-School der Volkswirtschaftslehre, zu deren Hauptvertretern u. a. die beiden Nobelpreisträger **George Joseph Stigler** (1912–1991) und **Milton Friedman** (1912–2006) zählen.

Die Chicago-School postuliert die Überlegenheit eines rein privat organisierten Wirtschaftssystems gegenüber staatlicher Lenkung: Staatliche Eingriffe stören den natürlichen Wirtschaftsprozess und tragen so zu Fehlern und Instabilitäten bei. Stigler griff die Formulierung „**Survival of the Fittest**“ (Herbert Spencer) neu auf. Das Überleben der Gesundesten und Besten (Sozialdarwinismus) gilt dabei auch als Leitprinzip der Chicago-School. Aufgrund der schwerpunktmäßigen Geldtheorie wird die Lehre der Chicago-School auch als „**Monetarismus**“ bezeichnet.

Anfang der 1980er-Jahre kommt es vor dem Hintergrund von Rezession (1973 Ölpreisschock) und Verschiebung politischer Machtverhältnisse zum

Aufstieg des **Monetarismus**. Die keynesianische Politik der Nachfragesteuerung erwies sich als unwirksam zur Bekämpfung der Stagflation in den Industrieländern und fand keine Anpassung an die veränderten Gegebenheiten. Zudem hatten die beständig gestiegenen Ansprüche an die Steuerungsfähigkeit des Staates mittlerweile eine negative Eigendynamik angenommen. Nicht nur auf Seiten der Neoklassiker kam es verstärkt zur Kritik an einer als falsch verstandenen staatlichen Fiskal- und Wohlfahrtspolitik; die daraus entstehende Gewichtsverlagerung von der Politik auf die Ökonomie rückte zunehmend Unternehmensinteressen in den Vordergrund.

Erster Vordenker des Neoliberalismus und Anführer **der keynes'schen Gegenrevolution** war vor allem der amerikanische Nationalökonom Milton Friedman, der über Auftritte in den Medien, Zeitungskolumnen und Bestseller wie „Capitalism and Freedom“ (1962), „Free to choose“ (1980) oder „Tyranny of the Status Quo“ (1984) als „liberaler Anarchist“ Berühmtheit erlangte, der die **totale persönliche Freiheit des Individuums** auf seine Fahnen setzte.

- » Friedman forderte den Rückzug der Politik aus der Wirtschaft und die Akzeptanz einer „natürlichen“ Arbeitslosigkeit, die in keinem Fall langfristig korrigiert werden könne. Mit seiner berühmt gewordenen Philips-Kurve wollte Friedman den Beweis erbringen, dass staatliche Nachfragestimulierung automatisch in die Inflation führe und daher abzulehnen sei.
- » In seiner „Geldgeschichte der Vereinigten Staaten in den letzten 100 Jahren“ geht es Friedman um den Beweis, dass jeder Rezession in den USA eine Verminderung der umlaufenden Geldmenge und jedem wirtschaftlichen Aufschwung eine Ausweitung der Geldmenge vorausgegangen war. Die Notenbanken hätten sich daher auf ein moderates Wachstum der Geldmenge zu konzentrieren – diese Theorie begründete die monetäre Revolution der „New Economics“ (zit. nach Paul C. Martin). Zu ihren Grundfesten gehörte auch der Eintritt für die Flexibilisierung der Wechselkurse (vgl. Abschnitt „Internationalisierung der Finanzmärkte“, S. 56ff.).
- » Für Friedman besteht der überwiegende Teil der Arbeitslosigkeit auf freiwilliger Basis und beruht auf Reallohnvorstellungen über den Vollbeschäftigungsreallohn, Informationsmängeln und staatlichen Maßnahmen wie zu

5 Neoliberalismus

hohe Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe. Tarifverhandlungen über vollbeschäftigungskonforme Löhne müssten zwangsläufig einen Rückgang der Arbeitsplätze zur Folge haben.

- » Friedman versucht in seinem Werk „Kapitalismus und Freiheit“ nachzuweisen, dass staatliche Reformmaßnahmen zur Bekämpfung der Armut in den USA immer gerade das Gegenteil bewirkt hätten, und verwirft sie insgesamt als Zwang über den Menschen, dem eigenen Interesse und Profitstreben zugunsten der Belange von Außenseitern zuwider zu handeln.
- » Abgelehnt werden darüber hinaus jegliche staatliche Eingriffe, namentlich paritätische Preisunterstützungen in der Landwirtschaft, staatliche Überwachung der Produktion, Lohn- und Preiskontrollen, gesetzlich festgelegte Mindestlöhne oder Höchstpreise, die gesetzliche Festlegung des Zinssatzes auf kurzfristige Einlagen sowie gesetzlich fixierte Höchstsätze auf Spar- und Termineinlagen, Regulierungen des Transportwesens, genaue Regulierung des Bankwesens, Sozialpolitik in Form von Pensions- und Rentenprogrammen, der gemeinnützige Wohnbau, die Wehrpflicht, Nationalparks, gebührenpflichtige Straßen, die dem Staat gehören („Kapitalismus und Freiheit“ 1984, S. 60/61).

In den 1980er-Jahren fanden diese Grundsätze zunehmend auch in politische Parteien Eingang, die nicht ans liberale Lager gebunden waren – allen voran in die konservativen Parteien. Die Trendwende brachten im angloamerikanischen Raum die Regierungen Reagan resp. Thatcher.

Erstes Experimentierfeld der jungen Wirtschaftstheorie war jedoch Chile, das unter General Augusto Pinochet junge Anhänger der Lehre Friedmans, die so



Demonstration gegen die Pinochet-Diktatur

genannten „Chicagoboy“ nach Santiago holte, um die chilenische Wirtschaft nach den neuen Maßstäben umzugestalten. Gleichzeitig führte dieses Modell die Ideologie von der totalen Freiheit ad absurdum, da es unter einer der brutalsten Diktaturen der westlichen Welt verwirklicht wurde.

Reagonomics

Während die Regierung Nixon ihre Wirtschaftspolitik noch am Keynesianismus ausgerichtet hatte, erfolgte unter Einfluss Friedmans (Stigler lehnte das Reagan-Konzept ab) während der Amtsperiode Ronald Reagans in den 1980er-Jahren in den USA eine völlige Umorientierung hin zu einer reinen **Angebotsökonomik** (d.h. zu einer völligen Konzentration der Wirtschaftspolitik auf die Angebotsseite bei Vernachlässigung der Nachfrageseite) unter radikaler Ausübung eines **Laissez-faire-Kapitalismus (Reagonomics)**.

Über staatliche **Deregulierungsmaßnahmen** und **Privatisierungen** sollten Investitionen und Wirtschaftswachstum gefördert, die Arbeitslosigkeit bekämpft werden.

Steuerentlastungen als Leistungsanreiz für die Wirtschaft bei drastischen Kürzungen der Haushaltsausgaben für Sozialleistungen zur Ankurbelung privater Motivation und Eigenvorsorge sowie restriktive Geldpolitik zur Inflationsbekämpfung bewirkten in der Folge eine rigorose Umverteilung von unten nach oben. Damit einhergehend kam es zu **massiver Beschneidung der Macht und Rechte der Gewerkschaften**.

Im Ergebnis brachte die neue Wirtschaftspolitik durch ein verringertes Steueraufkommen und enorme Rüstungsausgaben für den „Krieg der Sterne“ ein astronomisches Staatsdefizit, Zerrüttung der sozialen Stabilität, aber auch eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, einen Rückgang der Inflation sowie einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen.

Seit dem Ende der Amtszeit Clintons ist in den USA das ohnehin sehr weitmaschige Netz der sozialen Absicherung weiter erodiert. Clintons Nachfolger George Bush war voll auf Kurs der Reagan'schen Kriegs- und Wirtschaftspolitik. Seine Regierungsperiode brachte der Bevölkerung in den USA **Kürzungen im Bereich der öffentlichen Pensionen und der Gesundheitsvorsorge**:

5 Neoliberalismus

Ein in George Bushs Amtszeit verabschiedetes Gesetz erlaubt es Pharmaunternehmen, Preise für Medikamente völlig frei festzusetzen. Nur einen Teil der Medikamentenkosten übernehmen dabei Versicherungen. ExpertInnen befürchten dadurch eine weitere Erhöhung der Altersarmut in den USA. Dazu kommt eine Erhöhung des Regelpensionsalters auf 67 Jahre bei gleichzeitiger Kürzung der staatlichen Pensionen.

Thatcherismus

Nach amerikanischem Vorbild startete Margaret Thatcher ab 1979 in Großbritannien ihren Feldzug gegen den Sozialstaat mit dem Ziel seiner Umgestaltung zum „Wohlstandsstaat“. Seit 1943 hatte sich der englische Wohlfahrtsstaat entwickelt, der bei Regierungsantritt Thatchers in die Krise gekommen war.

Unter dem Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ trat Thatcher für **Eigenverantwortung und Selbsthilfe** anstelle staatlicher Fürsorge ein und sorgte für drastische **Kürzungen bei Unterstützungen und Beihilfen** sowie im Erziehungs- und Gesundheitswesen und verordnete der Bevölkerung Eigeninitiative als Mittel gegen ihre „selbst verschuldete“ Armut. Thatchers Sozialreform zielte weiter auf den **Ausstieg der Bürger und Bürgerinnen aus der staatlichen Renten- und Pensionsvorsorge** und gewährte Steuererleichterungen für den Abschluss privater Verträge. Schlagzeilen machte ihre Kürzung von Beihilfen für Heizungskosten, die sie auch nach mehreren Todesfällen unter alten Menschen, die das Geld für die Heizkosten nicht aufbringen konnten, nicht zurücknahm.

Priorität in Thatchers Wirtschaftspolitik hatten **Inflation und Reduktion des Staatsdefizits** sowie **die Privatisierung** sämtlicher verstaatlichter Industrien, Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe bis hin zur Privatisierung von Untersuchungsgefängnissen nach amerikanischem Vorbild. Nach ihrem Konzept



Szene aus „The Navigators“
von Ken Loach



Margaret Thatcher

des „**Volkskapitalismus**“ sollten die ArbeitnehmerInnen durch Firmenanteile oder gewinnabhängige Löhne an den Unternehmen beteiligt werden.

Nacheinander privatisierte Thatcher die großen Staatsbetriebe wie British Telecom (Verkauf an zwei Millionen AnlegerInnen), British Gas und British Petroleum. In der Folge kam es zu rasanten Preiserhöhungen (v. a. bei den Telefonkosten), enormen Profitsteigerungen, Massenentlassungen, Gefährdung der Umwelt, Servicemängeln sowie Finanzskandalen und Spekulationen bei der Veräußerung der Betriebe, die auf Kosten der SteuerzahlerInnen Subventionen und Steuervorteile erhielten.

Die Regierung Thatcher war wie keine andere geprägt durch den unerbittlichen **Kampf gegen die britischen Gewerkschaften**, deren Auftreten und Ansprüche aufgrund mangelnder Arbeitsgesetzgebung und Ausbeutung der unteren Schichten traditionell eine wesentlich radikalere Ausprägung hatte als im übrigen Europa.

In mehreren sogenannten „Employment Acts“ sorgte Thatcher für eine starke Reglementierung der Gewerkschaften und gesetzliche Verankerung von Schadenersatzklagen gegen zahlreiche gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen. Die Auseinandersetzungen wurden unter massivem Polizeieinsatz und schweren Ausschreitungen auf beiden Seiten vor allem im verstaatlichten Bergbau ausgetragen.

Die Regierung Thatcher war begleitet von sozialen Unruhen, Unternehmenszusammenbrüchen, drastischem Anstieg der Arbeitslosenquote (bei Verschleiерung der Verhältnisse durch Beschönigung der Arbeitslosenstatistik), Umverteilung von unten nach oben, Ausbildung einer Zweidrittelgesellschaft und hoher



Beim Streik der britischen Bergarbeiter gegen die Schließung und Privatisierung ihrer Minen 1984/85 kam es wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und fast bürgerkriegsartigen Szenen. Trotz ihres unglaublichen Durchhaltewillens mussten sich die Bergleute nach einem Jahr der „eisernen Lady“ geschlagen geben. Der Streik hatte insgesamt zehn Tote und über dreitausend Verletzte gefordert. 11.291 Streikende waren vorübergehend festgenommen worden. Das Selbstbewusstsein der britischen Gewerkschaften wurde durch den Streik nachhaltig beschädigt.

5 Neoliberalismus

Kriminalität (Hooligans), der Thatcher mit Hilfe privater Überwachungsfirmen und Überlegungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe beikommen wollte. Vor allem die Einführung einer „**Poll Tax**“, einer neuen Gemeindesteuer, die nach Köpfen berechnet wurde und extreme soziale Ungerechtigkeiten nach sich zog, führte zu Großdemonstrationen und blutigen Straßenschlachten und trug maßgeblich zur Mobilisierung der Bevölkerung gegen Margaret Thatcher bei. Dem Wirtschaftswunder – Konjunkturbelebung und riesige Staatseinnahmen aufgrund der Privatisierungen – folgten Handelsdefizit, verringerte Wettbewerbsfähigkeit der englischen Wirtschaft, hohe Arbeitslosigkeit und steigende Inflation. Die hohen theoretischen Ansprüche des Laissez-faire-Kapitalismus fanden in der Praxis keine Bestätigung.



Schlechtes Beispiel Großbritannien

Großbritannien gilt als Europäischer Musterschüler der Liberalisierung, doch hat sich die Losung „Mehr privat, weniger Staat“ wirklich gelohnt?

- » *Nach der Privatisierung der Eisenbahnen passieren zahlreichen Unfälle. Vier von fünf Zügen kommen zu spät, die Fahrpreise haben sich sprunghaft erhöht, die Wartung wird modernen Sicherheitsstandards nicht gerecht. Das private Nachfolgeunternehmen der britischen Eisenbahnen, „Railtrack“, musste wegen Zahlungsunfähigkeit aufgelöst und de facto reverstaatlicht werden. Die dafür nötigen Gelder zahlten die SteuerzahlerInnen.*
- » *Die Wasserpreise stiegen nach der Liberalisierung um 50 %, ein Viertel des privatisierten Trinkwassers versickerte. (Zum Vergleich: in Österreich sind es ca. 8 %). Während die Vorstandsgehälter im Wassersektor sich vervielfachten, wurde die Zahl der Arbeitsplätze um 60 % reduziert. Die Wasserqualität richtet sich nicht mehr nach dem Prinzip „so rein wie möglich“, sondern nach dem marktwirtschaftlichen Kriterium „so sauber wie gesetzlich vorgeschrieben“. Die privaten Anbieter sind aus Profitgründen oft nicht einmal bereit, Mindeststandards einzuhalten, wofür sie bereits über 120-mal wegen Ver-*



nachlässigung der Infrastruktur und minderer Wasserqualität verurteilt wurden!

- » *Nach den radikalen Privatisierungen im Bildungssystem wurden die LehrerInnen durch sogenannte leistungsabhängige Entlohnung so stark unter Druck gesetzt, dass 40 Prozent innerhalb ihrer ersten drei Dienstjahre aufgaben. Der Lehrkräftemangel führte zu Zusammenlegungen von Klassen und Verkürzungen der Unterrichtszeiten. Die Schulen waren gezwungen, sich nach privaten SponsorInnen umzusehen: Inserate von Boulevardzeitungen und Banken in Schulbüchern sind nicht mehr ungewöhnlich.*
- » *Privatisierungen im Gesundheitssystem haben dazu geführt, dass Patienten und Patientinnen bis zu 95 Tage auf den Beginn ihrer Behandlung warten müssen. Daneben hat sich auf der Insel ein regelrechter PatientInnen-Transfermarkt ins benachbarte Ausland etabliert: Um Kosten zu sparen, werden manche Menschen schlicht ausgelagert und landen auf einem ausländischen OP-Tisch zum Beispiel in Frankreich.*

Neoliberaler Umbau der Gesellschaft

Langsam wurden neoliberale Programme zu Leitbildern der gesamten europäischen Politik. Insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern erfolgte der Umbau der Steuer-, Finanz- und Sozialsysteme nach neoliberalen Mustern. Der ungezähmte Kapitalismus, der nach der Wende über die osteuropäischen Länder hereinbrach, führte dazu, dass heute (30 Jahre später!) in den meisten Ländern der Region für viele das



5 Neoliberalismus

Realeinkommensniveau immer noch deutlich unter dem Wert von 1989 liegt. Die meisten Länder orientieren sich weniger an der sozialpolitischen Praxis in Westeuropa, sondern an der Maxime der Weltbank: fiskalpolitische Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung. Vor allem aber blieb das Einkommen der Menschen weit unter den Erwartungen. So lag das Medianjahreseinkommen 2019 in Bulgarien bei 4.214 Euro und in Rumänien gar nur bei 3.851 Euro. (Quelle: Eurostat, Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht – EU-SILC und ECHP-Erhebungen, letzte Aktualisierung: 30-7-2020). Was heißt, dass die Hälfte der BulgarInnen und RumänInnen monatlich (gerechnet auf 14 Monate) nicht mehr als rund 270–300 Euro zur Verfügung haben. Und dies 13 Jahre nach dem EU-Beitritt. Diese gelten daher als die derzeit „ärmsten“ Staaten der EU. Was das in der Covid19-Krise bedeutet, kann noch nicht gesagt werden. Mit anderen Worten: Während in Westeuropa 15 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ab den 1960er-Jahren unter einer keynesianisch-wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Politik bereits die Wohlstandsbäume zu wachsen begannen und sich Vollbeschäftigung abzeichnete, stagniert EU-Europa unter dem neoliberalen Regime seit Jahrzehnten und es herrscht in vielen Bereichen eine Verwaltung des Mangels oder sogar des Rückschritts.

Gleichzeitig wurde etwa genau dieses Rumänien zu einem El Dorado von (vielfach westeuropäischen) Bodenspekulanten, Lobbyisten der Agrarindustrie, und die letzten großen Urwälder Europas werden geplündert. Dies produzierte kollektive Enttäuschung – sowohl über die Politik im eigenen Lande wie vor allem auch gegenüber der Europäischen Union.



Die Folgen: steigender Unmut, Anwachsen rechtsextremer Parteien, autoritäre Regierungen, Bedrohung der liberalen Demokratien

Diese Spaltung der Gesellschaft und das Zurücklassen großer Teile der Bevölkerung in Armut und Prekarisierung produzierte jenes Biotop, in welchem antiliberalen, rechtspopulistischen und letztlich offen autoritären, neonationalen PolitikerInnen und Parteien gedeihen konnten und das entsprechende Regierungen an die Macht brachte. Diese Botschaft wurde und wird in den Zentren der Macht der Westeuropäischen Staaten und in Brüssel nach wie vor nicht verstanden.

Paradebeispiel dafür ist **Ungarn**. Bereits bei der Abstimmung für den EU-Beitritt Ungarns 2004 wurde sichtbar, dass zwar 83,8 Prozent mit JA stimmten, die Wahlbeteiligung aber nur 45,6 Prozent ausmachte. Man musste dafür sogar die Spielregeln ändern: für die Gültigkeit eines Referendums war eine Wahlbeteiligung von mindestens 50 Prozent notwendig. Weil diese Zahl nicht erreicht wurde, konnte das Referendum trotzdem gültig sein, wenn mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt hatten. Vor 1997 war eine strikte 50 %-Mindestwahlbeteiligung notwendig gewesen. Ein Großteil der Verweigerer – mehr als 50 Prozent (!) kam aus dem Milieu der Kleinbauern, PensionistInnen und armen (ArbeitnehmerInnen-)Schichten der Bevölkerung, die in einem Beitritt keine Zukunft sahen und die auch Recht bekommen sollten.

Selbst in Polen ist das Erstarken der PiS nur zu erklären mit der neoliberalen Vorgängerpolitik, die zwar Wohlstand für eine gewisse Schicht brachte, viele Polen und Polinnen aber von der Entwicklung abhängte.

Die sogenannte **Osterweiterung** trug und trägt in vielen Bereichen **neokolonialistische Züge**. Unbeabsichtigt oder nicht erinnert dieses Wort daher an dunkle Zeiten in der Geschichte.

Doch auch in Westeuropa wurde und wird sowohl von linken als auch von rechten Parteien und Regierungen Politikanpassung und Umbau von Sozialstaaten betrieben. PolitikerInnen unterschiedlichster Richtungen bezeichnen ausgebaute Sozialstaaten als Wettbewerbsnachteil. Der **Rückbau der Sozialsysteme** wird als unumgängliche Folge der Globalisierung dargestellt. Weil aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Arbeitslosig-

5 Neoliberalismus

keit dennoch die Sozialausgaben in vielen Ländern steigen, wurde am heftigsten im Bereich der Arbeitslosenversicherung „reformiert“. So wurden in westeuropäischen Ländern die Lohnersatzraten beim Arbeitslosengeld um bis zu 40 Prozent (Großbritannien) gekürzt. Durch die so genannten **Hartz-IV-Reformen** in Deutschland wird bei Arbeitslosigkeit sehr rasch auf eine bedürftigkeitsgeprüfte Sozialhilfe umgestellt. Die **Absicherung des Lebensstandards** ist **kein Ziel dieser Sozialpolitik** mehr. Auch das Rentensystem wurde deutlich redimensioniert. Deutschland, das lange als Sozialstaat mit starker Erwerbszentrierung und Dominanz der an die Erwerbstätigkeit gebundenen Versicherung galt, liefert künftig für die RentnerInnen geringere öffentliche Leistungen als etwa die USA oder Australien. Mit der sogenannten „Agenda-Politik“, die die Lohnkosten eklatant senkten, verschaffte sich Deutschland im Vergleich zu anderen großen Industrieländern der EU einen großen Wettbewerbsvorteil und wurde zum Exportweltmeister auf Kosten anderer Staaten. Es missachtete das Maastrichtziel einer zweiprozentigen Inflationsrate, was nur möglich wurde durch kräftigen Lohn- und Sozialabbau. Heute gilt Deutschland als das OECD-Land mit dem höchsten Niedriglohnssektor.

Die Folgen dieser Politik sprechen für sich. EU-Europa hat es nicht geschafft, die BürgerInnen von Armut oder sozialer Ausgrenzung zu befreien, im Gegenteil, ganze Länder und Regionen verbleiben in der Armut oder kehren dahin zurück. Für letzteres gilt Italien als Paradebeispiel. Nach vier Regierungsperioden Berlusconi und dem Zerfall der sozialdemokratischen und christlich-sozialen Parteien gleicht die Einkommens- und soziale Situation mancher Regionen Süditaliens eher jener sogenannter Schwellenländer.

Somit wurde und wird auch in Europa das Phänomen der **Working Poor** für viele zur Regel: Das sind jene Menschen, die trotz Erwerbsarbeit armutsgefährdet sind. 2018 waren in der EU über 21 Millionen Menschen, das sind 9,4 Prozent der Erwerbstätigen, davon betroffen.

Die Wende in den 1980er-Jahren

Mitte der 1980er-Jahre kam es international zu einer Stahlkrise. Riesige Konzerne – meist privatwirtschaftlich geführt – wurden stillgelegt oder mit staatlichen Subventionen aufgepäppelt. In Österreich wurde von konservativen und beginnenden neoliberalen Kräften diese Krise in eine „Verstaatlichtenkrise“ umgedeutet. Damit wurde eine Trendwende eingeleitet. Das Konzept des Austro-Keynesianismus, welches die Wirtschaft durch massive staatliche Investitionen gesteuert hatte, wurde aufgrund des politischen Drucks von rechts aufgegeben. Seit 1987 setzte die große Koalition mit Sozialabbau („Sparpaketen“) andere Akzente. Hausgemachte Probleme, Einfluss neoliberaler Positionen in Wirtschaft und Politik sowie Zerschlagung und Verkauf bzw. (Teil-) Privatisierung der verstaatlichten Industrie führten zu einem Rückzug des Staates aus der Industriepolitik.

Die Regierung Schwarz-Blau I

Seit Antritt der ÖVP/FPÖ-Regierung im Februar 2000 wurde unter dem Schlagwort „Nulldefizit“ neoliberale Wirtschaftspolitik betrieben, die höhere Einkommens- und Vermögenschichten klar bevorzugte (Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, Nichteinführung der Spekulationssteuer, Steuerbefreiung von Akti-



Menschenkette gegen die Voest-Privatisierung 2003

Quelle: rubra

5 Neoliberalismus

enkursgewinnen für ManagerInnen). Die von UnternehmerInnen und Vermögenden zu leistenden Beiträge wurden im Vergleich zu jenen Beträgen, die von den Lohnabhängigen aufgebracht werden, immer geringer. Sozialstaatliche Absicherung und soziale Leistungstransfers stehen seither im Kreuzfeuer neoliberaler Kritik. Das Arbeitsrechtsänderungsgesetz 2000, das Sozialrechtsänderungsgesetz 2000 und das Budgetbegleitgesetz 2001 brachten unter der Devise „**Soziale Treffsicherheit**“ eine Reihe von Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen (z. B. Urlaubsaliquotierung, höhere Besteuerung von Urlaubs- und Kündigungsentschädigung, Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Anhebung des Pensionsalters, Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung für kinderlose [!] PartnerInnen. (Die Unfallrentenbesteuerung und die Ambulanzgebühren mussten kurze Zeit später wieder zurückgenommen werden.) Zusätzliche steuerliche Entlastungen für Unternehmen brachte die **Steuerreform 2005**: Die Gewinnsteuer der Unternehmen (Körperschaftssteuer) wurde von 34 Prozent auf 25 Prozent gesenkt. Die ohnehin schon bestehende Schieflage bei der Verteilung des Steueraufkommens wurde dadurch noch weiter verstärkt. Durch das ÖIAG-Gesetz 2000 erhielt die Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft („ÖIAG“) von der Bundesregierung den Auftrag, „im Interesse der Bevölkerung mit dem bestmöglichen Erlös unter Berücksichtigung der Interessen der Unternehmen und der Wahrung österreichischer Interessen“ zahlreiche Unternehmen zu privatisieren.



*Groß-Demonstration des ÖGB
am 13. 5. 2003 – Motto:
„Reformieren statt Abkassieren“*

Folgende ÖIAG-Unternehmen wurden unter der Regierung ÖVP/FPÖ I verkauft:	
2000	
PSK	BAWAG
Telekom Austria	Börse/Telekom Italia
2000/2001	
Flughafen Wien	Wien/NÖ/Flughafen AG/Institutionelle Investoren
2001	
Austria Tabak	Gallaher (GBR)
Dorotheum	One Two GmbH
2002	
Print Media Invest	Equity Group
2003	
Böhler-Uddeholm	Verkauf über die Börse
VA Tech	Siemens AG Österreich
Österreichischer Postbus	ÖBB
voestalpine	Verkauf von 19,7 % der Aktien über die Börse
2004	
Telekom Austria	Verkauf von 17 % der Aktien über die Börse
VA Erzberg	Erzberg Privatstiftung
2005	
VA TECH	Vollständige Privatisierung, Siemens AG Österreich
voestalpine	Verkauf über die Börse
2006	
Österreichische Post	Verkauf von 49 % der Aktien über die Börse
Telekom Austria	ÖIAG-Anteil an Telekom Austria sinkt auf 25,2 %
2009	
Austrian Airlines	Lufthansa AG

Quelle: Geschäftsberichte der ÖIAG

5 Neoliberalismus

Parallel zum Verkauf von Staatseigentum wurden öffentliche Serviceleistungen mehr und mehr eingeschränkt. So wurden etwa 1.000 Postämter geschlossen. Wären diese Unternehmen weiterhin in österreichischem Besitz, hätten deren Einnahmen schon nach wenigen Jahren wieder den Erlös für diese Privatisierungen wettgemacht. Ganz abgesehen davon, dass der Einfluss der öffentlichen Hand weg ist, zukunftssichere Betriebe (Tabakfabrik!) geschlossen wurden und die ArbeitnehmerInnen ihr Arbeit verloren haben.

Große Koalition 2006 – 2017

Bei den Nationalratswahlen 2006 erhielt die schwarz-blaue bzw. schwarz-orange Koalition keine Mehrheit mehr. Die ÖsterreicherInnen wollten ganz offensichtlich einen Kurswechsel. Die darauffolgende rot-schwarze Koalition nahm zwar den neoliberalen Reformen von Schwarz-Blau einige der schlimmsten Spitzen, von einer grundlegenden Umkehr zu mehr sozialer Verantwortung war allerdings nicht die Rede. Immerhin aber konnten in dieser Zeit noch sozialpolitische Errungenschaften durchgesetzt werden, von denen andere Länder nur träumen konnten. Denn mit der großen Finanzkrise 2008 und ihren Folgen war europa- und weltweit Sozialabbau angesagt. Errungenschaften in dieser Zeit waren in Österreich die Durchsetzung eines sehr effektiven Kurzarbeitsmodells, welches 2020 als Modell in der Coronakrise auch für andere europäische Länder Pate stand. Aber auch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung mit 1. September 2010 war ein sozialpolitischer Meilenstein.

2017 – 2019 Schwarz(Türkis)-Blau II

Eine weitere große Zäsur folgte nach den Nationalratswahlen 2017: die Neuauflage einer ÖVP-FPÖ-Regierung brachte nicht nur weitere neoliberale Elemente in die Politik, sondern diese war verbunden mit autoritär-nationalistischen Elementen, welche sich mit klassischen liberalen Werten nicht mehr vertragen. Die Sozialpartnerschaft wurde aufgekündigt, rückschrittli-

che Sozialpolitik wie die Einführung eines 12-Stunden-Tages wurde trotz Protesten Hunderttausender mit einer absoluten Mehrheit im Parlament durchgedrückt.



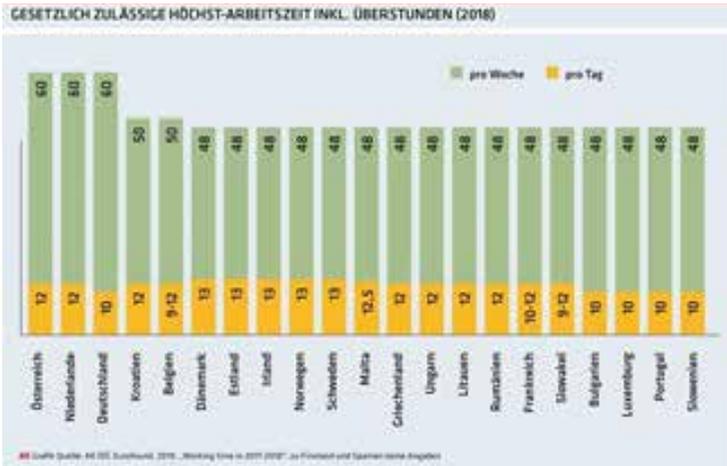
Fotos: Wall-Strasser



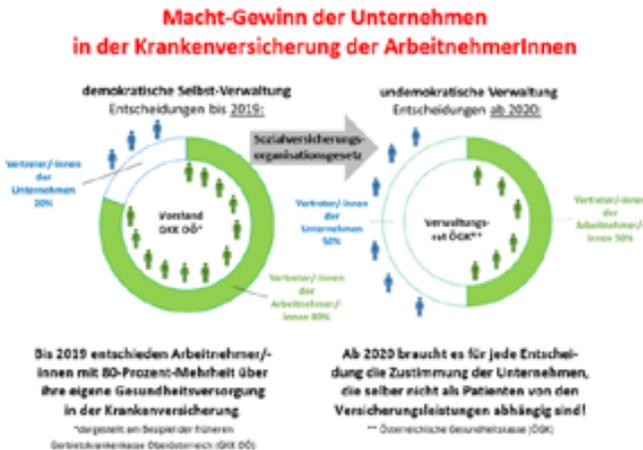
Demonstration gegen die Einführung des 12-Stunden-Tages und die 60-Stunden-Woche 30. Juni 2018

Österreich hat mit 60 Stunden pro Woche und 12 Stunden am Tag die international längsten Höchst-Arbeitszeiten (inklusive Überstunden). Damit ist Österreich negativer Spitzenreiter. Nur in zwei Ländern der EU dürfen gesetzlich ArbeitnehmerInnen zu so langen Arbeitszeiten verpflichtet werden. Das sind die Niederlande und Österreich:

5 Neoliberalismus



Der massivste Einschnitt in das österreichische Gesundheitssystem geschah durch die Auflösung der Gebietskrankenkassen und die Überführung in eine zentralistische Österreichische Gesundheitskasse ÖGK. Die Einführung der paritätischen Besetzung der Entscheidungsgremien in der Krankenversicherung der ArbeitnehmerInnen kommt einer kalten Enteignung der ArbeitnehmerInnen gleich:



Sozialabbaupolitik fand aber auch etwa in der Kürzung der Mindestsicherung und der Sozialhilfe für alle BürgerInnen statt, argumentiert wurde sie mit dem Vorwand, dass dieses System AsylwerberInnen anziehen und von MigrantInnen ausgenutzt würde. Besonders menschenfeindlich war das um eine vermeintliche Kosteneinsparung bei der ecard platzierte „Ali-Video“ der FPÖ, in welchem gegen Migranten/Migrantinnen gehetzt wurde. Diese nationalistische und antieuropäische Politik zeigte sich auch in einer Reduzierung („Indexierung“) der Familienbeihilfe für ArbeitnehmerInnen, deren Kinder nicht in Österreich wohnen.

Die Verteilungswirkung der neoliberalen Regierungspolitik von Schwarz(Türkis)-Blau II ist eindeutig – ArbeitnehmerInnen verlieren, Unternehmen profitieren:

Gewinne und Verluste von Arbeitnehmern/-innen und Unternehmen durch konkrete Regierungsmaßnahmen (Stand: Dezember 2016)		Ein Arbeitnehmers/-innen	Ein Unternehmen/Unternehmen
Steuerpolitik - Verteilung von Steuern nach oben (Zahlen pro Jahr)			
Familienbonus	Erleichterung bei der Lohnsteuer, aber nicht für alle ArbeitnehmerInnen. Gleichzeitige weitere Erhöhung für Kinder geringeren	+ 1,2 Mio.	
Vergünstigung Versicherungssteuer	Nur LandbesitzerInnen	- 2 Mio.	
Senkung der sonstigen Steuern	Senkung des sonstigen Steuerzins für Rohbergbau und Campingplätze	+ 110 Mio.	
Arbeitsmarkt: Weniger Geld für Arbeitnehmende (Zahlen pro Jahr)			
Kürzung AMS-Budget 2018	Kürzung im Fiskalbudget des AMS für 2018.	- 140 Mio.	
	davon: Kürzung bei bereits bestehender Integration von Langzeitarbeitslosen und Arbeitsbürgen	- 120 Mio.	
Kürzung Elternzeitvergütung Jugendliche	Jugendliche über 18, die eine Elternzeit wünschen, weil die BAföG zur Deckung der Lebensunterhaltskosten	keine Zahlen vorhanden	
Betriebsliche Lebensunterhaltungsgeld	Wird höher durch Beiträge der Unternehmen, wird diese in Zukunft zur Gänze durch das AMS-Budget finanziert. Die Kosten werden direkt auf das gekürzte AMS-Budget übertragen.	- 140 Mio.	+ 140 Mio.
Kürzung AMS-Budget 2019	Für 2019 wird das Fiskalbudget noch einmal um rund € 110 Mio. gekürzt.	- 110 Mio.	
Aufbau einer verschleppungsbeiträge	Die Einkommenssteuern für den relativen Anteil an versicherungspflichtigen werden angehoben, was für rund 700.000 Personen spürbar wird, die im letzten Einkommens aber nicht beitragspflichtig sind. Diese Mittel fließen in den Budget des AMS.	- 200 Mio.	
Überrumpeln bei Familien & Mindestsicherung			
Kürzung Familienbeihilfe	Anpassung der Familienbeihilfe (bzw. Kinderzuschlag) an den jeweiligen Preisniveau. Kinder, die z.B. in unerschwinglichen Ländern leben, erhalten weniger	stark sinkend - 800 Mio.	
Kürzung Mindestsicherung	Insgesamt ist nach dieser Kürzung ab 2018 jährlich für den Resten im Ausland von 30 bis 40 Millionen Euro pro Jahr für Kostenreduktion der Regierung, wodurch die Kaufkraft ebenfalls sinken wird.	-	

5 Neoliberalismus

AUVA			
Senkung Beitrag zur Unfallversicherung (UV)	Die Unternehmer erlagen mehr als ein halbes Milliarden Euro (aktuell bis 2021) an Unfallversicherungsbeiträgen durch die Senkung von 1,3 auf 0,2 Prozent.	- 600 Mio.	+ 600 Mio.
diesem	Senkung des geschätzten Konzernsteuers. Der geschätzte Konzernsteuereinnahmen der AUVA an die OGG für Unfallversicherungen wird bis 2021 gleichfalls um 270 Mio. jährlich gemindert.		+ 270 Mio.
	Kürzungen der AUVA-Versicherungsbeträge Kürzungen in den nächsten sechs Jahren werden zu erheblichen Lohnsenkungen für die Unfallversicherungsfähigen OGG, Privatisierung der Unfallversicherungen, weniger Organisationsmöglichkeiten, 300 Stellen werden in den nächsten sechs Jahren nicht mehr ausbezahlt.	- 120 Mio.	
	wenn Kürzungen: Aufgrund des angespannten Kapitalmarkts sind weitere Kürzungen in zusätzlichen Bereichen mit negativen Folgen für die Volkswirtschaft zu erwarten.	- 200 Mio.	
Weitere Senkung UV-Beitrag	Die Unternehmer können sich laut Regierungsgesetz nur auf eine weitere Senkung des UV-Beitrags um 0,5 Prozent bei einer Senkung von 0,2 auf 0,0% wieder nach die Unternehmer jährlich weitere 270 Mio. jährlich erparen.	jährlich + 270 Mio.	jährlich - 270 Mio.
OGG			
Senkung geschätzter Konzernsteuer (siehe AUVA)	Die OGG der ArbeitnehmerInnen sind weniger Konzernsteuern von der AUVA bekommen und verlieren damit Einkommen, was über die Ausgaben warnten möglichen Beschlüssen bis 2021).	- 274 Mio.	
Umverteilung Bundesmittel	Unseremal wurden die OGG gegenüber der neuen Sozialversicherung der Selbständigen weniger (Berechnungen bis 2021).	- 120 Mio.	+ 120 Mio.
Privatisierungsmassnahmen Finanzkongressfonds	Die OGG muss bis 2021 zusätzlich Gelder an den Privatversicherungs-Fondsunternehmen zahlen. (Berechnungen bis 2021).	- 60 Mio.	
Finanzdienstleistungen	Einnahmen, die aus Kürzungen der Finanzdienstleistungen der Kreditinstitutionen entstehen werden (Berechnungen bis 2021) für Verlust für die ArbeitnehmerInnen.	- 200 Mio.	
Verlust durch Regierungen/taun	Wird die Beitragszahlung von der OGG zum Finanzdienstleistungssektor weichen soll, so sind weit weniger Erfolg gepöbelt wird, stehen in Einkommensverluste ArbeitnehmerInnen.	- 450 Mio.	

Quelle: AK OÖ, 4.1.2019: „Ein Jahr Bundesregierung: Eine erste verteilungspolitische Bilanz“

Nur durch den Misstrauensantrag an die gesamte Bundesregierung nach Auf-fliegen des Ibiza-Videos im Mai 2019 konnte Schlimmeres verhindert werden, so etwa ein schon sehr konkret geplanter Angriff auf die Arbeiterkammern mittels Beitragsreduzierung (langjährige FPÖ-Forderung nach einer Senkung der Arbeiterkammer-Umlage von 0,5 auf 0,3 Prozent des Bruttolohns) oder Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft.

Türkis-Grün: 2019

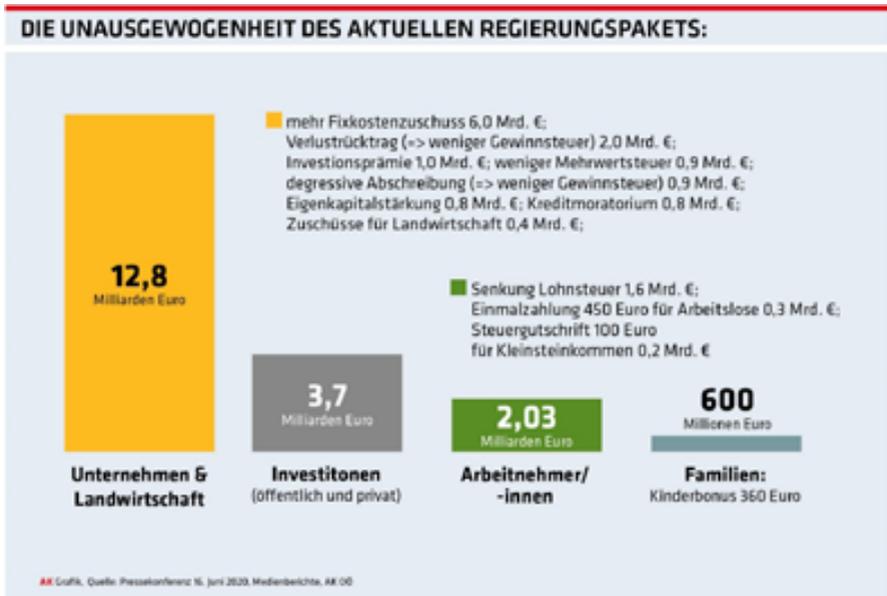
Trotz grüner Beteiligung spielen in dem Anfang 2020 präsentierten Regie-rungsprogramm der ersten ÖVP-Grünen-Regierung in Österreich Arbeitneh-merInnen nur eine untergeordnete Rolle: In vielen Bereichen handelt es sich um eine Fortsetzung des türkis-blauen Paktes. So bleiben wesentliche Ver-schlechterungen unter der gescheiterten ÖVP-/FPÖ-Regierung unangetastet. Etwa die Arbeitszeitverlängerung, die Sozialhilfe, die Zerschlagung der Sozial-versicherung, aber auch die Steuergeschenke für Konzerne. Der zum Jahres-

wechsel 2019/2020 spürbaren Konjunkturschwäche wurde nur wenig Platz gewidmet, ein öffentlicher Investitionsbedarf negiert. Skepsis ist v.a. auch angebracht bezüglich des Abzugs der Arbeitsagenden aus dem Sozialministerium in ein – von einer Unternehmerin geführtes – Arbeitsministerium. Kaum hatte die Regierung zu arbeiten begonnen, brach im März 2020 die sogenannte **Covid19-Krise** aus, und mit dem damit verbundenen Shutdown wurden alle Regierungsprogramme weltweit und so auch in Österreich über den Haufen geworfen. Plötzlich muss von konservativen wie liberalen Parteien der Staat als die einzige Rettung herhalten, große Summen an Krediten müssen aufgenommen werden und die Staatsschuldenquote steigt sprunghaft an. Zumindest beim großen Regierungspartner ÖVP merkt man, dass man sich zu einer **keynesianischen Politik aus Mangel an Alternativen** notgedrungen durchringt. Die Schieflage aber bleibt, wie die unausgewogenen Corona-Hilfspakete zeigen. Zur finanziellen Überbrückung erhalten betroffene Unternehmen milliardenschwere Staatshilfen (in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse oder als Haftungen bei Krediten). Das ist gesamtwirtschaftlich notwendig. Der Staat hat dafür bis Mitte Juni 2020 insgesamt Gelder von mindestens 50 Milliarden Euro bereitgestellt, darunter auch für die von den Sozialpartnern ausgehandelte Corona-Kurzarbeit. Diese an die Unternehmen ausgezahlten Lohn-Subventionen nutzen auch den Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen, da Arbeitsplätze erhalten und Einkommen stabilisiert werden.

- **Steuerstundungen für Unternehmen** **10 Mrd. Euro**
- **Kurzarbeitsbeihilfen an Unternehmen** **12 Mrd. Euro**
- **Krisenbewältigungsfonds** **28 Mrd. Euro**
- » **4 Mrd. Euro:** „ursprünglicher“ Covid19-Fonds – darunter:
Härtefallfonds Kleinunternehmen, Selbständige
- » **15 Mrd. Euro:** Corona-Hilfsfonds (Nothilfe für betroffene Branchen)
 - bis zu 8 Mrd. Euro Fixkostenzuschuss bei Liquiditätsengpässen
 - 7 Mrd. Euro besondere Garantien (bis zu 100 Staatshaftung)
- » **9 Mrd. Euro:** sonstige Garantien, Haftungen

5 Neoliberalismus

Bei ihrer Klausur Mitte Juni 2020 hat die Bundesregierung weitere Maßnahmenpakete zur Bekämpfung der durch den Shutdown verursachten Wirtschaftskrise beschlossen:



Insgesamt kommen von den rund 19 Milliarden Euro an beschlossenen Mitteln zwei Drittel direkt den Unternehmen und der Landwirtschaft zugute. Während Maßnahmen, die Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen zugutekommen und durch eine Stabilisierung ihrer Einkommen die Konjunktur stützen, entweder gar nicht (Erhöhung des Arbeitslosengeldes) oder sehr zögerlich gesetzt und mit Hürden und zeitlicher Beschränkung versehen werden, vergibt die Regierung Mittel für Unternehmen und Landwirte/-wirtinnen in großem Stil, sofort, teils sogar rückwirkend und dauerhaft.

Die türkis-grüne Koalition bringt also keine Abkehr von den neoliberalen Dogmen. So vertritt man weiterhin **restriktive Lohnpolitik** – vor allem gegenüber den sogenannten „SystemerhalterInnen“ (Pflege, Handel) – und wehrt sich nicht nur gegen eine kräftige Anhebung des Arbeitslosengeldes, sondern fordert sogar eine mit der Dauer sinkende Höhe des Arbeitslosengeldes, so der grüne Vize-Kanzler Kogler im August 2020, trotz einer Rekordarbeitslosigkeit.



Vor allem aber auf europäischer Ebene ist die österreichische Regierung eine Speerspitze gegen solidarische Krisenbewältigung. Das Feilschen um Promillepunkte bei der höchst wichtigen Ausweitung des EU-Budgets und der Widerstand gegen den Europäischen Wiederaufbau-(recovery-)Plan mit Einfordern von Rabatten für das – wohlhabende – Österreich zeugen davon, dass sich die Regierung Kurz nicht von einer neoliberal-nationalistischen Linie abbringen lässt. Mit den anderen drei der „geizigen Vier“ übernimmt Österreich immer mehr die spalterische Rolle Großbritanniens.

Die Folge der neoliberalen Politik ist eine **wachsende Kluft zwischen Arm und Reich** auch in Österreich.

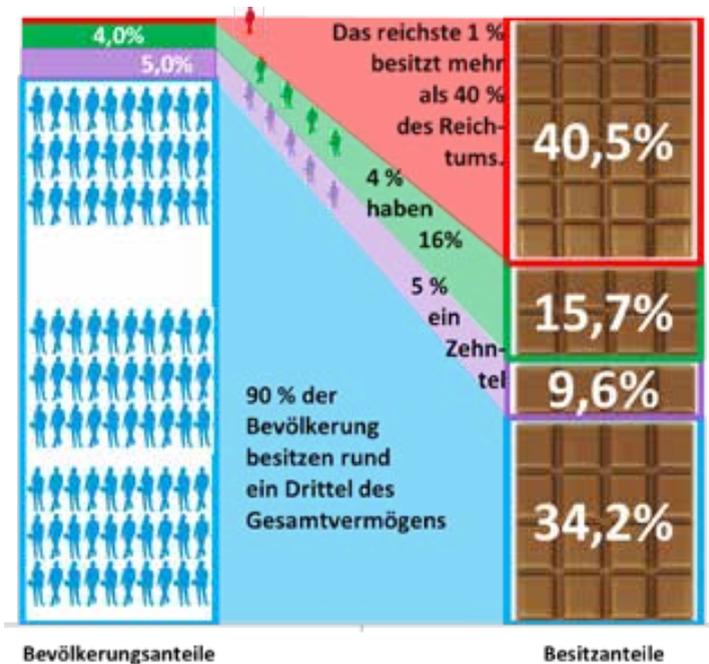
2019 waren laut Statistik Austria 13,3 Prozent der österreichischen Bevölkerung – das sind 1.161 Millionen Menschen – armutsgefährdet. Das heißt, sie haben ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Grundlage für die Grenze zur Armut ist das Median-Haushaltseinkommen. Wer weniger als 60 Prozent dieses Einkommens zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Gleichzeitig steigt die Zahl der Dollarmillionäre rasant an. Seit dem Jahr 2000 hat sie sich in Österreich auf 313.000 Personen vervierfacht. (Global Wealth

5 Neoliberalismus

Report 2019 der Schweizer Großbank Credit Suisse). Und es werden sukzessive mehr: Laut diesem Report soll es im Jahr 2024 in Österreich etwa 425.000 Dollarmillionäre geben, was einem Zuwachs von etwas mehr als einem Drittel entspricht.

Insgesamt ist das **Vermögen extrem ungleich verteilt**, und die Verteilung wird immer ungerechter. Eine Studie der Johannes Kepler Universität Linz im Auftrag der Arbeiterkammer zeigt: dem reichsten Prozent gehören in Österreich ganze 41 Prozent des gesamten, ca. 1,3 Billionen Euro hohen Privat-Reichtums (Netto-Vermögen = Brutto-Vermögen minus Kredite). Die reichsten zehn Prozent verfügen sogar über zwei Drittel:

Verteilung des Privat-Reichtums in Österreich:

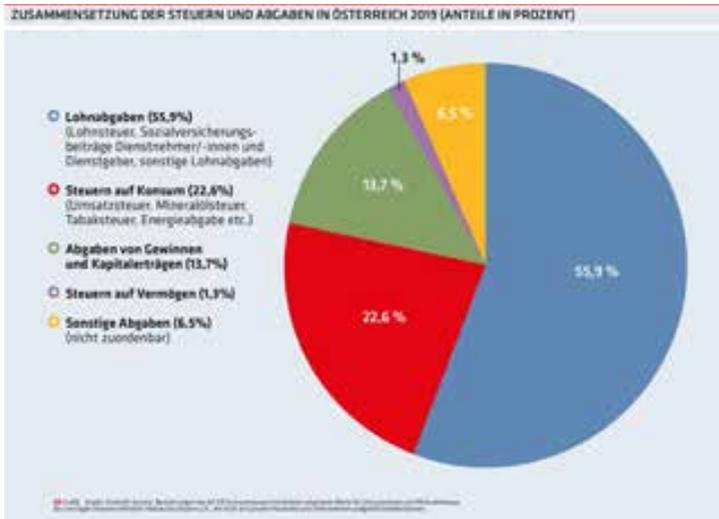


Quelle: Basisdaten ÖNB (HFCS); neue, korrigierte Schätzung JKU 2017

Neoliberalismus in Österreich

5

Beim Steueraufkommen aber sieht es ganz anders aus, da stammen gerade einmal 1,3 Prozent von ihnen vom Vermögen, was auch im internationalen Vergleich äußerst unterdurchschnittlich ist!



BEITRAG VERMÖGENSBEZOGENER STEUERN ZUM GESAMTEN STEUERAUFKOMMEN 2018 (ANTEILE IN PROZENT)



Quelle: OECD 2019, basierend auf Vermögenssteuern 2018, Vermögenssteuern = Einkommensteuern, Grunderwerbsteuern, Kapitalertragssteuern, Bodenertragssteuern, 37-OECD-Mitgliedsstaaten; * = Zahlen aus 2017 (Australien, Japan, Mexiko)

6 Globalisierung und Neoliberalismus



„Der neoliberale Globalisierungsprozess hat bewirkt, dass die nationalen Demokratien ihrer Substanz beraubt und der Schlüssel zum gemeinsamen Haus den Finanzmärkten überlassen wurde.“

Harribey, Jean-Marie, in: Flucht aus der Globalisierung? Le Monde diplomatique Oktober 2011, deutsche Ausgabe, S 7.

„Globalisierung“ in dem Sinne, dass sich hegemoniale Mächte über ganze Länder, Kulturen und Kontinente ausbreiteten, fand immer statt, in unserer jüngeren Geschichte vom Römischen Imperium bis zur Eroberung Amerikas, Asiens und Ozeaniens ab der so genannten „Neuzeit“. Aktuell bezeichnet das Modewort der letzten Jahrzehnte die neoliberale Ausbreitung des durch neue Technologien möglich gewordenen Konzern- und Finanzkapitalismus.

So versteht man unter „Globalisierung“ einerseits die durch die technischen Fortschritte im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien möglich gewordene Internationalisierung der Märkte in einem bisher unerreichten Ausmaß, andererseits die weltweite Vernetzung und Flexibilisierung der Finanzmärkte sowie die Internationalisierung der Arbeitsteilung in Form von globalen Güterketten. Träger dieser Entwicklung sind die sogenannten transnationalen Konzerne (TNK) sowie transnational agierende Banken.

In der vom neoliberalen Mainstream beherrschten politischen Diskussion wird diese neue Form der Globalisierung verwendet, als ob sie gottgegeben und unvermeidbar, ja alternativlos sei. Damit wurde und wird dieses Schlagwort als Keule zur Durchsetzung von Deregulierung auf allen Ebenen inklusive Abbau von Sozialstaat und ArbeitnehmerInnenrechten eingesetzt.

Die Internationalisierung der Märkte

→ **Hinweis:** Viel ausführlicher wird diese Thematik im Skriptum PZG 9 FINANZMÄRKTE dargestellt.

Bedingt durch moderne Logistik, niedrige Transportkosten und neue Möglichkeiten der raschen und effizienten Datenübermittlung und begünstigt durch die bereits als Ergebnis der neoliberalen Durchdringung der Weltwirtschaft

stattfindende Öffnung nationaler Märkte, politische Liberalisierung und internationale Abkommen (Abbau von Zolltarifen in den GATT-Runden, Abbau weiterer Handelshemmnisse durch die WTO) ist es insbesondere großen Unternehmen heute möglich, grenzüberschreitend weltweit tätig zu sein und Markt Vorteile unterschiedlicher Standorte zu nutzen. Durch gerade in Verhandlung stehende weitere Wirtschafts-, Handels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA (das von einigen Ländern, darunter leider auch Österreich, bereits ratifiziert wurde), TTIP und TiSA soll die gesellschaftliche Vormachtstellung von multinationalen Konzernen und Banken unter weitgehender Ausschaltung der demokratischen Politik auf Kosten der Sozialsysteme weiter gefestigt werden.



Multinationale Unternehmen als Krisenauslöser

Laut Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) agierten im Jahr 2017 weltweit 100.000 multinationale Konzerne mit mehr als 860.000 Tochtergesellschaften. Zum Vergleich: Im Jahr 1999 lag die Zahl der multinationalen Konzerne noch bei 37.000 mit 175.000 Tochterunternehmen. Transnationale Konzerne sind vor allem in den Bereichen Mineralöle, Automobilbau, Pharmazie, Chemie, Hard- und Software, Energieversorgung, Getränke, Nahrungsmittel, Bergbau und Telekommunikation tätig.

Der Grad der Internationalisierung bestimmt sich nach dem Wert des Auslandsvermögens eines Konzerns. Die folgende Tabelle zeigt die zehn größten multinationalen Konzerne außerhalb des Finanzsektors weltweit.

6 Globalisierung und Neoliberalismus



Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2019

Fünf davon stammen aus der Mineralölbranche und drei aus dem Automobilbau. Sechs haben ihre Konzernzentrale in Europa, jeweils zwei in Japan und den USA. Betrachtet man die 100 größten multinationale Konzerne so zeigt sich eine deutliche regionale Ungleichverteilung: 57 der 100 größten multinationalen Konzerne stammen aus Europa, 21 aus Nordamerika, 21 aus Asien und einer aus Australien.

Die Konzerne agieren international oder weltweit und nützen Wettbewerbsvorteile durch Implementierung einheitlicher Netzwerke in Beschaffung, Produktion, Verteilung und Finanzierung und sichern sich internationale Wettbewerbs- und Standortvorteile. Als solche gelten unter anderem Qualifikation und Löhne der ArbeitnehmerInnen, Infrastruktur, soziales Klima, Größe des Marktes, Höhe der Steuern und Sozialabgaben sowie Flexibilität der Umweltstandards.

Nicht nur Entwicklungs- und Schwellenländer sondern auch Industrieländer beugen sich dem **Druck der Unternehmen** zur Sicherung ihrer „internationalen Konkurrenzfähigkeit“ und treten in den Wettbewerb um die Schaffung der besten Bedingungen zur **Gewinnmaximierung für Konzerne** ein. So sollen verschiedene Begünstigungen für Unternehmen (Investitionsgarantien, Exporthilfen, Subventionen, öffentlich subventionierte Infrastrukturen, Steuerbefreiungen und -senkungen) Investoren ans Land binden und Arbeitsplätze

schaffen. Unter Verweis auf die geringen Löhne in anderen Ländern und unter Drohung der Verlagerung der Betriebsstätten ins kostengünstigere Ausland werden Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten und Kürzung von Sozialleistungen informell und politisch erzwungen. Dabei bleibt außer Acht, dass die beschäftigungswirksamen Effekte ausgeblieben sind.



„Die Ausbreitung globaler Wertschöpfungsketten hat in den Industriestaaten zu einer Deindustrialisierung und einer schrumpfenden Mittelschicht beigetragen.“

UNCTAD, Bericht „A New Multilateralism for Shared Prosperity“ 2019

Der Verweis auf die Zwänge der Globalisierung dient vielfach der Legitimation für Missstände, die die an Profitmaximierung orientierte neoliberale Wirtschaftspolitik selbst hervorgebracht hat, wie Massenarbeitslosigkeit oder das Phänomen des Working Poor (Armut trotz Beschäftigung), Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilung von unten nach oben), Finanzierungsprobleme des Sozialstaats und Rückzug der Politik aus der sozialen Verantwortung.

„Nachdem riesige globale Banken und Unternehmen samt ihren Verbündeten in den Regierungen die Macht in den späten 1970er-Jahren wiedererlangt hatten, begannen sie die Regeln des globalen Systems neu zu schreiben. Das System entwickelte sich in der Folge zu einem Instrument zur Ausbreitung einer neoliberalen Weltordnung, die Krisen der finanziellen Instabilität, der Ungerechtigkeit und des Klimawandels auslöste.“

UNCTAD, Bericht „A New Multilateralism for Shared Prosperity“ 2019

Globalisierung 6 und Neoliberalismus

Steuervermeidung von multinationalen Konzernen

Während die ArbeitnehmerInnen überall in Europa zum Sparen aufgefordert werden, zahlen Unternehmen immer weniger Steuern. Insbesondere die vier großen internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (Deloitte, EY [Ernst & Young], PricewaterhouseCoopers [PwC] und KPMG) beraten Konzerne beim Steuersparen. Steuern zu reduzieren, ist mittlerweile ein eigenes lukratives Geschäftsfeld geworden.



„Mit einem wirkungsvoll umgesetzten Transfer Pricing (Verrechnungspreise) lässt sich viel Geld und Ärger sparen. Konzerninterne Verrechnungspreise korrekt anzuwenden, ist eine Sache. Innerhalb der international unterschiedlichen Regeln das Maximum an Steuereinsparungen herauszuholen ist eine andere. PricewaterhouseCoopers bietet international tätigen Unternehmungen hierzu maßgeschneiderte Lösungen an.“

Inserat von PricewaterhouseCoopers

Multinationale Konzerne setzen für innerhalb des Konzerns ausgetauschte Güter und Dienstleistungen (inkl. Markenrechte, Lizenzen, Darlehen) sog. **Transfer- oder Verrechnungspreise** an. Zum einen können diese erheblich von einem am Markt gebildeten Preis abweichen und so dazu führen, dass der zu versteuernde Gewinn des Gesamtkonzerns vermindert wird. Zum anderen kann der Konzern zusätzlich den Güter- und Dienstleistungsfluss so gestalten, dass die Gewinne im Staat jener Konzerneinheit anfallen, in dem die Steuern für Unternehmensgewinne möglichst gering sind.

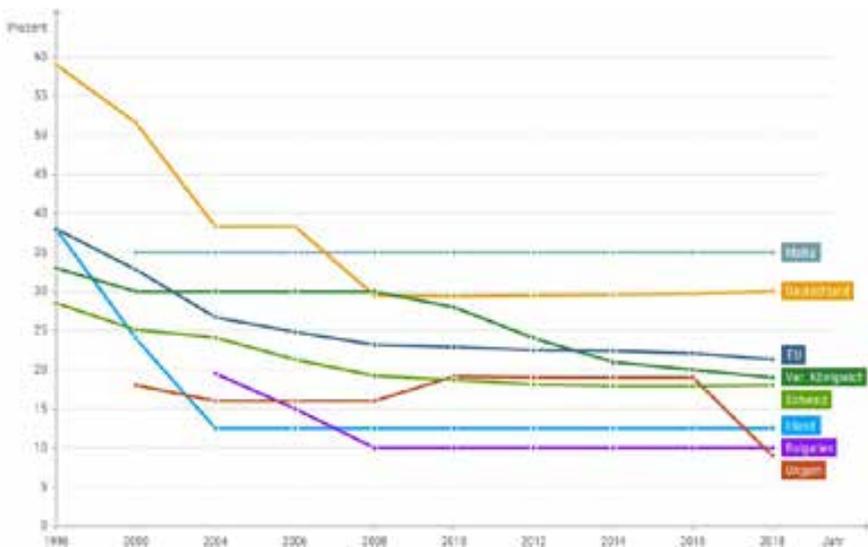
Solche Niedrigsteuerländer oder Steueroasen gibt es auch in der EU. Vorreiter waren dabei die mittel- und osteuropäischen Länder, die so ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und InvestorInnen anlocken wollten. Mittlerweile zogen aber auch westliche Länder nach.

Aktuell gelten in der EU Belgien, die Niederlande, Irland, Luxemburg, Malta, Ungarn und Zypern als Staaten mit aggressiven Steuerpraktiken. Es herrscht weltweit, aber auch innerhalb Europas ein Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuersätze. Länder versuchen durch niedrigere Steuersätze In-

vestoren anzulocken, um damit Steuereinnahmen und Arbeitsplätze in das eigene Land auf Kosten der übrigen Staaten zu holen. Ein solcher Wettlauf nach unten wirkt kontraproduktiv und führt dazu, dass alle Länder verlieren. Die niedrigsten Unternehmenssteuersätze der EU hatten im Jahr 2018 Ungarn (9 Prozent), Bulgarien (10 Prozent), Irland und Zypern (jeweils 12,5 Prozent), Litauen (15 Prozent), Rumänien (16 Prozent), Kroatien (18 Prozent) sowie Polen, Slowenien, Tschechien und das Vereinigte Königreich (jeweils 19 Prozent).

Unternehmenssteuern

Steuersätze in Prozent, jeweils am 1. Januar, ausgewählte europäische Staaten, 1996 bis 2018



Quelle: KPMG: Corporate and Indirect Tax Rate Survey 2007, 2009, Corporate tax rates table 2018

Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/

Quellen: https://unctad.org/en/Pages/DIAE/World%20Investment%20Report/World_Investment_Report.aspx, https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2019_overview_en.pdf

https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2018_overview_en.pdf

https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2017_overview_en.pdf

https://unctad.org/Sections/dite_dir/docs/WIR2019/WIR19_tab19.xlsx

Globalisierung und Neoliberalismus

6



„Wer ein Gehalt bezieht, das an einen festen Arbeitsplatz gebunden ist, der hat wenig Möglichkeiten. Wer aber Standorte verlegen, Tochtergesellschaften gründen, Steueroasen aufsuchen kann, der hat gute Chancen in diesem Spiel.“

(Quelle: Hans Weis, Ernst Schmiederer, Asoziale Marktwirtschaft, Köln 2004)

Neoliberale Globalisierung und Entwicklungsländer

Vielfach wird die Globalisierung als für die Entwicklungsländer positiv gesehen, da sie die bevölkerungsreichsten Regionen der Welt in den internationalen Handel einbeziehe und dadurch den Lebensstandard in diesen Regionen erhöhe. Ob sich eine Globalisierung positiv oder negativ auswirkt, ist ohnehin schwer zu beurteilen. Klar ist aber, dass sie jedenfalls vor allem von den **Rahmenbedingungen** abhängt, unter denen sie geschieht. Und gerade die heute gemeinhin immer mit Globalisierung bezeichnete Entwicklung fand genau unter dem **Paradigmenwechsel von sozialer zu radikaler Marktwirtschaft** statt. Die Bretton-Woods-Organisationen IWF und Weltbank, gegründet mit dem Ziel, gerade sogenannten Entwicklungsländern eine positive Entwicklung zu ermöglichen, wurden unterwandert von den Neoliberalen. Der Putsch gegen die Volksregierung in Chile unter Allende und die Einsetzung des Diktators Pinochet 1973 gelten als Paradebeispiel für die radikale Kehrtwende der internationalen Politik der USA, den bestimmenden Staat für die Ausrichtung der Weltwirtschaftspolitik bis heute. So wurde nach einer gewissen Prosperitätsphase in den sogenannten Entwicklungsländern bis hinein in die 1970er-Jahre mit der Machtergreifung der „Chicago-Boys“ ein dramatischer Umkehrprozess eingeleitet. Durch die Hochzinspolitik, Auslieferung der Rohstoffpreise an die volatilen Kapitalmärkte, Privatisierungen im große Stil und viele andere Maßnahmen mehr kam es zur katastrophalen Verschuldung vieler Entwicklungsländer, von der sich die meisten bis heute trotz mancher Entschuldungsaktionen nicht mehr erholten.

Die Bevölkerung zahlreicher Entwicklungsländer hat mit erbarmungsloser Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und der natürlichen Ressourcen (Global Sourcing), interner Polarisierung sowie mit verheerenden Finanzkrisen durch die

einseitige Profitorientierung der multinationalen Konzerne zu kämpfen. Eine negative Rolle dabei spielen vor allem Staaten mit autoritären Regimes. Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung von Frauen und Kindern, Verfolgung von Gewerkschaftsarbeit sind vor allem aber in eigens eingerichteten „**Freien Produktionszonen**“ an der Tagesordnung. Diese „Freien Produktionszonen“ entstanden in den 1980er-Jahren auf Anraten bzw. Druck des mittlerweile völlig von neoliberalen Ökonomen und Strategen übernommenen Internationalen Währungsfonds (IWF) vorwiegend in Entwicklungsländern des globalen Südens. Diese breiteten sich in Windeseile aus, auch auf den globalen Osten. Nach Schätzungen der ILO gibt es weltweit tausende freie Produktionszonen in über hundert Ländern.

Ob Länder wie Indonesien, China, Kambodscha, Indien oder Mexiko, um nur einige zu nennen, sie alle stellen Unternehmen, die vorwiegend für den Weltmarkt produzieren, **räumlich umgrenzte Territorien** zur Verfügung und gewähren **langfristige Steuerbefreiung, Zollfreiheit, kostenlose Infrastruktur, Einzäunungen** und **Wachmannschaften** zur Beaufsichtigung der ArbeiterInnen, Einsatz von Staatsgewalt zum Schutz des transnationalen Kapitals, und setzen hier die im übrigen Land geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen und Mindestlöhne außer Kraft.



Das Beispiel Rana Plaza:

„Eingestürzte Fabriken produzierten für große internationale Textilkonzerne Am 24. April 2013 kamen infolge des Einsturzes eines mehrstöckigen Fabrikgebäudes in einem Industrievorort der bangladeschischen Hauptstadt Dhaka mehr als 1.100 ArbeiterInnen ums Leben. Hunderte weitere ArbeiterInnen überlebten erst nach der Amputation von Armen oder Beinen. Der Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza ist der schwerste Industrieunfall in der Geschichte des Landes. Obwohl nach Angaben des Architekten das Gebäude als Einkaufszentrum entworfen und gebaut war und der schweren Last von Industriemaschinen nicht standhalten konnte, befanden sich fünf Textilfabriken, die insgesamt mehr als 5.000 ArbeiterInnen beschäftigen, in dem Gebäudekomplex. Auch Warnungen von ArbeiterInnen, die Tage vor dem Einsturz Risse

Globalisierung 6 und Neoliberalismus



in den Wänden entdeckten, wurden seitens der Geschäftsführungen der betroffenen Unternehmen ignoriert.

Die Textilfabriken produzierten Kleidung für internationale Konzerne wie C&A (Deutschland), Kik (Deutschland), Loblaws (Kanada), Mango (Spanien), Primark (Irland) und Walmart (USA). Bangladesch ist nach China der weltweit zweitgrößte Textilexporteur. Rund 4.500 Textilfabriken beschäftigen unter katastrophalen Bedingungen Millionen an ArbeiterInnen, die 80 Prozent der gesamten Exportleistung produzieren. Der Mindestlohn für einen bis zu 16-Stunden-Tag liegt bei rund € 1,-. In der jüngsten Vergangenheit haben zahlreiche verheerende Fabrikbrände in dramatischer Weise die katastrophalen Arbeits- und Sicherheitsbedingungen der bangladeschischen Textilindustrie veranschaulicht. In den letzten Jahren kam es auch immer wieder zu beeindruckenden Kämpfen der TextilarbeiterInnen für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Auch nach der jüngsten Katastrophe blieben die Textilfabriken in Bangladesch aufgrund spontaner Massenstreiks tagelang geschlossen.

Nach der schweren Katastrophe ist es bangladeschischen und internationalen Gewerkschaften und NGOs zumindest gelungen, über 40 internationale Textilkonzerne zur Unterzeichnung eines Abkommens für Gebäudesicherheit und Brandschutz in Bangladesch zu bewegen. Große Konzerne wie Walmart, Gap und Metro verweigerten aber die Unterzeichnung.

„Das Abkommen umfasst unabhängige Sicherheitsinspektionen, verpflichtende Reparaturen und Renovierungen, Möglichkeiten, Geschäftsbeziehungen mit den Fabriken zu beenden, wenn diese notwendige Sicherheitsmaßnahmen ablehnen, sowie die Involvierung der betroffenen ArbeiterInnen und ihrer Vertretungen, der Gewerkschaften. Ein Kernstück des Abkommens ist die Kostenbeteiligung. Die unterzeichnenden Markenunternehmen verpflichteten sich dazu, für Instandhaltungskosten in ihren Zulieferbetrieben aufzukommen und damit die Arbeitsplätze sicherer zu machen. Das Abkommen garantierte den ArbeiterInnen das Recht, gefährliche Arbeit zu verweigern, wie es die ILO-Konvention 155 vorsieht.“ Obwohl es sich bei dem Abkommen um eine freiwillige Vereinbarung handelte, die auf Bangladesch beschränkt ist, konnte es durchaus als erster Erfolg im Kampf für die Rechte der Beschäftigten in der Textilindustrie in Bangladesch bezeichnet werden. Ein Kampf, der bereits Tausenden Menschen das Leben gekostet hat.“

Quelle: www.gpa-djp.at/international

Freihandel



Freihandel bezeichnet den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen verschiedenen Ländern bei Abwesenheit von Zöllen oder sonstiger Handelsbeschränkungen. Diese Form des Wirtschaftens wäre durch den Begriff **deregulierter Handel** besser beschrieben als mit einem Begriff, der durch das positiv besetzte Wort frei automatisch eine allzu positive Färbung bekommt. Der deregulierte Handel vergrößert Märkte, setzt also Unternehmen und Staaten miteinander in Konkurrenzbeziehungen. Mehr Konkurrenz soll Unternehmen zu mehr Innovation zwingen und so bessere und billigere Produkte ermöglichen. Damit Unternehmen um beste Produkte konkurrieren und nicht ihre ArbeitnehmerInnen immer stärker ausbeuten, um billiger produzieren zu können, gibt es Kollektivverträge, die Lohnuntergrenzen, Urlaubszeiten etc. regeln sowie Arbeitsschutzgesetze. Diese werden bei der Vergrößerung von Märkten nicht im selben Maße globalisiert. Weder gibt es hierzu einen politischen Willen, noch ist dies ohne Weiteres möglich. Die Folge ist, dass Staaten

Globalisierung 6 und Neoliberalismus

um Angebotsbedingungen konkurrieren, d.h., um die geringste Belastung der Unternehmen (durch sinkende Steuern/Abgaben, Lohndumping oder steigende Subventionen), um die höchstmögliche Produktivität der ArbeitnehmerInnen (durch staatlich subventionierte/finanzierte Ausbildung), um die schnellsten und laxesten Genehmigungsverfahren (durch Entdemokratisierung der Verfahren), etc.



Dieser Standortwettbewerb wird durch **Freihandelszonen** immer weiter verschärft und höhlt Schutzvorkehrungen (Arbeitsschutz, Tarifverträge, ILO-Kernarbeitsnormen, etc..) immer weiter aus, selbst wenn deren Grundlagen formal gültig bleiben. Immer mächtigere Lobbies einer wachsenden Exportindustrie kämpfen für aus ihrer Sicht bessere „Angebotsbedingungen“, die da wären: Lohnzurückhaltung, Ausdehnung der Arbeitszeiten, Ausbildung statt Bildung, billigere Umwelt- oder Sozialstandards, etc.

Wohlstandsgewinne durch Freihandel?

Meist werden alte **Theorien wie von David Ricardo** zur Begründung von Wohlstandsgewinnen vorgebracht. Doch diese sind hier irrelevant, denn es

geht dabei um den Handel zwischen hochentwickelten Industriestaaten, und sie sind gefährlich, denn die Annahmen hinter den Modellen sind Fiktion. Dass intraindustrieller Handel (also Handel ähnlicher Produkte) die Wirtschaft beflügelt, lässt sich nicht darstellen. Studien stellen bei einem Vergleich der Zeiträume 1960–80 mit 1980–2000 sogar fest, dass die Entwicklungen während des merklich globalisierteren späteren Zeitraums merklich verlangsamt waren.

Noch **nicht deregulierte Bereiche sind überwiegend deshalb noch nicht dereguliert**, weil es **sensible Bereiche** sind oder weil es Bereiche sind, in denen Bürger hohe Standards durchsetzen konnten. So etwa Schutzzölle im Bereich Landwirtschaft/Nahrungsmittel. Unter der Prämisse, dass z. B. eine regionale, biologische, artgerechte Landwirtschaft das Ziel aller Landwirtschaftspolitik sein sollte, müssten diese Zölle sogar steigen.

Die allermeisten ÖkonomInnen stimmen zwar der These zu, dass gering qualifizierte ArbeitnehmerInnen durch größere Märkte und mehr Billiglohnkonkurrenz verlieren werden. Da deren Theorien aber auch ergeben, dass durch deregulierten Handel insgesamt Wohlstand geschaffen würde, wäre das Problem durch Umverteilen zu lösen und alle wären Gewinner. Wenn aufgrund des härteren Standortwettbewerbs aber die Umverteilungsvolumina der Staaten immer weiter sinken, werden die Verlierer Verlierer bleiben.

Selbst wenn eine noch weitergehende Deregulierung des Handels Wachstumsraten erhöhen sollte, besteht heftiger Zweifel, ob dieses Wachstum dort ankommt, wo es notwendig ist: bei den Armen. Und selbst wenn dort noch etwas ankommen sollte, was bereits reichlich unwahrscheinlich ist, schließt sich die Frage an: Ist das Wachstum nachhaltig im doppelten Wortsinn: Dauerhaft und zukunftsfähig? Auch hier sind arge Zweifel angebracht.

Deregulierter Handel macht Gesellschaften weniger resilient, dh, weniger widerstandsfähig in Krisenzeiten. Preissprünge beim Öl oder seltenen Erden, politische Krisen oder Schlimmeres können weltweite Wertschöpfungsketten innerhalb kürzester Zeit zerstören. Dieses wurde anschaulich bewiesen durch die Covid19-Krise.

Globalisierung 6 und Neoliberalismus

Auswirkungen neoliberaler Politik auf die Arbeitswelt – das Shareholder-Value-Prinzip

Angelehnt an das amerikanische Modell der Unternehmensbewertung und -bilanzierung zog die Globalisierung der Finanzmärkte auch in Europa das Abgehen von der Praxis des **Stakeholder-Value-Denkens** nach sich. Dieses Denken implizierte eine langfristige Unternehmensstrategie und Ausrichtung auf den dauerhaften Bestand eines Unternehmens unter Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten und der Gesellschaft allgemein.

Das Prinzip des **Shareholder-Value** orientiert sich dagegen ausschließlich an der Befriedigung der Rendite-Interessen der Aktionäre/Aktionärinnen auf Steigerung des Aktienkurses an der Börse und zielt auf Sofortausschüttung kurzfristig erworbener Höchstgewinne zulasten von Investition und langfristiger Unternehmenspolitik. Großaktionärinnen/-aktionäre geben Zielvorgaben für UnternehmerInnen und drängen shareholderschädliche Interessen zurück. Die Beschäftigten in den Unternehmen sehen sich zunehmend mit **Umstrukturierungsmaßnahmen** (Downsizing, Lean Management, Lean Production), Outsourcing, Kostensenkungsprogrammen, neuen Managementstrategien (Reengineering, Human-Resources-Management, flexible Produktion), Leistungskontrollen, internem und externem Konkurrenzdruck und Abbau von Beschäftigten trotz Rekordgewinnen konfrontiert, zugleich winken dem Topmanagement bei erfolgreicher Reorganisation Rekordgehälter sowie Beteiligung am Unternehmenserfolg durch Firmenaktien.

Die Gewinnsteigerungen werden mit massivem Arbeitsplatzabbau erkaufte. Besonders deutlich wird dieses Prinzip beim Verhalten der **Private-Equity-Fonds**.

Flexibilisierung der Arbeit und Arbeitszeitverlängerung

Unter dem Eindruck der Globalisierung kommt es zu einem Wertewandel in der Arbeitswelt und zur „Einschwörung der Menschen auf die Kapitalinteressen“ sowie zu einem Wandel der Werte in der Gesellschaft. Unternehmerisches Denken, Mobilität, Flexibilisierung und Risikobereitschaft sowie Konkur-

renz, eine „giftige Mischung aus Wettkampfethos, Rassismus und Nationalismus“ (Susanne Schunter-Kleemann) tritt an die Stelle „sozialer Sentimentalität.“

Auch innerhalb der **Arbeitswelt** vollziehen sich **grundlegende Änderungen**: Internationalisierung der Unternehmen, innerbetriebliche Umstrukturierung und Änderungen der Wertvorstellungen in der Gesellschaft drängen Rechte und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen sowie die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung immer stärker an den Rand. Atypische Beschäftigungsverhältnisse bringen neue Herausforderungen und Probleme mit sich. So ist die Zahl von LeiharbeiterInnen, geringfügig Beschäftigten, freien MitarbeiterInnen, WerkvertragsnehmerInnen in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

Dazu kommen neue Arbeitsformen wie etwa die kapazitätsorientierte Beschäftigung – also Arbeit auf Abruf. Die neuen Arbeitsverhältnisse sind gekennzeichnet vom **Wegfall einer ganzen Reihe von arbeits- und sozialrechtlichen Schutzbestimmungen**, so etwa durch den Verzicht auf Sonderzahlungen, Einkommensgarantie, Recht auf bezahlten Urlaub, ausreichende Arbeitslosen- und Altersvorsorge. Die Situation der neuen Atypischen ist vielfach bestimmt durch hohe Risiken, Lohneinbußen, mangelnde soziale Absicherung, ausufernde Arbeitszeiten und Überforderung. Mit der Liberalisierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kommt es zum Rückgang der Lebensqualität und Einschränkung einer langfristigen Lebensplanung.



7 Die Internationalisierung der Finanzmärkte

Kurzer historischer Aufriss – mehr davon im Skriptum PZG 9 FINANZMÄRKTE



„Was derzeit bekannt ist, ist nicht sinnvoll. Der Nutzen ist sehr bescheiden, und der zu befürchtende Schaden wäre enorm.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar

Die Internationalisierung der Finanzmärkte ist durch eine Verlagerung der Interessen von den Gütermärkten auf die Finanzmärkte gekennzeichnet.

Mit dem Zu-Fall-Bringen des **Bretton-Woods-Systems** der (an den US-Dollar gebundenen) fixen Wechselkurse im Jahr 1973 kam es unter monetaristischem Einfluss auch zur **Deregulierung** der Finanzmärkte, zu einer Verlagerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik von den Regierungen hin zu den autonomen Notenbanken, die nun über den Wert einer Währung sowie den Wert der Wirtschaftspolitik eines Landes entscheiden. Eigene **Rating-Agenturen** erstellen Analysen zur Bewertung der Kreditwürdigkeit eines Landes. Diese Einstufungen bedeuten, dass z.B. Argentinien in der Krise 2001 Kredite mit 50-prozentigen Zinssätzen tilgen musste.

Die Flexibilisierung der Markt- und Handelsschranken für den internationalen Kapitalverkehr eröffnete erstmals die Möglichkeit rentabler Devisenspekulationen und Kapitaltransfers sowie die Möglichkeit, in Devisen und nicht in Produktion zu investieren (Casino-Kapitalismus). Es entwickelten sich neue Spekulationsinstrumente wie Futures und Optionen/Derivate, die geeignet schienen, die Gewinnchancen kurzfristiger Finanzaktionen zu steigern und die Risiken scheinbar senkten.

Für die einzelnen Nationalstaaten wurde es zunehmend unmöglich, die nunmehr von der Realwirtschaft losgelösten Kapitalströme zu kontrollieren, zu besteuern und beschäftigungswirksam einzusetzen.

Zusätzlich kam es vielfach zur Verlagerung der Aktivitäten von Finanzunternehmen in Steueroasen (**Off-Shore-Finanzplätze**), um den staatlichen Steuern zu entfliehen, die mithin zunehmend von den einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten getragen werden müssen.

Die zentralen Bedürfnisse der AkteurInnen auf den Finanzmärkten sind freie Kapitalmobilität, hohe Zinsen auf das investierte Kapital, niedrige Inflation und niedrige Steuern auf Kapitaleinkommen. Im Zuge dieser Entwicklung verfolgte

Die Internationalisierung der Märkte

die EZB (Europäische Zentralbank) das wirtschaftspolitische Ziel, die Inflation niedrig zu halten. Diese Politik führte in den vergangenen Jahren konsequent zu sinkenden Investitionen durch die Unternehmen und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen. Für den einzelnen Staat bedeutete dies geringeres Lohnsteueraufkommen, höhere Staatsausgaben und mehr Frühpensionen.

Finanzkrisen und Wirtschaftskrisen – die Folgen des Casino-Kapitalismus

Die Schattenseiten des freien Spiels der Kräfte auf den deregulierten Finanzmärkten blieben nicht lange verborgen. Mehr als deutlich wurden sie bereits durch die großen **Finanzkrisen in Ostasien, Russland und Lateinamerika** der vergangenen Jahre. Diesen Märkten wurden Anfang bis Mitte der 1990er-Jahre enorme Finanzkredite mit extrem kurzer Laufzeit gewährt, die 1997 in einer Panikreaktion der Banken unter dem Eindruck negativer Erwartungen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung dieser Länder kurzfristig gekündigt wurden. (Da die Kredite in US-Dollar gewährt waren, war es 1995 mit der Aufwertung des Dollars zu einer erheblichen Aufwertung ausländischer Kredite gekommen.) Hauptbetroffener der **Spekulationen gegen die heimische Währung** war zunächst Thailand, es folgten Indonesien, Malaysia, Philippinen und Südkorea. In weiterer Folge kam es zum Zusammenbruch der Währungen in Russland und in Südamerika.

Der IWF, der erst von den ostasiatischen Ländern angerufen wurde, verlangte für seine Intervention strenge Maßnahmenpakete zur Reduktion der Staatsausgaben sowie Öffnung der Länder für ausländische InvestorInnen. In der Folge kam es zu einem immensen **Anstieg der Arbeitslosigkeit** und zu **Preissteigerungen**, sinkendem Lebensstandard und Armut in der Bevölkerung, da auch soziale Auffangnetze fehlten. **Die Krise war von den Finanzmärkten auf die Bevölkerung überwälzt worden.**

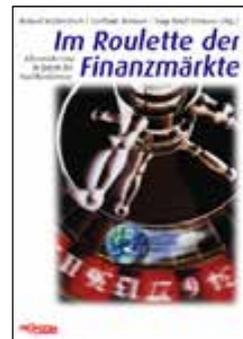
Auch die Finanzkrisen in Argentinien 2001 und 2002 waren ein Paradebeispiel neoliberaler Politik. Und 2007/2008 kam es schließlich zur so genannten **Subprime-Krise** (im deutschsprachigen Raum als Immobilien-Krise bekannt) in den USA: Im Sommer 2007 stagnierten plötzlich die bis dahin steigenden

7 Die Internationalisierung der Finanzmärkte

Immobilienpreise in den USA und immer mehr KreditnehmerInnen konnten ihre Kreditraten nicht mehr bedienen. Weiter reichende Auswirkungen ergaben sich dadurch, dass die Subprime-Kredite, also die Kredite von AnlegerInnen mit geringer Bonität, weiterverkauft worden waren, um andere das Risiko tragen zu lassen. Aufkäufer waren vielfach Fonds, Versicherungen und andere Banken. In der Folge kam es zu wesentlichen Verlusten, die zur Pleite unzähliger Fonds und zu einer Vertrauenskrise unter den Banken führte.

Vorhersehbarer Crash

Was mit ein paar schlechten Nachrichten aus den USA über nicht gedeckte Kredite von Häuslbauern begann, wuchs sich bis spätestens Herbst 2008 zu einer veritablen Wirtschaftskrise mit dramatischen Folgen für die Realwirtschaft aus und täglich neuen negativen Prognosen für das weltweite Wirtschaftswachstum. Die



Immobilienblase erwies sich als erster Dominostein, der das Pyramidenspiel der Finanzspekulation komplett zusammenbrechen ließ. Für die KritikerInnen des Neoliberalismus kommt dieser Zusammenbruch wenig überraschend, denn er ist nicht zuletzt die Folge von zehn Jahren nichtnachhaltigen Wachstums.

Firmen, die in Märkten operieren, die jährlich um 4% wachsen, können nicht laufend Einnahmesteigerungen von 15% erzielen. Die Analysten überschätzten permanent, was die Firmen leisten konnten. Das Management verwendete diese unrealistischen Erwartungen mitunter, um die Ziele für das Unternehmen zu fixieren.

Auf deregulierten unbeaufsichtigten Finanzmärkten wurden gigantische Spekulationen auf den Höhepunkt getrieben. **Extrem undurchsichtige und komplizierte, so genannte „strukturierte Produkte“ bargen Risiken, die weder die KäuferInnen noch die Aufsichtsbehörden richtig einschätzten.** Als in den USA Mitte 2007 die Spekulationsblase platzte, war damit auch die Illusion erledigt, dass man Risiken minimieren könnte, indem man sie verteilt. Geschäfte passierten völlig unreguliert, abseits des regulierten Bereichs, in so genannten Schattenmärkten. In Wahrheit waren die Risiken nicht verteilt und

schon gar nicht minimiert, sondern nur versteckt. Weltweit wurde mit fremdem Geld spekuliert. Wer besonders waghalsig spekulierte, wie die isländischen Banken, stürzte beinahe den ganzen Staat in den Bankrott.

Auch die Institutionen selbst waren nicht reguliert. **„Schattenbanken“** (Investmentbanken) konnten außerhalb des regulierten Sektors ungehindert ihren Geschäften nachgehen. Auch so genannte „normale“ Banken nutzten diesen Spielraum, führten eine Art Doppelleben und überschritten dabei ihre Kompetenzen. Es wurde nicht der Wettbewerb gestärkt, sondern es entstanden riesige Bankengruppen, die zu groß waren, um kontrolliert zu werden.

Hinter der Krise steht aber auch ein massives Verteilungsproblem. Die jahrelange konsequente Umverteilung der Einkommen von unten nach oben hat **Anhäufung von Vermögen** ermöglicht, **das angelegt werden musste** und so die Krise begünstigt hat. In den letzten Jahren ging die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Die Reichen sind reicher, die Armen ärmer geworden.

Neoliberale Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise in der EU

Nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 in der Europäischen Union schien die ideologische Vorherrschaft des Neoliberalismus kurzzeitig ins Wanken geraten zu sein. Um eine weitere Eskalation aufgrund von Bankenkonkursen zu verhindern, war wieder eine rettende staatliche Hand gefragt. Milliarden schwere Verluste wurden über Bankenrettungspakete in die öffentlichen Haushalte verschoben.

Eine verbesserte **Regulierung der Finanzmärkte war plötzlich in aller Munde.** Die damals Regierenden wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy und auch neoliberale Hardliner wie Ex-US-Präsident George Bush: Plötzlich konnten sie sich alle vorstellen, die Finanzmärkte stärker zu regulieren, plötzlich glaubte niemand mehr, dass man die Wirtschaft dem Markt und den Markt sich selbst überlassen sollte. In seinem letzten Auftritt beim **G20-Gipfel im Herbst 2008** forderte Bush ein Regulierungssystem für das 21. Jahrhundert. Als es allerdings darum

Die Internationalisierung 7 der Finanzmärkte

ging, die großen Worte in konkrete Regeln umzuwandeln, stieß man auf mächtigen Widerstand und massives Lobbying. Nur kurze Zeit später zeigte sich, dass die Krise nicht genutzt wurde, um grundsätzliche Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu beheben.

Ganz im Gegenteil: Obwohl die Lockerung der Finanzmarktregulierung im neoliberalen Sinn entscheidend zur Krise beigetragen hat, wurde **die Krise genutzt, um eine weitere Neuauflage neoliberaler Politik zu betreiben.**

Die durch Bankenrettungs- und Konjunkturpakete sowie aufgrund des wirtschaftlichen Abschwungs entstandenen Haushaltsdefizite wurden nicht mehr als Auswirkungen der Krise, sondern als deren Ursache dargestellt. Einmal mehr sind es die Pensionssysteme, die Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Bildung, aber auch die Rechte von ArbeitnehmerInnen, die unter Druck geraten.

Austeritätspolitik

austerity (engl.): Kürzung, Einschränkung, Strenge, Sparsamkeit

Austeritätspolitik: Kürzungspolitik

Unter dem Motto „**New Economic Governance**“ setzte sich auf EU-Ebene – nicht zuletzt aufgrund des Drucks der deutschen Bundesregierung – eine strikte Kürzungspolitik zur Eindämmung der öffentlichen Defizite und Schulden als „Ausweg“ aus der Krise durch. Es wurden mehrere Instrumente geschaffen, die den EU-Mitgliedsstaaten im Bereich ihrer Haushaltspolitik einengende und starre Regeln in Form von Defizit- und Schuldengrenzen auferlegten. Jene Staaten, die von der Krise besonders schwer getroffen waren, wurden zu einem harten Kürzungskurs gezwungen. Zwar wurden zu ihrer finanziellen Stabilisierung und damit zur Stabilisierung des Euroraums insgesamt sogenannte Rettungsschirme aufgespannt, jedoch gerieten damit zum Beispiel Griechenland, Spanien und Portugal de facto unter Aufsicht der Troika, aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds, deren Berichte als Basis für die Entscheidungen der Regierungen der Eurostaaten dienten.

Neben dem Instrument der **Austeritätspolitik** wurde auch auf die Strategie der „Abwertung nach Innen“ gesetzt. Damit sollte die preisliche Wettbewerbs-

fähigkeit der betroffenen Länder erhöht werden. In der Realität bedeutet dies nichts anderes als die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen und damit den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten.

Nach etwa einem Jahrzehnt fällt das Resümee über diese Krisenpolitik und die Strategie des „Gesundsparens“ düster aus. Besonders in „Krisenländern“ zeigte sich, dass die massiven **Sparpakete** und das **Absenken des Lohnniveaus** die Krise verschärften und eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt haben, die für tausende ArbeitnehmerInnen mit massiven Einbußen einherging. Im Euroraum kam es zu einer rückläufigen Entwicklung bei öffentlichen Investitionen. Insgesamt wurde die Wirtschaftskrise unnötig lange bis 2014 verschleppt. Zwar hat sich die Lage der ArbeitnehmerInnen ab 2014 bis zum Ausbruch der Pandemie-Krise im Euroraum im Durchschnitt verbessert, dennoch blieben viele schlechter gestellt als vor 2009. Zum Beispiel war das durchschnittliche reale Lohnniveau in acht Mitgliedsstaaten 2018 geringer als 2009. Und bereits vor dem Ausbruch der Pandemiekrise blinkten aufgrund der Einschränkung der Fiskalpolitik durch die einengenden Budgetregeln Warnlampen auf. Eine solche Warnlampe war, dass trotz einer sehr großzügigen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank die **Gefahr einer Deflation** nicht gebannt werden konnte.

Mit dem Ausbruch der **Pandemiekrise 2020** wurde in Bezug auf die starren Budgetregeln das einzig Richtige getan. Es wurde die Ausweichklausel aktiviert, sodass diese in den Zeiten der neuerlichen Krise aufgehoben sind. Eines muss jedoch klar sein: Die Antwort auf die Pandemiekrise darf auf keinen Fall ein neuerlicher Kürzungskurs sein. Vielmehr braucht es eine aktive und gezielte Konjunkturpolitik, sowohl auf nationaler als auch auf gemeinsamer Ebene. Niemals mehr dürfen Gesundheitssysteme kaputt geschrumpft werden.

Griechenland als Labor für die neoliberale Krisenpolitik

Ab 2010 arbeitet die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission verzweifelt an einer „Rettung“ des krisengeschüttelten Landes. Die Krisenbearbeitung bestand, in Anlehnung an die Schocktherapie-Programme des IWF in den 1980er- und 1990er-Jahren, im Wesentlichen aus zwei zentralen Elementen:

7 Die Internationalisierung der Finanzmärkte

der Senkung der Staatsausgaben durch **strikte Austeritätspolitik** und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Ökonomie durch eine „**Abwertung nach Innen**“.



Solidaritätskochbuch
von weltumspannend arbeiten

Neben massiven Einsparungen im Gesundheits-, Sozial- und Pensionssystem gilt die Privatisierung aller (teil-)staatlichen Infrastruktureinrichtungen und Unternehmen als Herzstück der Austeritätspolitik. Auch der Gesundheitsbereich ist massiv von Kürzungen betroffen. Hilfsorganisationen warnen angesichts der schlechten medizinischen Versorgung vor einer humanitären Katastrophe. Im Öffentlichen Dienst wurden bis 2015 150.000 Stellen abgebaut; zudem mussten die Beschäftigten Gehaltseinbußen von 20–30 Prozent hinnehmen. Hinzu kamen massive Einsparungen bei den Pensionen, bei Sozialleistungen, die Anhebung von Verbrauchersteuern, Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr und massive Einsparungen im Bildungsbereich.

Die Strategie der „Abwertung nach Innen“ beinhaltet die **Deregulierung der Arbeitsverhältnisse** und die **Senkung des Lohnniveaus**. Laut OECD haben die Eingriffe in das griechische Lohnfindungssystem im Jahr 2011 zu einem nominalen Rückgang der Löhne und Gehälter um 25 Prozent geführt. Die hohe Arbeitslosigkeit und die drastischen Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherheit haben zur massiven Prekarisierung und zur Erosion des Arbeitsmarktes geführt. Kollektivverträge wurde per Gesetz aufgehoben, das Arbeitsrecht

Versuchslabor Griechenland

massiv eingeschränkt, die Arbeitszeit vollkommen flexibilisiert und die Rechte von Gewerkschaften eingeschränkt.

Angetrieben von einem Teufelskreis aus Sparprogrammen, der dadurch einbrechenden Nachfrage, Rezession und sinkenden Staatseinnahmen zeichnet sich jedoch lange keine Entspannung ab.

Im Jahr 2014 lag die **Arbeitslosenquote** noch immer bei **27 Prozent**, über 3,9 Millionen Menschen waren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, die Obdachlosigkeit in den Städten war massiv angestiegen. Tausende Haushalte leben ohne Strom und Heizung. Griechenland verdeutlicht am besten, dass diese Austeritätspolitik in eine soziale Katastrophe führt, die lange nachwirkt. Die Arbeitslosigkeit lag vor dem Ausbruch der Pandemiekrise Ende 2019 mit 16,3 Prozent noch immer weit über dem EU-Durchschnitt mit 6,5 Prozent. 2018 waren mit 3,35 Millionen Menschen noch immer mehr von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht als 2009 mit 3 Millionen Menschen. Und auch der durchschnittliche Reallohn lag 2019 noch 23 Prozent unter jenem von 2009.

Am Beispiel von Griechenland wird aber auch der autoritäre und undemokratische Charakter der Krisenpolitik klar erkennbar. Gesetze werden im Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht, streikende ArbeiterInnen werden mit Notstandsgesetzen und mit Hilfe der Polizei zurück an ihre Arbeitsplätze gezwungen, und die staatliche Repression gegen GewerkschafterInnen und AktivistInnen nimmt deutlich zu.



Graffiti in Thessaloniki

Neoliberalismus und Gewerkschaften

8

Die Ausgangslage

Der **Neoliberalismus** ist mit Beginn der 1980er-Jahre zum vorherrschenden Denk-, Wirtschafts- und Politikmodell geworden. Nicht nur Wirtschaftskreise, liberale, rechte oder konservative Parteien und PolitikerInnen forderten seine Maximen ein, sondern dieses Denken erfasste auch weite Teile der Sozialdemokratie und traditionell arbeitnehmerInnenfreundliche Institutionen und Gruppierungen. Und es **beherrscht heute weithin auch die Köpfe und Herzen der ArbeitnehmerInnen selbst**. Die zentralen Slogans der Neoliberalen sind auch die ihren geworden.

Wie konnte dies geschehen in einem Kontinent wie (Mittel- und West-)Europa, dessen Staaten wie vorher kaum jeweils in der Geschichte stattgefunden von einem Ausbau eines keynesianisch geprägten Wirtschaftssystems und dem damit verbundenen Aufbau von Sozialstaatlichkeit profitierten? Und wieso war und ist es in Österreich möglich, dass so viele Menschen einer neoliberalen und neokonservativen Sozialabbaupolitik zustimmen, wo sie doch die Segnungen der Wohlfahrtspolitik erkennen müssten?

Eine Antwort lautet: Die beschriebene **völlige Umdrehung der Welt(wirtschafts-)politik unter Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien** löste eine Krise der Realwirtschaft aus, weil sie der Finanzwirtschaft den Vorrang gab. Das spürten nicht nur die realwirtschaftlich tätigen Unternehmer, sondern diese Änderung löste eine beginnende Prekarisierung und Verarmung immer größer werdender Bevölkerungsgruppen aus. In der neoliberalen Propaganda wurde dies jedoch dargestellt als die Schuld eines „überbordenden“ Sozialstaates, woran die Gewerkschaften, BetriebsrätInnen, sozialdemokratische und christlich-soziale Parteien schuld seien.

In den Betrieben erkannten die BetriebsrätInnen zwar einen immer brutaler werdenden Arbeitskampf: Kürzung und Streichung von Sozialleistungen, Privatisierungen, Ausgliederungen, Schließungen und Verlagerungen, stetig steigende Arbeitslosigkeit, Lohnverzicht bei steigendem Arbeitsdruck, Nulllohnstunden, bis hin zum offenen Bruch des Arbeitsrechtes. Aber: Die von neoliberalen Thinktanks erfundenen Maßnahmen kamen mit den schön klingenden

Namen wie Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung, Eigenvorsorge usf. daher. Am Ende schafften es neoliberale Propaganda und Thinktanks, dass sich das Gros der Parteienlandschaft völlig änderte: aus konservativ-christlich-sozial orientierten wurden reaktionär-konservative Parteien, aus Sozialdemokratie wurde Sozialliberalismus, aus der ehemaligen Alternativbewegung ökoliberale Parteien, und ehemalige rechte und rechtsextreme Splitterparteien wanderten verharmlosend als „populistische“ Parteien bezeichnet in die Mitte der Gesellschaft und geben mittlerweile in vielen EU-Ländern den Ton an. Übrig blieben die Gewerkschaften, die immer weniger Rückhalt in der Politik finden. Es ist hilfreich, im Folgenden dazu die „Väter des Neoliberalismus zu befragen.

Kampf den Gewerkschaften

Bereits 1952 (!) schrieb Friedrich August von Hayek:



„Die Frage, wie die Macht der Gewerkschaften sowohl im Gesetz als auch tatsächlich entsprechend eingeschränkt werden kann, (muß) eine der allerwichtigsten sein, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.“

*Friedrich August von Hayek,
Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Zürich 1952, 154.*

Das heißt: Die Väter des Neoliberalismus setzten von Beginn an bei der Zerstörung der Gewerkschaften an. Legitimiert wurde das unter anderem mit folgender Logik:

„Das erste und wichtigste, was seitens der Regierung erfolgen soll, ist die Aufgabe der Maßnahmen, die Monopolbildung direkt unterstützen, sei es Monopolbildung auf Unternehmensebene oder auf Gewerkschaftsebene“.

Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt 1984, 174.

Neoliberalismus und Gewerkschaften

8

Gewerkschaften funktionieren „als Unternehmen...“, die den Service der Kartellbildung offerieren“³.

Das Argument ist also klar: Unter dem Vorwand, gegen Kartelle und Monopolisierung zu Feld zu ziehen, beginnt man beim schwächsten Akteur auf dem wirtschaftlichen „Schlachtfeld“ und will jeglichen Zusammenschluss verbieten. Juridisch durchgesetzt wurde dies unter anderem durch die Erfindung sogenannter „**Freien Produktionszonen**“. De facto existiert eine Behinderung bis zum Quasi-Verbot von gewerkschaftlichen Aktivitäten in vielen Ländern, Konzernen und Regionen dieser Welt: gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Aktivitäten werden mit allen Formen der Repression, von Rufmord über Entlassungen bis hin zu Mord bestraft.

Gewerkschaften haben nach Hayek vor allem in der (europäischen) Realverfassung eine derartig große Macht erreicht, dass „das ganze Fundament unserer freien Gesellschaft durch die Macht, die sich die Gewerkschaften anmaßen, schwer bedroht ist... Gerade weil bei der bestehenden Rechtslage die Gewerkschaften noch unendlich mehr Schaden anrichten könnten...dürfen wir den gegenwärtigen Stand der Dinge nicht fortbestehen lassen!“

Hayek gibt im selben Buch preis, wer gegen diesen „Aberglauben, dass der Lebensstandard der Arbeiterklasse dank ihrer (der Gewerkschaften, Anm. d. V.) Bemühungen so schnell gestiegen ist“, antreten muss: Es ist die Mission der Nationalökonomien, und wie „wirksam“ sie diese „ihre Arbeit der Publikumsaufklärung durchführen“.⁴

45 Jahre später konnte man dazu in der österreichischen Tageszeitung DER STANDARD folgende Überschrift lesen: „Sozialstaat abbauen, Gewerkschaft schwächen!“ Und dann weiter im Text: „Es gebe ein Übermaß an Sozialstaat, es sei unethisch, diesen Sozialstaat beizubehalten. Die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer sei zu groß...“⁵

Es handelt sich dabei um den Bericht über eine Klausur der ÖVP-Regierungsmitglieder. Damit sind bereits alle Themen vorgegeben, die sich zu den entscheidenden Konfliktpunkten österreichischer Innenpolitik entwickelten.

3 Friedman, Kapitalismus, 165.

4 von Hayek, Die Verfassung der Freiheit, S. 347

5 Standard, 13. Mai 1997

Immerhin kündigte zwei Jahre später die ÖVP die Große Koalition mit der SPÖ auf.



Beschränkung auf Betriebsebene und keine Mitsprache bei Löhnen

Ungleichheit ist nach von Hayek nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich, sie ist **Voraussetzung für die Freiheit**. Und Gewerkschaften bedrohen diese Freiheit. Ein Zitat aus „The Economist“ aus dem Jahre 1958 beschreibt diesen (aus neoliberaler Sicht geglückten) Paradigmenwechsel zusammenfassend treffend:



„Die Vorstellung vom Sicherheitsnetz, das jene auffangen soll, die stürzen, wurde sinnlos gemacht durch die Vorstellung vom gerechten Anteil für diejenigen von uns, die sehr wohl imstande sind, auf eigenen Füßen zu stehen.“
The Economist (London) vom 15. März 1958, S 918

Gewerkschaften steht keine Mitsprache bei der Lohnpolitik zu, „ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet ist ...wirtschaftlich sehr schädlich und politisch äußerst gefährlich“(346)⁶. Diese Mitsprache steht nicht einmal Regierungen zu, sie stört den Marktmechanismus, und ist „untragbar“. Kollektivverträge darf es folgerichtig nicht geben.

6 Alle folgenden Seitenangaben beziehen sich auf: von Hayek, Die Verfassung der Freiheit

Neoliberalismus und Gewerkschaften

8

Streikverbot

Hayek hat sehr früh etwas angesprochen, was sich viele Unternehmer wünschen: Es ist „... der Öffentlichkeit sicher noch nicht bewusst geworden, dass die bestehende Rechtslage grundlegend falsch und das ganze Fundament unserer freien Gesellschaft durch die Macht, die sich die Gewerkschaften anmaßen, schwer bedroht ist.“ (341)...Es gibt gute Gründe dafür, dass es in gewissen Anstellungen Teil der Anstellungsbedingungen sein sollte, dass der Arbeitnehmer auf dieses Recht (Anm: das Streikrecht) verzichtet; (343)... Heute heißt das vor allem, dass das Aufstellen von Streikposten in größerer Zahl verboten sein sollte...(352)

Eine kleine Episode im Zusammenhang mit den Protesten der Beschäftigten der Postbusse gegen den geplanten Verkauf im selben Jahr 2003 in Österreich macht dies deutlich. „Es gibt bei der Postgarage in St. Pölten einige, die haben Zivilcourage...“, erklärte eine Vertreterin des Postmanagements.⁷ Während österreichweit der Streik praktisch lückenlos durchgeführt wurde, fand sich in St. Pölten anscheinend ein Postautobuschauffeur, der ausfahren wollte. Diesen entdeckte die Presse, und die Berichterstattung dreht sich überproportional lange um diese Person und um seine gezeigte „Zivilcourage“. Keine Meldung von der „Zivilcourage“ all jener, die sich gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums und für die Aufrechterhaltung öffentliche Dienstleistungen einmal zur Wehr setzen.

Nicht, dass es verwunderlich ist, dass im Management diese Denkart lebt (dies erklärt sich aus dem natürlichen Interessensgegensatz heraus), sondern dass letztlich die Journalistik in dieser Weltsicht lebt.

Den weiteren Höhepunkt konnte man 2004 im „Profil“ lesen: Dort wird Achim Hunold, damals Chef der Billigfluggesellschaft Air Berlin, folgendermaßen zitiert: „Gewerkschaften sind heutzutage das größte Verbrechen an der Wirtschaft.“⁸

7 PostAG-Managerin, ORF, Ö 1-Morgenjournal, 12. November 2003

8 Profil Nr. 41, 4. Oktober 2004, S. 41

Gewerkschaften schuldig für niedriges Lohnniveau

Würde es keine Gewerkschaften geben, würden nach Hayek der Markt und die (nicht mehr durch Gewerkschaften eingeschränkten) Arbeitgeber ihren Beschäftigten weit bessere und vor allem gerechtere Löhne zahlen:

„...so kann doch kaum ein Zweifel bestehen, dass, wenn wir das Verhältnis der Löhne zwischen den großen Industriezweigen betrachten, die Gewerkschaften heute weitgehend an einer Ungleichheit der Löhne schuld sind... Das bedeutet, dass ihre Tätigkeit notwendig die Gesamtproduktivität der Arbeit und damit auch das allgemeine Reallohniveau herabsetzt;...Es ist tatsächlich mehr als wahrscheinlich, dass in den Ländern, in denen die Gewerkschaften sehr stark sind, das allgemeine Niveau der Reallöhne niedriger ist, als es ohne sie wäre (!). Dies gilt gewiss für die meisten europäischen Länder...“ (345)

Kampf der Mitbestimmung – Kampf den Betriebsräten

Der Angriff auf Gewerkschaften ist auch ein Angriff auf die betriebsrätliche Arbeit. Hayek: „Wir lassen ...die Frage offen, ob irgend eines der angeführten Argumente Gewerkschaften von größerem Umfang als dem eines Betriebes oder eines Unternehmens rechtfertigt. Eine ganz andere Sache...ist der Anspruch der Gewerkschaften auf Teilnahme an der Führung der Geschäfte. Unter dem Namen ‚industrial democracy‘ oder in jüngster Zeit dem der ‚Mitbestimmung‘ hat sie besonders in Deutschland und in geringerem Grad in Großbritannien, große Beliebtheit erworben. Sie repräsentiert ein merkwürdiges Wiederaufleben der Ideen des syndikalistischen Zweiges des Sozialismus des 19. Jahrhunderts, die die wenigst durchdachte und impraktikabelste Form dieser Lehre ist... Ein Betrieb oder ein Gewerbezweig kann nicht im Interesse einer dauernden bestimmten Belegschaft geführt werden, wenn er gleichzeitig den Interessen der Konsumenten dienen soll.“ (351f)

Wenn überhaupt, dann akzeptiert Hayek – wie oben zitiert – allein auf Betriebsebene eine Daseinsberechtigung für Gewerkschaften. In einem Umfang also, der nach unserem Verständnis den Ausdruck „Gewerkschaft“ im Vollsinn

Neoliberalismus und

8 Gewerkschaften

noch gar nicht erfüllt. Gemeinhin wird diese Vorstellung als Betriebsgewerkschaft bezeichnet und kommt viel mehr unserer betriebsrätlichen Organisation nahe.

Das geänderte Image des Betriebsrates – vom Sozialpartner zum Parasiten und Staatsschädling

Konsequent arbeitete die neoliberale Propaganda an der Schädigung des Images von gewerkschaftlich organisierten BetriebsrätInnen. Diese seien „Mitschuldige an unserer Budgetmisere, Mitschuldige, dass es dem Betrieb so schlecht geht, wegen Gewerkschaft, Betriebsrat stecken wir in den roten Zahlen, Betriebsrat mindert Standortqualität, Betriebsrat ist starr, verhindert Flexibilität des Unternehmens, der Mitarbeiter“ (Frank Stronach). Zitate aus Zeitungen, Radio und Fernsehen.

In Österreich wurde dies unter der Regierung Schwarz-Blau I besonders deutlich. So machte im Sommer 2000 der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider Schlagzeilen dadurch, dass er Betriebsräte „parasitäre Elemente“ nannte, und die damalige österreichische Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer erklärte im selben Jahr anlässlich der Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst, dass freigestellte Betriebsräte eine Gruppe von Menschen wären, welche die ganze Zeit nur damit verbringen würden, darüber nachzudenken, wie sie den Staat schädigen könnten.

Noch besser dazu liest sich ein Kommentar zur oben erwähnten Äußerung Haiders in der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ (herausgegeben vom rechtsextremen Andreas Mölzer, damals Kulturberater Kärntens und Haider-Intimus, dann EU-Abgeordneter und zurückgetreten wegen rassistischer Äußerungen) von einem gewissen Andreas Tögel, der dazu zunächst ein medizinisches Wörterbuch befragt, wo Parasiten wie folgt beschrieben werden:



„Parasiten sind Lebewesen, die ganz...oder teilweise...ständig...oder zeitweilig...auf Kosten einer anderen Organismen-Spezies...leben“, um danach launisch-sarkastisch zu folgern: „Na und! ...denn wie anders könnte man die Tätigkeit eines ‚freigestellten‘, also nicht im Sinne des

Unternehmenszweckes seines Dienstgebers arbeitenden Betriebsrates denn qualifizieren, als wie oben dargestellt? Nicht nur, dass Betriebsräte ganz grundsätzlich und ihrem Wesen nach das Ziel verfolgen, den Interessen des ihnen Arbeit und Brot gebenden Unternehmens zuwiderhandeln... Der ‚freigestellte‘ Betriebsrat stellt darüber hinaus aber noch nicht einmal seine bezahlte Arbeitszeit in den Dienst seines Brötchengebers. Damit erfüllt er in gerade archetypischer Weise den Tatbestand einer parasitären Existenz!“ *Zur Zeit, Nr. 29/30, vom 14.- 20. Juli 2000*

Wohlgermerkt: hierbei handelt es sich um keine Stammtischzitate, sondern um Äußerungen von höchsten Führungskräften eines Staates.



Die Folgen sind: Schuldgefühle bei den BetriebsrätInnen, kein oder nur sehr mäßiges Interesse an aktiver Kandidatur bei Betriebsrats- und Personalvertreterwahlen. Denn wer ist schon gerne bei den Geprügelten der Nation? Viel Arbeit, unbedankt! – Nein, danke! Die Opfer werden zu Tätern.

8 Neoliberalismus und Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Gegenstrategien und Forderungen

→ **Man darf die Erklärung der Welt nicht den Neoliberalen überlassen!**

Während also die Neoliberalen, ausgehend von der oben formulierten Kampf-ansage, systematisch zunächst die Lehrstühle und Köpfe der Wirtschaftsuni-versitäten besetzten, dann mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan die fürs Finanzkapital maßgeblichsten Regierungen eroberten, dazu die Richtlinien und Maßnahmenkataloge für die Weltbank und den Internationalen Wäh-rungsfonds schrieben, glaubte man in vielen Gewerkschaftszentralen und Parteizentralen noch immer an den Fortbestand der sozialen Marktwirtschaft und – in Österreich – an das Festhalten an der Sozialpartnerschaft. Viele Ak-teure spielten in einer Mischung von Halibunwissenheit, Halbblindheit und Teilsympathie das Spiel der Deregulierer und Privatisierer mit.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss dabei mit konzentrierter Bildungs-und Öffentlichkeitsarbeit Antworten geben. Wichtig dabei sind:

Entlarvung der Ideologie der VertreterInnen des Neoliberalismus, deren Marktgläubigkeit und der handfesten Kapitalinteressen dahinter. Erarbei-ten und Aufstellung von Gegenpositionen, Organisierung von Strategien zur Durchsetzung und Gegenmachtbildung.

(Bewusstseins)Bildung ist möglich. Auch schwierige und komplexe Zusam-menhänge lassen sich (einfach) erklären. In Zeiten jedoch, in denen die Ber-telsmanns und Murdochs die veröffentlichte Meinung des gesamten Globus beherrschen, wird diese Frage immer mehr zur bangen Überlebensfrage aller kapitalismuskritischen Bewegungen. Denn wie findet eine politische Funktio-närin, ein politischer Funktionär im 16-Stunden-Tagesjob noch die grundle-genden und wichtigen Informationen und Auseinandersetzungen? Im multi-medialen Einheitsbrei sicher nicht.

Wie aber kommt man aus diesem „Wiederkäuen des Bestehenden“ heraus, was letztendlich Aufgabe und Pflicht jeder Arbeitnehmerinteressenvertrete-rin, jedes Arbeitnehmerinteressenvertreters mit Verantwortungsbewusstsein

sein muss? Tatsache ist, dass eine ArbeiterInnenbewegung niemals wieder bestimmende Kraft werden kann, wenn sie sich nicht eigene Denkerschulen leistet, wenn sie sich nicht zu einer konsequenten Bildungspolitik, und zwar in der Hierarchie oben ansetzend, verpflichtet.

Gewerkschaften sind international oder amputiert

Die größte Hausaufgabe steht den Gewerkschaften in deren internationaler Ausrichtung ins Haus. Dass sich das internationale Denken und Handeln in der Phase der Nachkriegszeit in den Gewerkschaften zurückentwickelte bzw. keinen Zentimeter weiterentfaltete, bleibt unverständlich. **Die Beschränkung auf den eigenen Betrieb, das eigene Land widerspricht den Grundüberzeugungen der Gewerkschaftsbewegung per se.** Und es bringt einen ständig um die Früchte der eigenen Arbeit, da die nichtgeübte Solidarität mit „denen da draußen oder da unten“ ja in einem zweiten Schlag die eigene Arbeit zunichte macht. Dabei wird immer wieder sichtbar und (oft schmerzvoll erlebbar), dass die Länder des Südens und des Ostens, „die anderen“, immer nur die andere Seite des eigenen (Arbeits-)Lebens sind.

Stattdessen hatte die Beschränkung auf das Nationale die fatale Folgen, dass die ArbeitnehmerInnen und auch die Gewerkschaftsmitglieder empfänglich wurden für nationalistische und rassistische Propaganda.

Die Lähmung der letzten Jahr(zehnt)er bestand vor allem auch darin, dass die Arbeiterbewegung sich mit den gegebenen Rahmenbedingungen zufriedengab. Während rundum an den Säulen der mühsam zustande gekommenen wirtschaftspolitischen Nachkriegsordnung (Bretton Woods) gesägt wurde, waren die Hauptakteure der ArbeiterInnenbewegung in Europa mit dem Erhalt des Bestehenden beschäftigt.

Was aber fehlte, war das Rütteln an festen Grenzen, war das Visionäre und Grenzüberschreitende. Man begnügte sich sozusagen mit der Pflege des Gartens, den man einmal zugewiesen bekommen oder sich auch erkämpft hatte, und versuchte nicht, die Zäune einzureißen. Und wer sich damit begnügt, dies ist eine Logik der Geschichte, dem wird leider auch jener geliebt und gehegt

8 Neoliberalismus und Gewerkschaften

Platz genommen, für den man sich zuständig fühlt. So rissen andere respektlos jenen Zaun von außen ein, den man von innen nicht auszuweiten versuchte.

Wenn das Denken nicht global, visionär und strategisch langfristig ist, dann verhungern wir hilflos im Jetzt. Daran kann man sich an den Neoliberalen ein Beispiel nehmen: Sie denken langfristig und strategisch.

Global, langfristig und visionär für GewerkschafterInnen muss heißen, sich nicht zu scheuen, das zu denken und zu fordern, was tiefgreifende Analysen ergeben und à la long für alle Menschen in unserem Land, auf unserem Kontinent, auf der gesamten Welt anstrebenswert ist und Sinn macht.



Tage gegen Neoliberalismus des ÖGB OÖ 1996

Gewerkschaftliche Positionen gegen den Neoliberalismus

Regulierung der Finanzmärkte aus gewerkschaftlicher Sicht

Regulierungen, die nachhaltig wirken sollen, müssen möglichst umfassend ausfallen und auf allen Ebenen ansetzen – auf der nationalen Ebene genauso wie EU- und weltweit:

Auf EU-Ebene sollte eine **Finanztransaktionssteuer** eingeführt werden.

Riskante Geschäfte sollten **durch Eigenkapital unterlegt** werden müssen, und die Eigenkapitalbasis der Banken sollte deutlich verbreitert werden.

Leerverkäufe – also das Spekulieren auf fallende Kurse – **sollten generell verboten werden**. Bei Leerverkäufen verkauft man Aktien, die man (noch) nicht besitzt (sondern ausleiht) und später bei gefallenem Kurs billiger besorgen kann.

Auf internationaler Ebene muss auf ein neues weltweites System **zur Stabilisierung der Wechselkurse** hingearbeitet werden, um spekulativen Blasen auf den Devisenmärkten vorzubeugen.

In Österreich sollte die **Börsumsatzsteuer** wieder eingeführt werden, solange es keine EU-weite Finanzmarkttransaktionssteuer gibt. Diese würde sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf von Aktien fällig.

Bei der **Oesterreichischen Nationalbank (OeNB)** sollte die **Eigentümerstruktur** bereinigt werden. In Zukunft sollte die OeNB nur mehr dem Bund gehören. Es geht dabei nicht zuletzt um die Unabhängigkeit von den Instituten, die die OeNB prüft. Derzeit sind an der OeNB u.a. beteiligt: Industriellenvereinigung, Uniqa, Grazer Wechselseitige, Wiener Städtische und diverse Raiffeisenverbände.

Managementbezüge sollten offen gelegt werden, Stock-Options (Vorzugsaktien für ManagerInnen bei Erreichen eines bestimmten Börsenkurses der firmeneigenen Aktien) **generell verboten werden**, da sie dazu beitragen, dass Unternehmensziele ausschließlich auf die Entwicklung der Börsenkurse ausgerichtet werden.

8 Globale und solidarische Lösungen



European Recovery Bonds



Programmatisches Buch als Behelf für eine ÖGB-Kampagne Mai 2000 inklusive CD von weltumspannenden Arbeiten „Globalisierung von unten“.

Die neoliberale Sackgasse braucht dringendst globale, gesamteuropäische und solidarische Lösungen. Dies wurde spätestens nach der Finanzkrise 2008 sichtbar und verdeutlicht sich mit der Coronakrise noch viel mehr.

*Wie aber könnten solches aussehen? Im Zuge der Verhandlungen im Frühjahr/Sommer 2020 wurde immer von **Eurobonds** oder „Coronabonds“ oder **Recoverybonds** gesprochen.*

Diese Modelle werden auch vom Europäischen Gewerkschaftsbund ausdrücklich unterstützt.

Einfach erklärt kann das wie folgt funktionieren;

- *Eine gemeinsame und am besten demokratisch kontrollierte EU-Institution (etwa ein „Europäischer Währungs- oder Transformationsfonds), begibt (= verkauft) – so wie sonst nur die einzelnen Nationalstaaten – für alle EU-Mitgliedsstaaten gemeinsame Anleihen (z. B. Corona Bonds). Die Europäische Zentralbank garantiert, dass sie diese Anleihen aufkauft, wenn sich auf privaten Märkten keine Käufer finden. Die Fachsprache bezeichnet das als „lender of last resort“, also „Kreditgeberin der letzten Zuflucht“. Damit hätten die Investoren die Sicherheit, ihr Geld auf jeden Fall wieder zurückzubekommen.*



- *Diese gemeinsamen Anleihen sollen zu einem Zinssatz von Null (oder knapp darüber) angeboten werden. Damit wäre das Problem gelöst, dass im Krisenfall einige Staaten überhöhte Zinsen zahlen müssen, was deren schlimme Lage weiter verschärft.*
- *Eine gemeinsame Anleihe würde ermöglichen, dass die Staaten so viel Geld bekommen, wie sie brauchen. Regeln dazu müssen festgelegt werden. Das wäre die Chance, das Geld auf die wichtigsten Felder zu lenken: z. B. Ausbau öffentliches Gesundheitssystem, Ökologie (Verkehrsinfrastruktur). Der EGB fordert, dass damit sozialer Fortschritt und Nachhaltigkeit unterstützt werden, und schlägt auch konkret die Finanzierung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung vor.*
- *Wenn die Wirtschaft wieder läuft, werden die Schulden entweder in langfristigen – z. B. 70–100-jährigen Laufzeiten abgezahlt oder überhaupt erlassen.*
- *Die (US-)Amerikanischen Ratingagenturen verlieren dann ihre verheerende Wirksamkeit, weil sie nicht einzelne Staaten bewerten können und damit das Spekulieren gegen einzelne Staaten wie im Falle der PIGS-Staaten 2008–2010 nicht mehr möglich ist.*
- *Man kann höchstens gegen den Euro spekulieren. Das ist aber eine harte Nuss, denn mit diesem Programm geht es ja wirtschaftlich wieder bergauf, weil der gleiche Effekt wie nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Marshallplan eintritt.*
- *Das Problem in den letzten Jahren der Krisenmaßnahmen nach 2008 war, dass die vom damaligen EZB-Präsident Mario Draghi durchgesetzte „Whatever-it-takes“-Politik („Was immer es kostet“) nur der halbe Teil der Lösung war. Sehr zum Ärger der radikalen Marktwirtschaftler bedeutete die den Notfall-Ankauf von Staatsanleihen im gigantischen Ausmaß. Es war dies die wichtigste Notbremse, um den Euro zu retten, sie gilt als Wendepunkt in der Krise, da sich die Finanzmärkte daraufhin beruhigten („Draghi-Effekt“). Die halbe Lösung deswegen, weil es wegen der „sparsamen“ EU-Budgets keine kräftigen Investitionsprogramme und dadurch keinen Stimulus für die Unternehmen gab. So legten die Banken das flüssige Geld lieber unproduktiv als Reserve an, etwa in einem „sicheren Hafen“ wie in Deutschland, welches dafür sogar Zinsen verlangt.*

8 Globale und solidarische Lösungen



- *Das im Sommer 2020 von der EU beschlossene Finanzpaket beinhaltet einen sogenannten „Wiederaufbaufonds“ (französisch: Fonds de Relance, englisch: Recovery Fund). Dieser geht in die richtige Richtung. Allerdings wurde er durch den Widerstand der „frugalen“ („geizigen“, „sparsamen“ Vier – die Staaten Dänemark, Schweden, Niederlande und auch Österreich) sehr beschnitten. So dürfen nur 390 der insgesamt 750 Milliarden als (nicht-rückzahlbare) Zuschüsse gewährt werden, der Rest wird unter (restriktiven?) Auflagen als Kredite vergeben. Dies beinhaltet wieder die Gefahr, dass Staaten, die diese Kredite in Anspruch nehmen (müssen), wieder Reformauflagen wie Pensionskürzungen, Aufkündigung von Kollektivverträgen, (Arbeitszeit-)Flexibilisierungen etc. erfüllen müssen.*

Weitergehende Lösungen:

- *Derzeit dürfen Staaten kein Geld direkt bei der EZB ausleihen. Dadurch können sie keine wirksamen Konjunkturprogramme auflegen. Notwendig ist daher eine Reform der Europäischen Zentralbank EZB. Sie könnte dann auch nachhaltig verankert Anleihekäufe tätigen. Könnten die Staaten nämlich verfassungsmäßig verankert direkt Geld bei der EZB ausleihen, hätten sie ihre Schulden auch in normalen Zeiten direkt dort, und nicht bei Großbanken und Investmentfonds.*
- *Noch vernünftiger wäre Hand in Hand zu dieser Maßnahme eine weltpolitische Lösung, so wie ansatzweise 1944 in Bretton Woods von Keynes vorgeschlagen, wo ein BANCOR als „Welt(reserve)währung“ eingeführt wird, um Stabilität in die Weltwirtschaft einzuführen.*

Letztlich wird das nur funktionieren, wenn es eine politische Übereinkunft über die gemeinsamen Werte der EU gibt und sich ein rationales ökonomisches Denken durchsetzt. Denn mit diesen solidarischen Lösungen braucht niemand Angst vor einer Verschuldung haben. Solange aber Regierungen und Politiker wie auch der österreichische Bundeskanzler verächtlich und demagogisch vor einer „Schuldenunion“ warnen und damit parteipolitisches Kleingeld machen, fördert dies die weitere Spaltung der europäischen „Gemeinschaft“.



öffentliche Aktion von ATTAC in Alpbach

Übersicht über gewerkschaftliche Positionen

Die europäischen Gewerkschaften beziehen allenthalben Position gegen die neoliberale Logik der freien Märkte und fordern eine Rückbesinnung der demokratisch gewählten Politik auf ihre Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung.

Dringend erforderlich sind jedoch einerseits eine gemeinsame und die nationalen Grenzen sprengende Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus und in der Folge eine politische Bewegung, die sich eindeutig gegen die falschen Dogmen der Neoliberalen positioniert. Erforderlich ist eine Politik, die danach fragt, wie das gesamte Volumen an vorhandenem Reichtum und Wertschöpfung für alle in gleicher Weise zugänglich und nutzbar gemacht werden kann. Auf dem Gebiet der Forderungen ist man sehr weit. Worauf es aber verstärkt ankommt, ist, ob es gelingt, diese in die politische Realität umzusetzen.

→ **Auf internationaler Ebene wird es darauf ankommen, die gegebenen Strukturen zu stärken.**

Im Konkreten sind das: der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB), die für Europa wichtige Untergruppe des PERC (Pan-European Regional Council), der Weltgewerkschaftsbund (WGB), der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB), die Berufsinternationalen, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO).

8 Globale und solidarische Lösungen

Der Österreichische Gewerkschaftsbund unterstützt im Einzelnen folgende Positionen (Auswahl):

Auf nationaler Ebene

- » Schließung des Einkommensunterschiedes zwischen Männern und Frauen durch eine Reihe von Maßnahmen, wie Ausbau der Kinderbetreuung, bessere Anrechnung von Betreuungszeiten;
- » Erhöhung der Ersatzrate beim Arbeitslosengeld; gerade die Coronakrise zeigte auf, wie schnell man durch Arbeitslosigkeit in die Armutsfalle tappt;
- » Arbeitszeitverkürzung, Entwicklung neuer Teilzeitmodelle und Reduktion von Überstunden für wirksame Beschäftigungseffekte;
- » strategisches Eigentum und staatliche Beschäftigungsprojekte durch Ausbau der Infrastruktur in Hoch- und Tiefbau, Abfallentsorgung, Wärmedämmung u.ä.;
- » Steuerreform zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen zur Steigerung der Kaufkraft und des Wohlstands der Bevölkerung;
- » Kampf gegen „illegalisierte“ Beschäftigung (siehe dazu die Anlaufstelle „Undok“: <http://undok.at/>);
- » Vermögensbezogene Steuern, allem voran eine Erbschaftssteuer;
- » keine weitere Senkung der Körperschaftssteuer und ein Ende der Gruppenbesteuerung.

Auf internationaler Ebene

Maßnahmen zur Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung:

- » Demokratisierung und Änderung der Ausrichtung aller maßgeblichen internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen wie IWF, WTO und Weltbank auf einen fairen und für alle TeilnehmerInnen gerechten Welthandel;
- » Reformen im internationalen Finanzsystem – insbesondere Besteuerung internationaler vor allem auch spekulativer Kapitaltransfers zugunsten weltweiter Schaffung von Arbeitsplätzen und Beseitigung von Armut;
- » Schuldennachlass für die ärmsten Länder, Reduktion der Schulden der übrigen Entwicklungsländer;

- » Erhöhung der Entwicklungshilfe der Industrieländer zugunsten von Entwicklungsprogrammen;
- » Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit sowie weltweite Durchsetzung der Rechts- und Chancengleichheit von Frauen;
- » Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise;
- » Maßnahmen zur Veränderung von Produktion und Konsumgewohnheiten in den Industrieländern; Förderung eines Wirtschaftens nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit;
- » Beeinflussung der Konsumgewohnheiten – Herkunftsangaben auf Waren und Unterstützung von Aktionen und Boykottmaßnahmen gegen unfaire Anbieter;
- » Bewahrung des sozialen und internationalen Friedens – personelle und technische Abrüstungsmaßnahmen.

Auf der Ebene Europäische Union

- » Erhaltung und Ausbau des europäischen Sozialmodells;
- » Verankerung der sozialen Grundrechte im EU-Vertrag/in der Verfassung;
- » gewerkschaftliche Mitwirkung auf allen EU-Ebenen; Ausbau und Institutionalisierung des sozialen Dialogs;
- » Stärkung und Ausbau des EU-Parlaments als direkte Vertretung der BürgerInnen in der Union;
- » Aufnahme der Ziele Wachstum und Beschäftigung in die Europäische Verfassung in den Bereichen Wirtschafts- und Geldpolitik und Schaffung europäischer Rahmenbedingungen zur Bildung einer sozialen Union;
- » Abgehen von einer rein auf Inflationsbekämpfung zielenden Ausrichtung der Wirtschaftspolitik;
- » Einbeziehung der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) in eine EU-weit koordinierte Beschäftigungspolitik sowie Ausrichtung des EU-Budgets auf Beschäftigung;

8 Globale und solidarische Lösungen

- » Steuerharmonisierung innerhalb der EU, gegen Steuerwettbewerb nach unten und Steuerflucht in Off-Shore-Zentren;
- » gegen fortschreitende Liberalisierungen; vor allem in Zusammenhang mit den Verhandlungen zu den Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA:
 - *Rechte für Menschen, Regeln für Konzerne: Weg mit dem ISDS, keine Sonderklagerechte für Konzerne*
 - *Ausnahme von öffentlichen und sozialen Dienstleistungen, der Daseinsvorsorge und Dienstleistungen wie Transport, Energie oder Post von jeglichen Liberalisierungsbestrebungen der EU;*
 - *ILO-Kernarbeitsnormen müssen gleichwertige Vertragsbestandteile sein und unter den Streitbeilegungsmechanismus der jeweiligen Freihandelsabkommen fallen;*
- » Tarifverhandlungen und Schaffung von Euro-Kollektivverträgen für den gesamten EU-Raum.

Trotz zunehmender Neoliberalisierung und Druck konservativer Kräfte und Parteien konnten in Österreich einige Errungenschaften für ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren auf Druck der Gewerkschaften erreicht werden:
Steuerbereich:

- » Eine Steuerreform, die untere Einkommen entlastete, und ein Solidarabgabe für SpitzenverdienerInnen
- » Reform der Stiftungsbesteuerung
- » Aktien-KeSt (Vermögenszuwachssteuer)
- » Immobilienspekulationssteuer
- » Gruppenbesteuerung verschärft
- » Pendlerpauschale: Erhöhung und Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten

Eine zentrale Forderung der österreichischen Gewerkschaften ist die **Besteuerung von Vermögen**. Österreich liegt dabei immer noch auf einem der letzten Plätze innerhalb der OECD-Länder. Der letzte ÖGB-Kongress 2018 forderte daher unter anderem die Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ab einem Reinvermögen von 700.000 Euro, eine Börsenumsatzsteuer, eine Wertschöpfungsabgabe und die Reform der Grundsteuer.

Von Worten zur Tat: Am Beispiel weltumspannend arbeiten



weltumspannend arbeiten, ein Verein innerhalb des ÖGB, versteht sich als ein positiver Antwortversuch auf die zunehmende Internationalisierung der Unternehmungen, auch in Österreich. Seit 1995 initiiert der entwicklungspolitische Verein Projekte und Bildungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen, Gewerkschaftsmitglieder und FunktionärInnen in enger Abstimmung und Kooperation mit dem ÖGB und dessen Gewerkschaften, insbesondere hinsichtlich der Erreichung der Ziele der internationalen Gewerkschaftsarbeit.

8 Globale und solidarische Lösungen

Globales Handeln braucht globales Bewusstsein!

Ausgangspunkt für weltumspannend arbeiten ist die Überzeugung: Die global agierende Wirtschaft betrifft uns bei unserer Arbeit täglich – bei der Verarbeitung von Rohstoffen, durch Auslagerung von Produktionsstätten, Fusionen und Übernahmen. Die internationale Konkurrenz nimmt zu, und der Druck auf unser Sozialsystem steigt. Die wirtschaftliche und soziale Situation in diesen „Konkurrenzländern“ ist oft kaum bekannt und interessiert nur wenige.

weltumspannend arbeiten will daher das globale Bewusstsein innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung stärken und, ausgehend von der eigenen Arbeits- und Lebenssituation, diese Zusammenhänge entdecken und zukunftsweisende Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. weltumspannend arbeiten verfolgt die Ziele:

- » Sensibilisierung: GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und ArbeitnehmerInnen werden für globale Zusammenhänge und Auswirkungen der Globalisierung sensibilisiert.
- » Bewusstseinsbildung: Internationales Bewusstsein innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wird aufgebaut, gestärkt und gefördert.
- » Vernetzung: Kontakt mit Gleichgesinnten ist wichtig. Die Vernetzung von global denkenden und handelnden Menschen innerhalb des ÖGB, mit ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen aus anderen Ländern und mit NGOs in und außerhalb Österreichs wird gestärkt und gefördert.
- » Handlungskompetenz: Global denken, global handeln. Wir alle können zu einer gerechteren Form der Globalisierung beitragen. Indem wir sozial und ökologisch bewusst konsumieren, solidarisch gegenüber anderen agieren und in Betriebsräten, Gremien und politischen Strukturen für faire Bedingungen eintreten.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, initiiert und organisiert weltumspannend arbeiten:

- » Projekte und Kampagnen, die Austausch und Begegnung von Interessenvertretungen von ArbeitnehmerInnen direkt ermöglichen, global und allseitig, im Sinne von Süd-Nord-West-Ost-Kooperation
- » Bildungsarbeit in Österreich (Lehrgänge, Seminare und Vorträge zu oben genannten Themen)
- » Kooperation mit Gewerkschaften und NGOs bei internationalen Projekten
- » Kooperationen mit (entwicklungspolitischen) NGOs
- » Begegnungs- und Solidaritätsreisen
- » Dazu werden themen- und länderspezifische (Bildungs-)Materialien erstellt.

Aktuelle Projekte

Demokratie in der globalen Arbeitswelt

Dieses aktuelle Projekt, gefördert von der Austrian Development Agency (ADA) hat zum Ziel, besonders im gewerkschaftlichen Bereich stärkere Impulse zur Diskussion und Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu setzen. Es geht dabei darum, den unterschiedlichen Zielgruppen die Wichtigkeit globaler Lösungen ins Bewusstsein zu rufen und sie zu motivieren, sich mit den **17 UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG=Sustainable Development Goals)** auseinanderzusetzen.

Die Erfahrung zeigt allerdings, dass dies nur dann gelingen kann, wenn der Bezug zur eigenen Lebensrealität hergestellt wird. Im Rahmen der geplanten Bildungs- und Öffentlichkeitsmaßnahmen sollen die SDGs deshalb vom Abstrakten ins Konkrete übersetzt werden. Von den 17 Nachhaltigkeitszielen werden neben anderen drei Ziele besonders herausgegriffen und Maßnahmen gesetzt:

- » Ziel 5: Geschlechtergleichstellung
- » Ziel 8: Menschenwürdige Arbeit
- » Ziel 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

8 Globale und solidarische Lösungen

Ein besonderes Augenmerk wird im Projektzeitraum auf das Thema Frauen und Geschlechtergleichstellung gelegt. In Kooperation mit Fraueninitiativen aus dem globalen Süden und österreichischen NGOs, die sich schwerpunktmäßig mit Genderperspektiven im entwicklungspolitischen Bereich befassen, soll das Engagement von Frauen im entwicklungspolitischen Bereich besonders hervorgehoben werden.

Die österreichische Gewerkschaftsschule – ein Modell für internationale gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Democracy needs Democrats – Trade Union School Moldova. Organizing for labour rights

Von 2005 bis 2016 kooperierte weltumspannend arbeiten mit den Gewerkschaften in der Republik Moldau. Dabei lernte die Gewerkschaftsführung des Moldauischen Gewerkschaftsbundes CNSM das Modell der österreichischen Gewerkschaftsschule kennen. Dieses wurde daraufhin adaptiert und den moldauischen Verhältnissen angepasst.

Am 14. September 2012 startete die erste Gewerkschaftsschule nach österreichischem Vorbild in Chisinau, der Hauptstadt der Republik Moldau. Bis Sommer 2016 wurden vier Lehrgänge durchgeführt. Ab Herbst 2016 wird die Gewerkschaftsschule selbstständig als Tages- und Wochenendlehrgang weitergeführt. Es gelang, mit diesem Ausbildungsmodell, die Gewerkschaftsarbeit an der Basis und in den Betrieben zu beleben.

Das Beispiel Moldau machte Schule. Bei einem Treffen mit dem georgischen Gewerkschaftsbund GTUC entstand die Idee, auch in Georgien eine Gewerkschaftsschule nach österreichischem Vorbild mit Unterstützung von weltumspannend arbeiten zu entwickeln. Dabei werden die Erfahrungen der Gewerkschaftsschule in Moldau/Chisinau eingearbeitet und auf die georgischen Realitäten angepasst.

Ein Kernstück der Ausbildung ist die Auseinandersetzung mit Organizing. So werden alle TeilnehmerInnen dazu ermuntert, ein „Organizing-Projekt“ in ihrem betrieblichen Umfeld anzugehen.

Die Gewerkschaftsschule in Georgien – gewerkschaftliche Bildungsarbeit im Augenwinkel Europas

Seit 2016 gibt es daher auch Lehrgänge der Gewerkschaftsschule nach österreichischem Vorbild in Georgien, – bisher in der Hauptstadt Tbilisi, in Batumi und in Kutaisi.

1918 wurde die Republik Georgien erstmals und als die weltweit erste sozialdemokratische Republik gegründet. 1991 erklärte das Land ein weiteres Mal seine Unabhängigkeit von Russland. Micheil Saakaschwili, zwischen 2000 und 2013 georgischer Justizminister, Vorsitzender der Stadtversammlung von Tiflis und Staatspräsident, machte aus Georgien einen ultraneoliberalen „Musterstaat“. So verbietet etwa die georgische Verfassung dem Parlament, Steuern zu erhöhen oder ein progressives Steuersystem einzuführen.

Georgien hat 3,7 Millionen EinwohnerInnen. Zu den wesentlichen Herausforderungen gehören die Arbeitslosigkeit ebenso wie denkbar schlechte Bedingungen am Arbeitsplatz – auch als Folgen der hemmungslos neoliberalen Politik, die im Urlaubsland und der Kornkammer der ehemaligen UdSSR die politische Ära des kommunistischen Regimes ablöste und wüste Spuren gezogen hat.

Gewerkschaften im täglichen Einsatz

Unvorstellbar sind weithin die Arbeitsverhältnisse, denen sich die georgischen GewerkschafterInnen gegenübersehen. So wird beispielsweise der Schutz der ArbeitnehmerInnen weitgehend vernachlässigt, ein wirksames Arbeitsinspektorat existiert praktisch nicht. So kam es seit 2007 zu über 500 tödlichen Arbeitsunfällen und zu tausenden Verletzten. Ausschreibungen zum Eisenbahn- und Autobahnbau gingen an chinesische Firmen. Die dort beschäftigten Arbeiter mussten monatelang sklavenähnlich ohne freie Tage durcharbeiten. KollegInnen von der Eisenbahngewerkschaft konnten in einem Arbeitskampf durchsetzen, dass zumindest ein freier Tag pro Woche und die gesetzlichen georgischen Feiertage eingehalten werden. Als zusätzlicher Erfolg gilt, dass die GewerkschafterInnen in den Verhandlungen den Tageslohn von 15 auf 20 GEL (also von fünf auf etwa sieben Euro!) erhöhen konnten.

8 Globale und solidarische Lösungen



AbsolventInnen des 1. Lehrganges der georgischen Gewerkschaftsschule in Kobuleti am Schwarzen Meer

Auf in die Regionen!

Mit 2021 sind insgesamt drei Gewerkschaftsschulen in Tbilisi abgeschlossen und jeweils eine in den Regionen Adjarien und Imeretien. Dazu werden auch Regionalbüros verstärkt bzw. eines gegründet und mit der nötigen materiellen und personellen Infrastruktur ausgestattet. Dieser Aufbruch in die Regionen ist ein wichtiger Schritt in der gemeinsamen Entwicklungsarbeit am gewerkschaftlichen Bildungsangebot in Georgien.

Initiiert und getragen werden diese Projekte von weltumspannend arbeiten, dem Georgischen Gewerkschaftsbund GTUC, mit Kofinanzierung durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ADA und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben!

In den von weltumspannend arbeiten und Südwind initiierten Projekten, die von der europäischen Kommission, dem Sozialministerium und der Austrian Development Agency gefördert wurden, haben sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften aus Rumänien, Bulgarien, Polen, Litauen, Brasilien und Österreich zusammengefunden, um sich gemeinsam für menschenwürdige Arbeit stark zu machen. Erklärtes Ziel der Projekte war es, in-

ternationale Strategien von Gewerkschaften und Betriebsräten zu verstärken und die Zusammenarbeit mit NGOs zu fördern.

Mit verschiedenen Angeboten richtete sich das Projekt an GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen ebenso wie an NGO-MitarbeiterInnen und AktivistInnen. Auch nach Beendigung des EU-Projekts werden Maßnahmen weitergeführt: Durch die Ausstellung mit begleitender Broschüre „Global denken, global arbeiten“ wird das Bewusstsein für „Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben“ geweckt, ebenso wie durch Seminare, Vorträge und begleitende Medienarbeit. Außerdem werden Solidaritätskampagnen für menschenwürdige Arbeit aktiv unterstützt und Lobbying mit PolitikerInnen auf europäischer und nationaler Ebene betrieben.

Der Lehrgang „**Global denken, global handeln**“ zielt darauf ab, globale Zusammenhänge erkennen, verstehen und hinterfragen zu können. In mehreren Modulen werden BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen und Personen aus der Zivilgesellschaft dazu ermutigt, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und ihre Erfahrungen und Erkenntnisse in ihrem persönlichen Umfeld weiterzugeben.

7. Oktober – Welttag für menschenwürdige Arbeit



© Foto: ÖGB

8 Globale und solidarische Lösungen

Immer mehr Menschen sind gezwungen, ihren Lebensunterhalt ohne sozialen Schutz oder Rechte und in prekären Tätigkeiten zu bestreiten. Grundlegende ArbeitnehmerInnenrechte werden untergraben, die Mitsprache im Betrieb verhindert. GewerkschafterInnen, die sich dagegen wehren, werden entlassen, bedroht, und in manchen Ländern sogar inhaftiert und getötet.

Allein die Zahlen sprechen für sich: Die Hälfte der Welterwerbsbevölkerung verdient weniger als zwei Dollar pro Tag. 12,3 Millionen Männer und Frauen arbeiten als Sklaven. 200 Millionen Kinder unter 15 Jahren arbeiten, anstatt zur Schule zu gehen. 2,2 Millionen Menschen kommen jedes Jahr infolge arbeitsbedingter Unfälle und Krankheiten ums Leben. (Quelle: ILO-Kampagne Decent Work – Decent Life)

Seit 2008 organisiert der IGB jeweils am 7. Oktober den Welttag für menschenwürdige Arbeit (Decent Work Day). An diesem Tag wird überall auf der Welt mobil gemacht, und weltweit treten die Gewerkschaften für menschenwürdige Arbeit ein. Seit 2010 organisiert weltumspannend arbeiten mit dem ÖGB diesen Gedenktag.

STOPPT Kinderarbeit

weltumspannend arbeiten fordert Maßnahmen gegen den Zukunftsraub an Kindern – auch in Österreich.



Teppiche knüpfen, Schuhe putzen, Kakaobohnen schälen oder im Bergbau schuften: Statt zur Schule zu gehen, muss laut Angaben von UNICEF weltweit fast jedes zehnte Kind täglich in die Arbeit. Die Hälfte der Kinderarbeiter – 73 Millionen – leiden darüber hinaus unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich

und ausbeuterisch sind – zum Beispiel in Goldminen in Burkina Faso, als TextilarbeiterInnen in Bangladesch oder auf Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste. Kinderarbeit ist ein Verbrechen und sollte im 21. Jahrhundert längst der Vergangenheit angehören. Die Weltgemeinschaft ist dringend aufgefordert, den Zukunftsraub an den Kindern zu beenden. www.kinderarbeitstoppen.at

Rohstoffe fair und zirkulär!

weltumspannend arbeiten ist Mitglied in der AG Rohstoffe. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft ist es, die österreichische Politik zu einem Bekenntnis zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten und zur Verbesserung von Umweltschutz und Kreislaufwirtschaft zu bewegen.

Der Preis des hohen Verbrauchs an mineralischen Rohstoffen in Europa, der mit der digitalen Revolution noch weiter steigen wird, wird meist von der Bevölkerung in den Abbauländern bezahlt: Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen und Umwelterstörung stehen auf der Tagesordnung und ziehen sich durch die gesamten Produktionsketten. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf!

Deshalb fordert die AG Rohstoffe von der österreichischen Regierung, ihre **Rohstoffstrategie zu überarbeiten**. Anstatt des momentanen Status quo der bloßen Sicherstellung der Versorgungssicherheit der heimischen Wirtschaft muss sie künftig vor allem Resultat einer intensiven Auseinandersetzung mit den zahlreichen sozialen und ökologischen Problemen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau, -verarbeitung und -verwendung sein.

Abbau, Verarbeitung und Verwendung von Primärrohstoffen muss künftig ökologisch nachhaltig – und zwar im gesamten Produktlebenszyklus –, demokratisch, gerecht, entwicklungspolitisch kohärent, menschenrechtskonform und transparent gestaltet werden. Hierzu ist eine ambitionierte Neugestaltung der Rohstoffpolitik in Österreich und auf EU-Ebene notwendig.

8 Globale und solidarische Lösungen

Materialien

CD: Der Preis für unser Gemüse ... Migration, Ausbeutung und Landwirtschaft in Almería

Im Mai 2011 führte „weltumspannend arbeiten“ eine Studienreise mit dem Titel „Billige Tomaten hier - moderne Sklaverei dort“ nach Almeria (Südspanien) durch. Im Zuge dieser Reise entstand in Kooperation mit dem Di@log der AK OÖ ein Dokumentarfilm, welcher eindrucksvoll die Arbeits- und Lebensbedingungen der LandarbeiterInnen in dieser Region schildert.

„Obst und Gemüse in Hülle und Fülle. Zu fast jeder Jahreszeit ist die Auswahl riesengroß. Schon im Frühjahr werden wir mit Paprika und Tomaten überschwemmt, wenn unsere Gemüsebauern erst die Äcker umpflügen. Doch woher kommt eigentlich unser Obst und Gemüse?“

CD: Menschen am Markt – Facetten der Migration



Menschen wanderten schon immer – die Gründe für Migration sind dabei so vielfältig wie sie selbst. Weltweit leben über 232 Millionen Menschen in ei-

nem Staat, in dem sie nicht geboren wurden. Immer mehr verlassen ihre Heimat und begeben sich auf eine Reise ins Ungewisse.

Die Szenen im Film spielen auf einem Marktplatz, irgendwo auf dieser Welt. Hier kreuzen sich die Wege von Ilona, Vasili, Amadou, Amina und Lin.

Ausstellungen:

„Global arbeiten, global handeln“ und eine dazugehörige Broschüre mit Hintergrundinformationen porträtiert arbeitende Menschen aus verschiedenen Ländern in Europa und in Entwicklungsländern im Branchenvergleich. Außerdem werden Beispiele gelungener Zusammenarbeit, wie Gewerkschaftsarbeit über Ländergrenzen hinaus funktionieren kann und wie sich ArbeitnehmerInnen global vernetzen und bestärken können, gezeigt.

„Kuba im Wandel“

Galt Kuba vor den Reformen als Vorbild für andere Entwicklungsländer in den Bereichen Gesundheitssystem und Ausbildung, so stellt die aktuelle politische Entwicklung die kubanischen Gewerkschaften vor völlig neue Herausforderungen. Der rapide Ausbau des Privatsektors bringt eine große bisher ungekannte Differenz zwischen den Arbeitsbedingungen auf dem Land und in den Städten und führt zu sozialen Unterschieden. Eine neue Klasse der Besitzenden entsteht und die Situation der unselbstständig Tätigen wird problematischer. Durch die großen **Kündigungswellen im öffentlichen Dienst** sind bereits zehntausende private Unternehmen auf der Insel entstanden. Eine für Kuba völlig neue Situation, waren doch bisher fast alle Betriebe in staatlicher Hand. Die Veränderungen bringen reges Interesse an ausländischen Investitionen und damit verstärkt Auseinandersetzungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen mit sich. Kuba – Quo vadis?

Bücher / Berichte:

Vielfältiges Südafrika - Eindrücke und Reflexionen einer gewerkschaftlichen Südafrikareise

Eindrücke und Erfahrungen, die während der Reise bei 17 offiziellen Terminen und auch abseits des offiziellen Programms gemacht wurden, finden in diesem

8 Globale und solidarische Lösungen

Band ihren Niederschlag. Ausgewählte Bereiche rund um die Themen Arbeitswelt, Soziales, Apartheid, Interessensvertretung, österreichische Unternehmen in Südafrika, Wirtschaftspolitik und auch Eindrücke von Land und Leute werden betrachtet. Die niedergeschriebenen Reflexionen wurden mit dem Bewusstsein gemacht, dass lediglich Ausschnitte des vielfältigen Südafrikas beschrieben werden können. Unsere Gedanken sollen zur selbstständigen Beschäftigung mit Südafrika anregen und wir freuen uns über jede Auseinandersetzung. Eine Dokumentation von GewerkschafterInnen für GewerkschafterInnen!

Factsheets

Globalisierung der Ernährung

Factsheet „Stoppt Kinderarbeit“ – Beschreibung siehe Seite 104

Unsere Ernährung hat nicht nur Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern auch auf die Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft. Noch vor hundert Jahren wurde ein Großteil der Nahrungsmittel in einem Umkreis erzeugt, den der Verbraucher von seinem Kirchturm oder Minarett überblicken konnte. Durch die Globalisierung werden heutzutage **Saatgut, Jungtiere, Futtermittel, Dünger** und **Nahrung quer über alle Kontinente** verschickt. Zahlreiche Produkte unseres täglichen Konsums werden in sogenannten Billiglohnländern unter verheerenden Bedingungen produziert. Den größten Teil der Gewinne erzielen dabei die überwiegend im Norden beheimateten Unternehmen. Die großen Verlierer sind häufig die PlantagenarbeiterInnen und Kleinbäuerinnen und -bauern im globalen Süden.

weltumspannend arbeiten - der entwicklungspolitische Verein im ÖGB
Volksgartenstraße 34
4020 Linz

Tel.: +43 732/665391-6053
E-Mail: weltumspannend.arbeiten@oegb.at
<http://www.weltumspannend-arbeiten.at>

VÖGB/AK-SKRIPTEN

Die Skripten sind eine Alternative und Ergänzung zum VÖGB/AK-Bildungsangebot und werden von ExpertInnen verfasst, didaktisch aufbereitet und laufend aktualisiert.

UNSERE SKRIPTEN UMFASSEN FOLGENDE THEMEN:

- › Arbeitsrecht
- › Sozialrecht
- › Gewerkschaftskunde
- › Praktische Gewerkschaftsarbeit
- › Internationale Gewerkschaftsbewegung
- › Wirtschaft
- › Wirtschaft – Recht – Mitbestimmung
- › Politik und Zeitgeschehen
- › Soziale Kompetenz
- › Humanisierung – Technologie – Umwelt
- › Öffentlichkeitsarbeit

SIE SIND GEEIGNET FÜR:

- › Seminare
- › ReferentInnen
- › Alle, die an gewerkschaftlichen Themen interessiert sind.



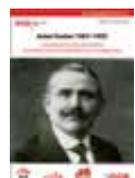
Nähere Infos und
kostenlose Bestellung:
www.voegb.at/skripten
E-Mail: skripten@voegb.at
Adresse:
Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien
Tel.: 01/534 44-39244

Die Skripten gibt es hier zum Download:



www.voegb.at/skripten

Leseempfehlung:
Reihe Zeitgeschichte und Politik



Zum Autor

Mag. Sepp Wall-Strasser MAS

Bereichsleiter Bildung und Zukunftsfragen ÖGB Oberösterreich,
Geschäftsführer weltumspannend arbeiten
Vizebürgermeister Gallneukirchen

Geb. 1957, Studium der Theologie und Philosophie und in Linz und Paris, dazwischen Arbeiten bei Baufirmen, Post und in der Bekleidungsindustrie. Von 1981 bis 1991 Pastoralarbeiter in der Arbeiter- und Betriebsseelsorge und der Katholischen ArbeiterInnenjugend in OÖ, Lehrlings- und Arbeitslosenarbeit; Zivildienst im selbstorganisierten „Projekt Friedensdienst“; Aufbau und Besuch der ersten Gewerkschaftsschule im Bezirk Rohrbach/ Mühviertel; verschiedene Lateinamerikaaufenthalte, davon zwei Mal (1985 und 1987) Arbeitseinsatz als Brigadist in Nicaragua; seit 1991 Bildungssekretär der Landesexekutive des ÖGB OÖ, Initiator und Geschäftsführer des entwicklungspolitischen Bildungsvereines „weltumspannend arbeiten“; Teilnehmer an den Weltsozialforen in Porto Alegre in Brasilien. Wiederholte Reisen nach Südamerika (Peru, Argentinien, Brasilien), Afrika (Ghana, Malawi), Gewerkschaftliche Bildungsprojekte in der Republik Moldau, Rumänien, Georgien. Gründungs- und ehemaliges Vorstandsmitglied von ATTAC Österreich. 2003 Master-Abschluss des „Interdisziplinären Universitätslehrgang für Sozialwirtschaft, Management und Organisation Sozialer Dienste“ ISMOS an der Wirtschaftsuniversität Wien mit MAS Leiter des Bereiches Bildung und Zukunftsfragen des ÖGB OÖ.

Zum Autor

Publikationen:

- » Politische Kommentare in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften, so vor allem im STANDARD, Kommentar der anderen, und wall-street-blog
- » Mitherausgeber von „Im Roulette der Finanzmärkte. Alterssicherung im Zeitalter des Neoliberalismus“, Wien 2002, und einer Reihe von Publikationen im Rahmen des Forum Jägermayrhof
- » Herausgeber von „Märkte brauchen Regeln. Strategien für solidarisches Wirtschaften“, Wien 2004
- » „Tatort Sozialstaat. Angriffe auf das Netz der Generationen“, Wien 2006
- » „Ein Schritt weiter – im Auftrag der Gewerkschaft. Wirtschaft braucht Demokratie.“ ÖGB-Verlag Wien 2009
- » „Europa am Scheideweg. Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt?“ ÖGB-Verlag, Wien 2012
- » 20 Jahr weltumspannend arbeiten, Festschrift, ÖGB-Verlag 2015
- » Video „Jahrhundertwerk Betriebsrätegesetz“ anlässlich 90 Jahre (adaptiert auf 100 Jahre) Betriebsrätegesetz in Österreich, auf Youtube: https://www.youtube.com/results?search_query=jahrhundertwerk+betriebsr%C3%A4tegesetz

Notizen